

ATLAS DER ABRÜSTUNG

Daten und Fakten gegen
die Kriege von heute und morgen



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Der **ATLAS DER ABRÜSTUNG. Daten und Fakten gegen die Kriege von heute und morgen** ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Redaktionelle Koordination und Herausgeberin: Eva Wuchold, Büro Genf der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Projektmanagement und Datenrecherche: Dietmar Bartz
Art-Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar

Atlas  **Manufaktur**
52° 31' N, 13° 24' O

Übersetzungen: Nicola Liebert

Textchefin: Elisabeth Schmidt-Landenberger

Dokumentation und Schlussredaktion: Andreas Kaizik, Hannah Pöhlmann, Sandra Thiele (Infotext GbR)

Mit Originalbeiträgen von Ray Acheson, İsmet Akça, Simon Bagshaw, Dietmar Bartz, Markus Bayer, Markus Bickel, Johanna Bussemer, Nicoletta Denticò, Nadja Douglas, Ivor Fung, Esteban Gonzáles, Jan Jirát, Akram Khariief, Johanna Kleffmann, Roland Kulke, Felix Lee, Stefan Liebich, Edwin Lyman, Manuel Martínez Miralles, Sebastian Niemetz, John Feffer, Uma Purushothaman, Christine Schweitzer, Ingar Solty, Stephanie Verlaan, Eva Wuchold, Yusufu Zoaka und Andreas Zumach

Cover: Ellen Stockmar

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist allein die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Für ihre Beiträge sind allein die Autor:innen verantwortlich. Die Inhalte entsprechen nicht zwingend den Positionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Grenzverläufe zeigen die Erhebungsgebiete der Statistik an und treffen keine Aussage über politische Zugehörigkeiten.

S. 38/39, 48/49: Die in diesen Artikeln geäußerten Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung der Autor:innen. Sie spiegeln nicht notwendigerweise die Ansichten oder Meinungen der Vereinten Nationen, UNIDIR, UNODA, deren Mitarbeiter:innen oder Sponsoren wider.

V. i. S. d. P.: Hana Pfennig, Rosa-Luxemburg-Stiftung

1. Auflage, April 2024

Druck: Bonifatius GmbH Druck – Buch – Verlag, Paderborn
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



Dieses Werk steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ [CC BY 4.0]. Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar. Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen. Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis „Bartz/Stockmar, CC BY 4.0“ in der Nähe der Grafik steht, bei Bearbeitungen „Bartz/Stockmar (M), CC BY 4.0“.



ADRESSE ZUR KOSTENFREIEN BESTELLUNG UND ZUM DOWNLOAD

www.rosalux.de/atlasderabruestung (Deutsch)
www.rosalux.de/atlasofdisarmament (Englisch)

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin

ATLAS DER ABRÜSTUNG

Daten und Fakten gegen
die Kriege von heute und morgen

2024

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORT

08 12 KURZE LEKTIONEN ÜBER DIE ABRÜSTUNG

10 ZUKUNFT: NEUE WERKZEUGE

In der internationalen Politik ist eine neue Generation von Friedensverhandler:innen mit ganzheitlichem Verständnis von Abrüstung nötig. Sie will nicht nur Waffen reduzieren, sondern versteht auch die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Dimensionen von Konflikten.

12 GEGENWART: DAS VERTRAUEN IST WEG

Der Krieg in der Ukraine zeigt eine russische Geopolitik, die auf Augenhöhe mit den USA agieren will. Europa ist dabei nachrangig. Und eine multipolare Weltordnung verspricht noch keine Stabilität.

14 OSZE: BEREIT FÜR DEN FRIEDEN

Nach rund 30 Jahren ist die Bilanz der OSZE gemischt. Anfangs bei Rüstungskontrollen und Waffenzerstörung erfolgreich, ist von der erhofften Sicherheitsstruktur für den Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok – oder Lissabon und Ural – heute wenig übrig.

16 CHINA: ALLE FÜHLEN SICH BEDROHT

Mit Blick auf China rüsten viele Länder des Indo-Pazifik auf. Sie eint der Gedanke: Nur mithilfe eines starken Militärs lässt sich Krieg vermeiden. Unterschätzt wird dabei die Rolle von Taiwans Chip-Industrie. Sie könnte China von einem Angriff abhalten.

18 USA: DER PAZIFIK AMERIKAS

Die USA waren nie nur der Hegemon des Atlantiks, sondern auch des Pazifiks. Seit China wirtschaftliche Stärke mit neuer Machtpolitik verbindet, befindet sich Washington auf dem Weg von der Kooperation zur Konfrontation.

20 EUROPÄISCHE UNION: EINSTIMMIGE ANTWORTEN

Bestrebungen, dass sich europäische Länder jenseits der Nato gemeinsam verteidigen, gab es schon lange. Inzwischen unternimmt die

EU viele kleinere und größere Schritte in diese Richtung: politisch-strategisch, im militärischen Bereich und bei der Rüstungsproduktion.

22 TÜRKEI: MILITÄRISCHE MITTELMACHT

Was Aufrüstung und Waffenproduktion angeht, hat die Türkei ihren traditionellen Konterpart Griechenland längst hinter sich gelassen. Innerhalb weniger Jahre ist ein eigener militärisch-industrieller Komplex mit eigenen Interessen entstanden.

24 INDIEN: ALTE FREUNDE, NEUE FREUNDE

Indien hat mittlerweile eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut und seine Partnerschaften diversifiziert. Es löst sich von Russland und nähert sich den USA und westeuropäischen Ländern an. Das bevölkerungsreichste Land der Welt möchte Großmacht werden.

26 NAHER OSTEN: REGION DER NETZWERKE

Auch wenn es nicht danach aussieht: Ein regionales System kollektiver Sicherheit wird Iran, Israel und Saudi-Arabien an einen Tisch bringen müssen – und das Ende der Besetzung des Westjordanlands vertraglich absichern.

28 RÜSTUNGSKONVERSION: EINE KURZE FRIEDENSDIVIDENDE

Mit dem Ende des Kalten Kriegs sanken die Rüstungsausgaben deutlich. Ideen wurden gebraucht, wie die zuvor militärisch genutzten Ressourcen zivil genutzt werden können. Doch seit der Jahrtausendwende steigen die Rüstungshaushalte wieder.

30 WAFFENHANDEL: BOOM DANK KRIEG UND KRISEN

Die global zunehmenden Spannungen beleben das Geschäft mit Rüstungsexporten und -importen. Ändert sich die Nato-Finanzierung, ist der nächste Schub zu erwarten.

32 DROHNEN: LUFTWAFFE FÜR ALLE

Drohnen sind billig, schwer aufzuspüren und vielfältig einsetzbar. Sie können Informationen liefern oder als Waffen dienen. Sie verändern die Art der Kriegsführung und verschieben das Kräfteverhältnis weg von den Armeen hin zu Rebellengruppen und Milizen.

34 PROLIFERATION: KLEIN, NICHT NIEDLICH

In vielen Ländern arbeiten Fachleute an modularen Atomreaktoren von geringer Kapazität, um mit ihnen dezentral Energie- und Klimaprobleme zu lösen. Doch die Anlagen würden auch die Produktion von atomwaffenfähigem Material möglich machen. Und sie wären schwer zu kontrollieren.

36 **SÖLDNER: MILITÄR ZU VERMIETEN**

Der Einsatz von Söldnern ist attraktiv. Mächtige Staaten können gefährliche oder alltägliche militärische Aufgaben auslagern, kleinere können sich die Dienste von qualifiziertem, oft brutalem Personal sichern. Und ihre Menschenrechtsverletzungen sind leicht zu verbergen.

38 **ÜBERBLICK: DESOLATE GLOBALE SICHERHEIT**

Wenn internationale Spannungen steigen, wird das Aushandeln von Verträgen schwieriger – und wichtiger. Unter erschwerten Bedingungen müssen sich multilaterale Abrüstung und Rüstungskontrolle als Bausteine für Frieden und Sicherheit neu erfinden.

40 **GESCHICHTE DER ABRÜSTUNG: WO FERTIGE VERTRÄGE LIEGEN**

Die UN-Abrüstungskonferenz in Genf begann mit kleinen Kommissionen und wuchs erfolgreich. Nun ist sie durch den Zwang zum Konsens blockiert – denn nicht nur die Atommächte wissen ihre Interessen zu wahren.

42 **LANDMINEN: DAS GROSSE VORBILD**

Die erste erfolgreiche Abrüstungskampagne der Zivilgesellschaft hatte eine einfache Botschaft: das Verbot von Antipersonenminen. Doch in den diplomatischen Verhandlungen wäre die Ottawa-Konvention beinahe gescheitert.

44 **ATOMWAFFEN: GEGEN DIE ARSENALE**

Maßgeblich die Zivilgesellschaft hat 2017 für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages gesorgt. Die Nuklearstaaten rüsten auf und modernisieren ihre Arsenale. Doch auch der globale Widerstand gegen die nukleare Bedrohung wächst.

46 **EXPLOSIVWAFFEN: SCHUTZRECHT FÜR UNBETEILIGTE**

Eine UN-Erklärung gegen den Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten soll Opfer unter der Zivilbevölkerung verhindern – eine weitere Abrüstungsinitiative der Zivilgesellschaft.

48 **MUNITION: LEBENSLANGE KONTROLLE**

Die Vereinten Nationen wollen verhindern, dass durch Korruption, Diebstahl und illegale Weitergabe Munition abgezweigt wird. Eine neue Vereinbarung soll auch die Vorratslager sicherer machen.

50 **GENDER: IN DER FEMINISTISCHEN KRITIK**

Mehr Diversität in der Abrüstungspolitik reicht

nicht aus, um Geschlechternormen infrage zu stellen. Noch bietet der Diskurs über Krieg und Waffen keinen Platz für Alternativen zu militärischer Stärke.

52 **KOLUMBIEN: LANDREFORM NICHT IN SICHT**

Die Welt schaute auf Kolumbien, als Staat und Guerilla 2016 Frieden schlossen. Die Demilitarisierung kam voran, doch der Staat liefert nicht. Vor allem die Landreform stockt. Und es wird weiter gemordet.

54 **NIGERIA: UNFAIRE LÖSUNGEN**

Nach der militärischen Niederlage der islamistischen Boko Haram steht die Versöhnung in der Kritik: Die Täter würden besser behandelt als ihre zivilen Opfer.

56 **JOHAN GALTUNG: POSITIVER FRIEDEN**

Gewaltvolle Konflikte haben auch indirekte und strukturelle Ursachen, zum Beispiel Armut, Hunger, politische Diskriminierung oder soziale Ungleichheit. Der Begriff „positiver Frieden“, vom norwegischen Friedensforscher Johan Galtung entwickelt, zielt darauf ab, auch diese Aspekte der Gewalt präventiv und nachhaltig zu beseitigen.

58 **ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG: GEDULDIGES WERKEN**

Friedensvereinbarungen, die auf Vermittlung beruhen, werden oftmals unspektakulär vor- und nachbereitet. Je stärker daran Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt sind, umso geringer ist die Gefahr, dass Nachfolgekonflikte und -kriege ausbrechen.

60 **SCHWEIZ: STÖRENFRIEDE**

Die vielleicht erfolgreichste Abrüstungsorganisation Europas kommt aus der Schweiz. Die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ schafft es seit über vierzig Jahren friedenspolitische Debatten zu lancieren.

62 **DONALD TRUMP: LÄSTIGES BÜNDNIS, LÄSTIGE VERPFLICHTUNGEN**

US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump stellt die Zukunft der Nato infrage. Das liegt nicht nur an den Finanzen, sondern auch am Willen, die USA aus internationalen Verträgen zu lösen. Ob Trump einen Austritt aus der Nato plant oder sie entwerten will, ist ungewiss.

64 **AUTOR:INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN**

VORWORT

ABRÜSTUNG – EINE DERZEIT HOFFNUNGSLOSE FORDERUNG? IHRE ZEIT WIRD KOMMEN

Siege für den Frieden waren stets hart erkämpft. Hieran erinnerte UN-Generalsekretär António Guterres auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 2024. Die Erfolge waren auch keine Wunder. Immer wurden sie erreicht, so Guterres weiter, weil die gegnerischen Staaten erkannten, dass der Schlüssel zur Abrüstung in der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen liegt – und nicht im Wettbewerb zur gegenseitigen Zerstörung. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Situation, der Krisen, Kriege und hohen Eskalationsrisiken lohnt es, hieran zu erinnern: Auf Dauer lässt sich Frieden nur durch eine Rückkehr zu einem System kollektiver Sicherheit gewährleisten, das auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Vertrauensbildung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung mit dem Ziel der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit beruht. Das mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch erscheinen. Aber ohne eine solche Rückkehr zur Zusammenarbeit ist es auch aussichtslos, die globalen Menschheitsfragen wie den Klimawandel und die Klimaanpassung zu bewältigen.

Vor diesem Hintergrund geht die Entscheidung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, einen Abrüstungsatlas in einer Zeit zu veröffentlichen, in der die weltweiten Militärausgaben ein Allzeithoch erreicht haben, weit über eine bloße Kritik an den Rüstungsausgaben hinaus.

In Zeiten geökonomischer und geopolitischer Rivalitäten, eines unerbittlichen Rüstungswettlaufs, atomarer Risiken und der Erosion von Verträgen zu Rüstungskontrolle, Abrüstung und der Verrechtlichung des Kriegs will der Atlas zeigen, dass es Mittel und Wege zum weltweiten Frieden durch Abrüstung gibt. Abrüstung ist komplex, aber entscheidend. Sie verringert die Wahrscheinlichkeit von bewaffneten Konflikten und Kriegen, die die unteren Gesellschaftsklassen und marginalisierte Gemeinschaften unverhältnismäßig stark betreffen und Ungleichheiten noch verschärfen. Abrüstung kommt insbesondere gefährdeten Gruppen wie Frauen, Kindern und Flüchtlingen zugute, die weit überproportional von Gewaltkonflikten betroffen sind.

Abrüstungsbemühungen zielen darauf ab, militärische Aktivitäten, die der Umwelt und dem Klima erheblichen Schaden zufügen, zu reduzieren und militärische Ressourcen zugunsten nachhaltiger Entwicklungsinitiativen umzuwidmen. Militärausgaben binden wertvolle Finanzmittel, die für wichtige soziale Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Infrastruktur nicht zur Verfügung stehen. Wenn diese Ressourcen stattdessen in Programme zur Bekämpfung von Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit fließen, fördern sie wirtschaftliche Gerechtigkeit und eine gerechte Entwicklung und dienen auf diese Weise der Konfliktprävention.

Insbesondere der Einsatz von Atomwaffen stellt eine existenzielle Bedrohung der Menschheit dar. Der Rückbau und die Abschaffung der Atomwaffenarsenale sind von besonderer

Bedeutung für Frieden und Sicherheit. Zudem fördert Abrüstung ein Umfeld, das der Diplomatie, dem Dialog und der friedlichen Konfliktlösung förderlich ist. Indem sie den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten zurückdrängen, können Staaten diplomatischen Lösungen und kooperativen Ansätzen für gemeinsame Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien und Armut den Vorzug geben.

Auch wenn derzeit viele Staaten eher auf Aufrüstung als auf Abrüstung setzen, hat es – dies zeigen auch die Länderstudien im Atlas – selbst in den letzten Jahren Länder wie Kolumbien und Nigeria gegeben, die sich für Demilitarisierung entschieden haben, um Konflikte zu lösen. Es gibt erfolgreiches zivilgesellschaftliches Engagement wie die Landminenkampagne, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen oder die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“. Und es gibt erfolgreiche Vertragsverhandlungen auf internationaler und multilateraler Ebene, die auch nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine fortgesetzt wurden, wie die Global Declaration on Explosive Weapons oder das Global Framework on Conventional Ammunition.

All dies zeigt, dass wir nicht bei null anfangen, wenn es um Abrüstung geht. Es gibt Gremien und Institutionen, die die globalen Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungssysteme unterstützen – von den Vereinten Nationen bis zur Genfer Abrüstungskonferenz. Es gibt Regierungsstellen, zwischenstaatliche Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und Gremien wie die OSZE, die sich mit Rüstungs-

kontrolle befassen. Und es gibt Abkommen und Verträge, wie den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, die gültig sind und endlich umgesetzt werden müssen.

Vor allem aber gibt es, insbesondere in Kriegs- und Krisenzeiten, gute Gründe für Abrüstung. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Notwendigkeit, Spannungen durch politischen Dialog und Verhandlungen zu lösen, immer dringlicher wird. Aber nicht nur das. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Entwicklung. Unkontrollierte Waffenströme und die leichte Verfügbarkeit von Waffen schaffen ein Klima der Unsicherheit, das eine nachhaltige Entwicklung behindert.

Damit Abrüstungsbemühungen nicht länger im Sande verlaufen, ist es notwendig, Abrüstungsgremien zu reformieren und multilaterale Institutionen zu stärken, aber auch Institutionen zur zivilen Konfliktlösung auszubauen. Abrüstung muss nicht nur als moralischer Imperativ, sondern auch als praktische Notwendigkeit anerkannt werden; sie muss den Frieden als Ziel und Grundlage des politischen Handelns anerkennen. Indem sie die Verbreitung von Waffen eindämmt und friedliche Konfliktlösungen fördert, trägt Abrüstung dazu bei, eine sicherere Welt für alle zu schaffen. Dies wird nur durch breites zivilgesellschaftliches Engagement möglich sein. Der Atlas möchte hierzu einen Beitrag leisten.

Hana Pfennig, Albert Scharenberg, Ingar Soltty,
Jan van Aken und Eva Wuchold
Rosa-Luxemburg-Stiftung

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER DIE ABRÜSTUNG

1 „Abrüstung“, meist durch **VERTRÄGE**, verringert die Zahl von Soldat:innen und Waffen. Sie spielt eine entscheidende Rolle dabei, atomare Konflikte zu verhindern.

2 Auch „Rüstungskontrolle“ verringert das Risiko eines Kriegsausbruchs. In Verträgen legen die Beteiligten **OBERGRENZEN** für Waffen fest und erlauben eine wechselseitige **ÜBERWACHUNG**.

3 „Konversion“ ist der Prozess, Abrüstung zu gestalten. Ziel ist es, **KOSTEN** für Militärausgaben zu **SENKEN**, keine Rüstungsgüter mehr herzustellen und Flächen zivil zu nutzen.

4 Die UN-Charta erlaubt ihren Mitgliedstaaten, konventionelle Waffen einzusetzen, wenn dies im Einklang mit dem **VÖLKERRECHT** geschieht. Daher werden „Rüstungskontrolle“ und „Rüstungsbegrenzung“ häufiger verwendet als „Abrüstung“, wenn es um konventionelle Waffen geht.

5 Der Vertrag über die Nichtverbreitung von **KERNWAFFEN** verpflichtet die Atomwaffenstaaten, darauf, Kernwaffen abzurüsten, und Nicht-Atomwaffenstaaten, auf eine nukleare Aufrüstung zu **VERZICHTEN**.

6 Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa schuf die Grundlage, schwere Waffensysteme in Europa zu vernichten. Ziel war ein **GLEICHGEWICHT** der konventionellen Streitkräfte auf **NIEDRIGEREM NIVEAU**, um Überraschungsangriffe unmöglich zu machen.

7 Das Ende des Ost-West-Konflikts ebnete den Weg für eine Konvention, die Verwendung, Herstellung, Besitz und Weitergabe von **CHEMIEWAFFEN VERBIETET** und die Vernichtung bestehender Arsenale vorschreibt.



8 Das Konzept der Sicherheit hat sich von einer staatszentrierten zu einer menschenzentrierten Orientierung gewandelt. Viele Abkommen enthalten heute Bestimmungen zum **SCHUTZ** der Zivilbevölkerung, zur **UNTERSTÜTZUNG** von Opfern oder zu geschlechtsspezifischen Aspekten.



9 Das Übereinkommen von Ottawa über die Herstellung und Weitergabe von Antipersonenminen hat neue Maßstäbe durch **ABRÜSTUNG VON UNTEN** gesetzt, weil es durch Zusammenarbeit zwischen einigen Staaten und der **ZIVILGESELLSCHAFT** entstanden ist.



10 Der Vertrag über den Waffenhandel verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, bei jedem Verkauf zu klären, dass die Waffen nicht zur Begehung schwerer **MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN** eingesetzt werden.



11 Eine neue internationale Erklärung soll Zivilist:innen besser vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten schützen. Bomben, Artilleriegeschosse und Raketen, die in Dörfern und Städten einschlagen, sind die Hauptursache für **ZIVILE OPFER** in bewaffneten Konflikten.



12 Abrüstung funktioniert, wenn sie die **MENSCHLICHE SICHERHEIT** in den Vordergrund stellt, Ressourcen in die Entwicklung lenkt, Konflikte entschärft und die globale Zusammenarbeit fördert. So soll sie eine sicherere und friedlichere Welt für heutige und **ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN** schaffen.

NEUE WERKZEUGE

In der internationalen Politik ist eine neue Generation von Friedensverhandler:innen mit ganzheitlichem Verständnis von Abrüstung nötig. Sie will nicht nur Waffen reduzieren, sondern versteht auch die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Dimensionen von Konflikten.

Es herrscht Krieg in Europa, im Nahen Osten und in Afrika, und über 110 Millionen Menschen waren im Jahr 2023 auf der Flucht, mehr als je zuvor. 783 Millionen Menschen hungern, so viele wie seit 2006 nicht mehr – und das ist angesichts der Prognosen über die Folgen des Klimawandels erst der Anfang.

Der Einsatz von Atomwaffen im Krieg ist so bedrohlich geworden wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Simulationen haben gezeigt, dass selbst ein begrenzter Atomkrieg zwischen zwei Nuklearmächten große Mengen lichtscheinender Aerosole in die Stratosphäre transportieren würde, was zu einer abrupten Klimastörung und einer globalen Hungersnot führen könnte.

Aber auch die anhaltenden Kriege mit konventionellen Waffen gefährden die Klimaziele. Zwei Jahrzehnte internationaler Analysen und Debatten haben sich darauf konzentriert, wie unser sich rasch destabilisierendes Klima die Sicherheit der Staaten untergraben könnte. Ignoriert wurde dabei, wie sich nationale Entscheidungen wie Militärausgaben oder Kriegsführung auf das Klima

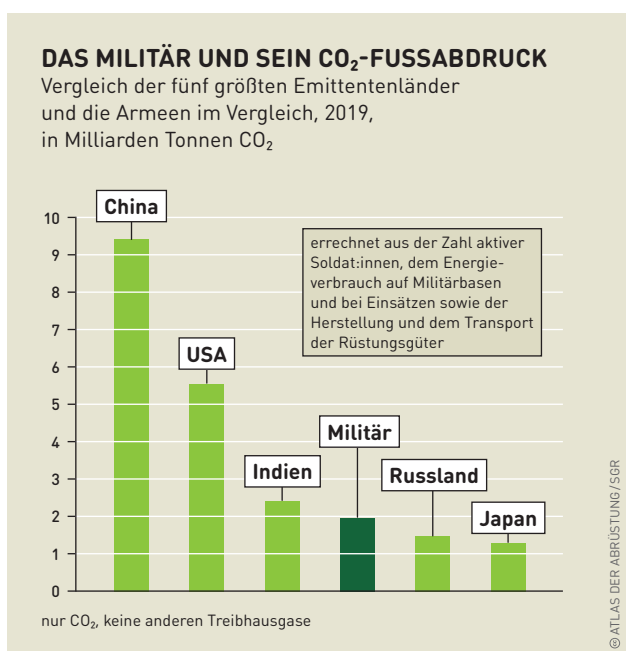
auswirken und damit wiederum unsere kollektive Sicherheit untergraben. Kriege und Konflikte schränken die Möglichkeiten ein, angemessen auf klimabedingte Katastrophen zu reagieren und die dringend erforderliche Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel aufzubauen. Denn militärisch geführte Auseinandersetzungen führen volkswirtschaftlich unweigerlich zu einer Verschiebung der begrenzten Ressourcen und finanzpolitisch zur Kürzung von Staatsausgaben für die Entwicklung. Dies verschlimmert die ohnehin schon verheerenden klimabedingten Auswirkungen auf die sozialen Systeme und führt unter anderem zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen.

Schließlich ist das Militär auch selbst Akteur der Klimakatastrophe. Es ist für geschätzt 5,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wäre das globale Militär ein Land, würde es mit seinem Ausstoß an vierter Stelle stehen, zwischen Indien und Russland. Dies übersteigt den gesamten CO₂-Fußabdruck Afrikas, der nicht einmal vier Prozent der weltweiten Emissionen ausmacht. Weniger Militäroperationen können die Auswirkungen auf die Umwelt nachhaltig verringern.

Exzessive Militärausgaben verbrauchen nicht nur wertvolle Ressourcen, sondern vergrößern auch die Kluft der wirtschaftlichen Ungleichheit. Im Jahr 2022 erreichten die weltweiten Militärausgaben einen neuen Rekord von 2,2 Billionen US-Dollar. Wichtige Ressourcen, die in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung investiert werden könnten, werden abgezweigt, was in vielen Ländern die Armut verschärft und die Ungleichheiten der globalen Gesellschaft noch vertieft. Umgekehrt bietet Abrüstung das Potenzial, ein Katalysator für transformativen Wandel zu sein. Diese Hoffnung bestand bereits in den 1990er-Jahren, als zuletzt konventionelle Waffen im großen Stil abgebaut wurden.

Damals erwartete eine optimistische Zivilgesellschaft Hunderte von Milliarden US-Dollar an „Friedensdividende“. Sie sollten auch genutzt werden, um die „Agenda 21“ für nachhaltige Entwicklung zu finanzieren, die 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedet wurde. Es kam nicht dazu, weil die treibende Kraft hinter den Abrüstungsbemühungen die finanzielle Sanierung der Staatshaushalte war und nicht ein generelles Umdenken in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik. Die Aufgabe bleibt also erhalten: die enormen finanziellen Mittel,

Friedensverträge und effiziente Abrüstungsabkommen können wirksam zum Erreichen der Klimaziele beitragen

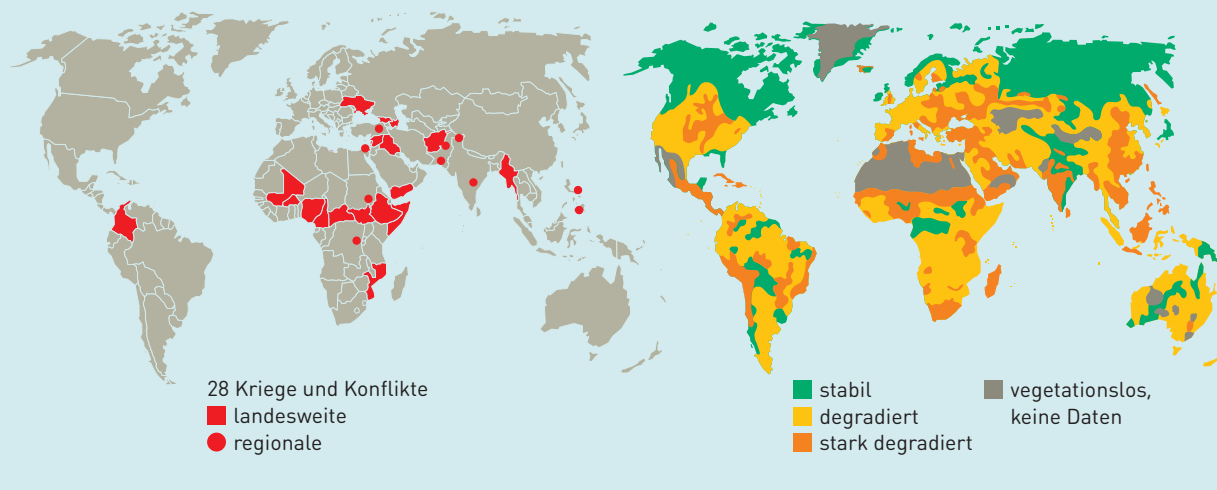


FLUCHT UND MIGRATION HABEN VIELE GRÜNDE

Auslöser von Wanderungsbewegungen, Auswahl

Kriege und bewaffnete Konflikte – Jahresbilanz der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Stand Ende 2022

Klimakrise, steigender Meeresspiegel, gefährdete Agrarsysteme – am Beispiel der Bodenverschlechterung, UN-Umweltprogramm, ohne Stichjahr



die weltweit für das Militär aufgebracht werden, so einzusetzen, dass sie die dringenden globalen Herausforderungen – die Bekämpfung des Klimawandels und der Armut sowie den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens und des Bildungssektors – unterstützen.

Die Abrüstung der Zukunft muss weit über das hinausgehen, was bisher erreicht wurde. So, wie zu solchen Verhandlungen die Regeln für die Demobilisierung und Vernichtung von Waffen definiert werden, müssten nun auch verbindliche Regeln für die zivile Beilegung von Konflikten festgelegt werden. Dazu gehört auch, internationale Verträge und international anerkannte Institutionen der Konfliktlösung so zu stärken, dass sie in der Lage sind, Krisen und Probleme mit zivilen Mitteln zu lösen. Und auf globaler Ebene gilt es, die Entwicklung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu beeinflussen und die Verbindung zwischen Entwicklung und Frieden im Folgeprozess der Agenda 2030 zu betonen.

Ein ganzheitlicher Abrüstungsansatz strebt nicht nur die Reduzierung oder Beseitigung von Waffen an, sondern berücksichtigt auch die umfassenderen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Dimensionen bewaffneter Konflikte und der Sicherheit. Abrüstungsbemühungen müssen den Schutz der Menschenrechte und der humanitären Grundsätze in den Vordergrund stellen und eine sinnvolle Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, lokalen Gemeinschaften und der betroffenen Bevölkerung beinhalten.

Zwei Fälle, ein Befund: Die indirekten Emissionen der Militärs sind mehr als doppelt so hoch wie die direkten

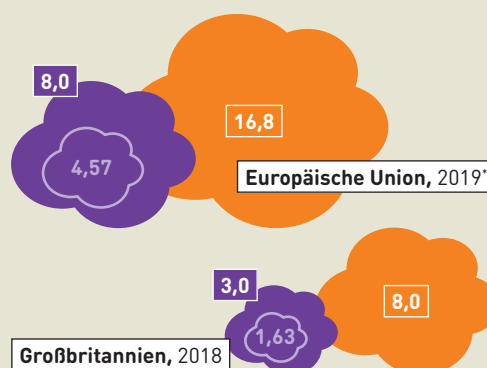
Friedenspolitik muss auf bewaffnete Konflikte und Kriege schauen, aber auch die Klimakrise als Konfliktursache verstehen

Dazu gehören Instrumente des Dialogs, der Versöhnung und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien. Es ist höchste Zeit, Szenarien und Abläufe für eine möglichst umfassende globale Abrüstung zu entwickeln. Wenn sich dafür eine Chance bietet, müssen die Werkzeuge bereitliegen. —

KLIMASCHÄDLICHE RÜSTUNGSPRODUKTION

Direkte und indirekte Emissionen des Militärs in der EU und in Großbritannien, in Millionen Tonnen CO₂e*

- direkt: Verbrauch von Energie und Treibstoff
- davon offizielle Sektorenmeldung der Länder
- indirekt: Herstellung und Transport der Rüstungsgüter



* CO₂e: CO₂-Äquivalente, in die die verschiedenen Treibhausgase umgerechnet werden können. Emissionen in Einsatzkämpfen nicht berücksichtigt. ** ohne Großbritannien

DAS VERTRAUEN IST WEG

Der Krieg in der Ukraine zeigt eine russische Geopolitik, die auf Augenhöhe mit den USA agieren will. Europa ist dabei nachrangig. Und eine multipolare Weltordnung verspricht noch keine Stabilität.

Von außen gesehen, kommt mancher Friedensschluss eher überraschend zustande. 1979 lud US-Präsident Jimmy Carter seinen ägyptischen Amtskollegen Anwar as-Sadat und den israelischen Regierungschef Menachem Begin auf die präsidentiale Erholungsanlage Camp David in Maryland ein, um über eine Entspannung zwischen den beiden Staaten zu verhandeln. Ihr letzter Krieg war gerade ein paar Jahre her, die Stimmung soll frostig gewesen sein. Zwölf Tage lang brachte Carter die Gegner in der Abgeschiedenheit des Anwesens so oft zusammen, bis sie einander hinreichend vertrauten. Am Ende stand schließlich das Camp-David-Abkommen. Der erste Friedensvertrag zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn hält bis heute.

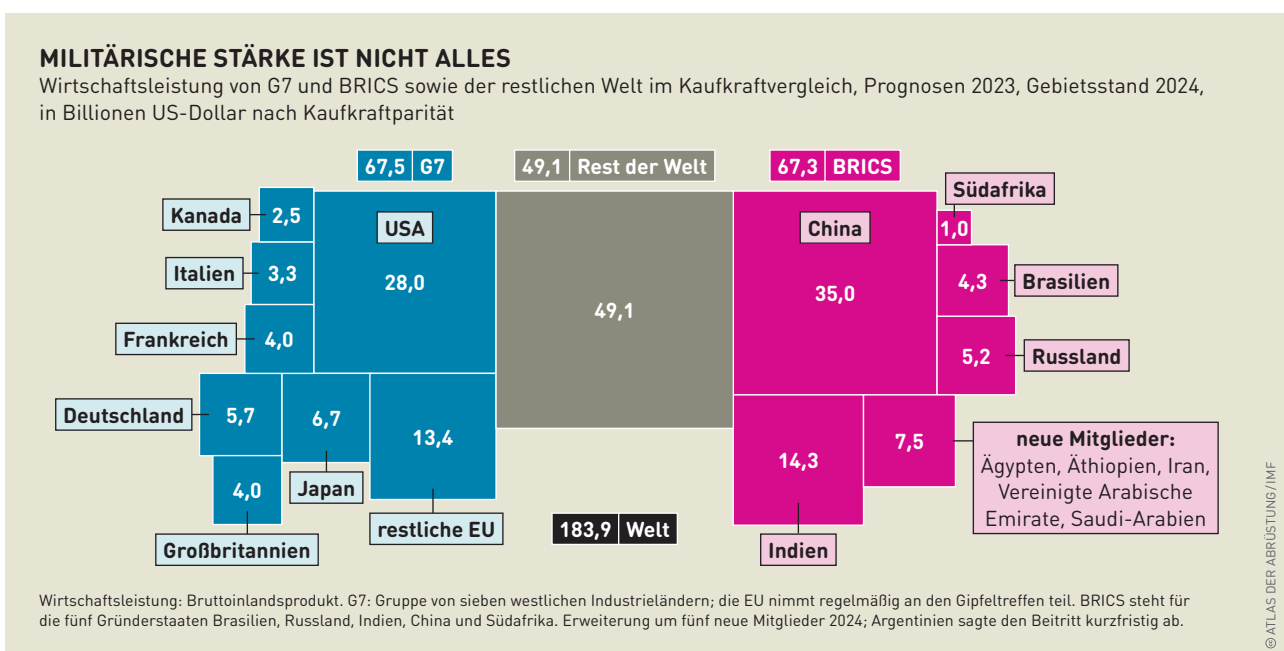
Was für die Präsidenten galt, lässt sich auf Staaten übertragen. Tatsächlich ist Vertrauen, so der Historiker Matthias Peter, „die Ressource der Diplomatie“. Es entsteht, sobald verlässliche Informationen über die Absichten des Gegenübers dafür sorgen, Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu vermeiden. Der Abschied vom Schwarz-Weiß-Denken gehört dazu. Peter sieht das Kernstück der internationalen Entspannung im Kalten Krieg,

den Helsinki-Prozess ab 1972 mit seiner Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), als ein Auf und Ab der Vertrauensbildung. Bei den Krisen um den Nato-Doppelbeschluss 1979 oder den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1980 zeigte sich der Nutzen dieses Vertrauens.

Und heute? Die in den Neunzigern aufgebaute Sicherheitsarchitektur unter den KSZE-Ländern sowie die bilaterale zwischen den USA und Russland erodierte bereits im Verlauf der 2010er-Jahre. Schlüsselmomente darin waren die ersten unbeholfenen Versuche der Ukraine und Georgiens, der Nato beizutreten, Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Unterstützung der ostukrainischen Separatisten. Der russische Militäranalyst Pawel Felgenhauer schrieb schon 2019, der „Vertrag über den Offenen Himmel“ von 1992, Teil jener alten Sicherheitsarchitektur, symbolisiere „in erster Linie das Vertrauen zwischen ehemaligen Gegnern im Kalten Krieg, aber heute gibt es kein Vertrauen [mehr]“. Die Austritte der USA unter Trump 2020 und Russlands unter Putin 2021 aus dem Vertrag besiegelten diesen Vertrauensverlust.

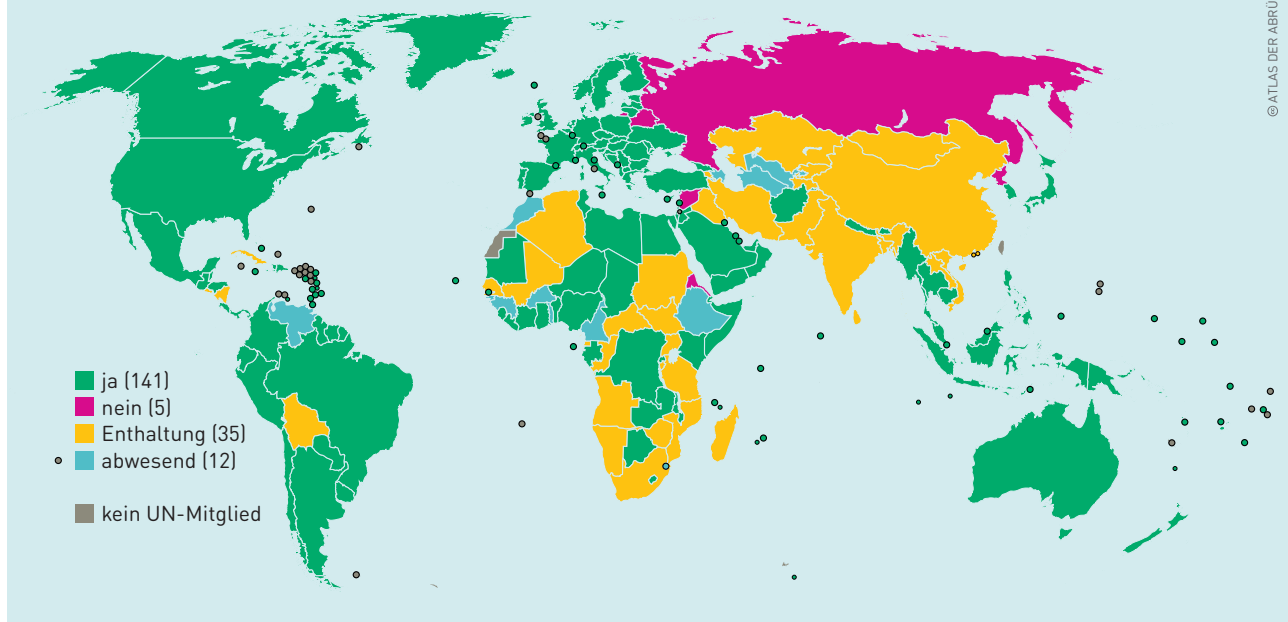
Hieran wird auch deutlich, wie wichtig Russland die strategische Augenhöhe mit den USA ist. Um die USA in die Schranken zu weisen und Russland den Status einer

Im Konzept der multipolaren Weltordnung repräsentiert BRICS mit China, Russland und dem Globalen Süden verschiedene Akteure



WELT IM SCHOCKZUSTAND

Ergebnis der Abstimmung über die Resolution ES-11/1, die die russische Aggression gegen die Ukraine „auf das Schärfste“ missbilligt, in der UN-Generalversammlung am 2. März 2022



© ATLAS DER ABRÜSTUNG/WIKIPEDIA

Großmacht zurückzugeben, strebt Putin die Etablierung einer multipolaren Weltordnung mit den USA, China und dem Globalen Süden an. Wie sie stabilisierend wirken könnte, sagt er nicht, und vielleicht interessiert es ihn auch nicht. Die untergeordnete Rolle Europas darin beschränkt sich jedenfalls darauf, das Feld für die Wiederherstellung imperialer Größe zu sein.

Immer wieder gibt es Beispiele, wie Russland und die USA ihren Großmachtstatus festigen wollen und dabei gegen das geltende Völkerrecht verstoßen, so etwa beim Einmarsch der USA in den Irak 2003 oder zuletzt mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022. Hier wird zugleich das russische Konzept des „nahen Auslands“ sichtbar, bei dem die Nationalparlamente europäischer Staaten – oder solcher in Zentralasien – nicht mehr über außenpolitische Zugehörigkeiten selbst entscheiden sollen. Über eine Friedenslösung für die Ukraine würde Russland am liebsten direkt und nur mit den USA verhandeln, über den Kopf der Regierung in Kyjiw hinweg.

Im Zuge des Großmachtstrebens schwächt Russland auch internationale Organisationen. So ist die weitere Mitgliedschaft in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, die Nachfolgerin der KSZE) ungewiss. Russland lähmt die zur Konfliktregulierung so wichtige Organisation, in der für Beschlüsse das Einstimmigkeitsprinzip gilt, indem es es Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt, den Haushalten nicht zustimmt, die OSZE-Mission in der Ukraine blockiert und drängende Personalentscheidungen zu verhindern droht. Nur noch die Präsenz in den Vereinten Nationen gilt als sicher. Doch deren Handlungsmöglichkeiten sind aufgrund des russischen Vetorechtes im Sicherheitsrat geschwächt.

Russland fast vollständig isoliert – nicht einmal von China, Indien, dem Iran oder Südafrika kam Unterstützung

Die Perspektive für Frieden und Abrüstung ist auch durch die innere Situation in Russland und den Ton der offiziellen Kommunikation erschwert. Im Verlauf von zwei Dekaden hat Putin die seit der Perestroika Gorbatschows gewachsene russische Zivilgesellschaft zerstört. Kritiker:innen können sich nicht mehr äußern, gehen ins Exil oder sterben. Im Staatsfernsehen dominiert das Trommelfeuer der Kriegspropaganda, Regierungsmitglieder stoßen wüste Drohungen aus. Und wegen der zensierten Medien können in Russland Auswege aus dem Großmachtdenken und Alternativen zur Kriegsgesellschaft nicht einmal diskutiert werden. Es ist auch nicht nur Putin. Der Soziologin Katharina Bluhm zufolge hat sich in Russland seit den 1990er-Jahren eine Schicht konservativ-repressiver Kräfte entwickelt, die Putin trägt und inzwischen so stabil ist, dass der Putinismus auch ohne Putin weiterleben kann.

Wie da eine Entspannung erreicht werden kann, die wenigstens derjenigen der Siebzigerjahre entspricht, ist derzeit nicht zu erkennen. Dennoch sollten die Regierungen aller direkt oder indirekt beteiligten Staaten versuchen, einen Friedensschluss zu fördern. Ganz ungewiss ist, wie sinnvoll es wäre, Friedensverhandlungen für die Ukraine mit Abrüstungsverhandlungen für Europa insgesamt zu verknüpfen – oder ob das eine Überlastung wäre. Im einen wie im anderen Fall mag man derzeit das Wort „Vertrauen“ kaum anführen. Mit „Verlässlichkeit“ wäre schon viel erreicht. —

BEREIT FÜR DEN FRIEDEN

Nach rund 30 Jahren ist die Bilanz der OSZE gemischt. Anfangs bei Rüstungskontrollen und Waffenerstörung erfolgreich, ist von der erhofften Sicherheitsstruktur für den Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok – oder Lissabon und Ural – heute wenig übrig.

Das Gründungsdokument der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Schlussakte von Helsinki, zielte darauf ab, militärische Konfrontationen zu reduzieren und Abrüstung zu fördern. Gedacht als ein Beitrag zur politischen Entspannung in Europa, trat die Abrüstung seit der Unterzeichnung 1975 jedoch immer mehr in den Hintergrund. Vielmehr wurde die Organisation über drei Jahrzehnte hinweg hauptsächlich mit konventioneller Rüstungskontrolle in Verbindung gebracht.

Dabei werden Obergrenzen für die wichtigsten Kategorien konventioneller Waffensysteme und -einheiten festgelegt. Im Idealfall werden alle übrigen Waffenbestände vernichtet. Die Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa waren in den 1970er-Jahren im Rahmen der Gespräche über die beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung (Mutual and Balanced Force Reductions, MBFR) in Gang gekommen, parallel zum Helsinki-Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

1984 wurde in Stockholm als Struktur für die Verhandlungen die KSZE-Konferenz über „vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung“ ins Leben gerufen. Zwischen 1990 und 1992 entstanden drei grundlegende Instrumente der europäischen Rüstungskontrolle und militärischen Transparenz: der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (WD) und der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag), der unbewaffnete Beobachtungsflüge über dem Hoheitsgebiet der Unterzeichnerstaaten vorsieht. All dies geschah unter der Schirmherrschaft der KSZE, später OSZE, da sie die einzige neutrale Organisation für kollektive Sicherheit in der nördlichen Hemisphäre ist.

Diese Abkommen sind heute infolge des technologischen und militärischen Fortschritts weitgehend überholt, nicht zuletzt auch deshalb, weil Russland und die Nato beziehungsweise die USA ihnen den Rücken gekehrt haben. Dabei war der von der OSZE in Gang gebrachte Prozess durchaus erfolgreich. Zu nennen sind hier insbesondere die Ausmusterung von mehr als

72.000 Waffen und Fahrzeugen in den ersten Jahren des KSE-Vertrags, durchschnittlich 90 Inspektionen und 45 Evaluierungsbesuche pro Jahr (bis 2013) im Rahmen des WD sowie insgesamt 1.500 Flüge bis zum Jahr 2021 unter dem OH-Vertrag, die mit zertifizierten Flugzeugen und genau definierter Überwachungstechnik ausgestattet waren.

Da sowohl Russland als auch die westlichen Staaten die KSE- und OH-Verträge entweder ausgesetzt oder sich daraus zurückgezogen haben, bleibt als einziges Rüstungskontrollinstrument das „Wiener Dokument“ der OSZE von 2011. Es hat den Vorteil, dass es kein rechtlich bindendes Dokument ist, sondern vielmehr ein politisches. Daher kann es weiter von Relevanz sein, obwohl Russland den übrigen OSZE-Teilnehmerstaaten im Februar 2022 mitteilte, es werde nicht mehr an Inspektionen und Verifikationsmaßnahmen teilnehmen und den jährlichen Austausch über militärische Informationen einstellen.

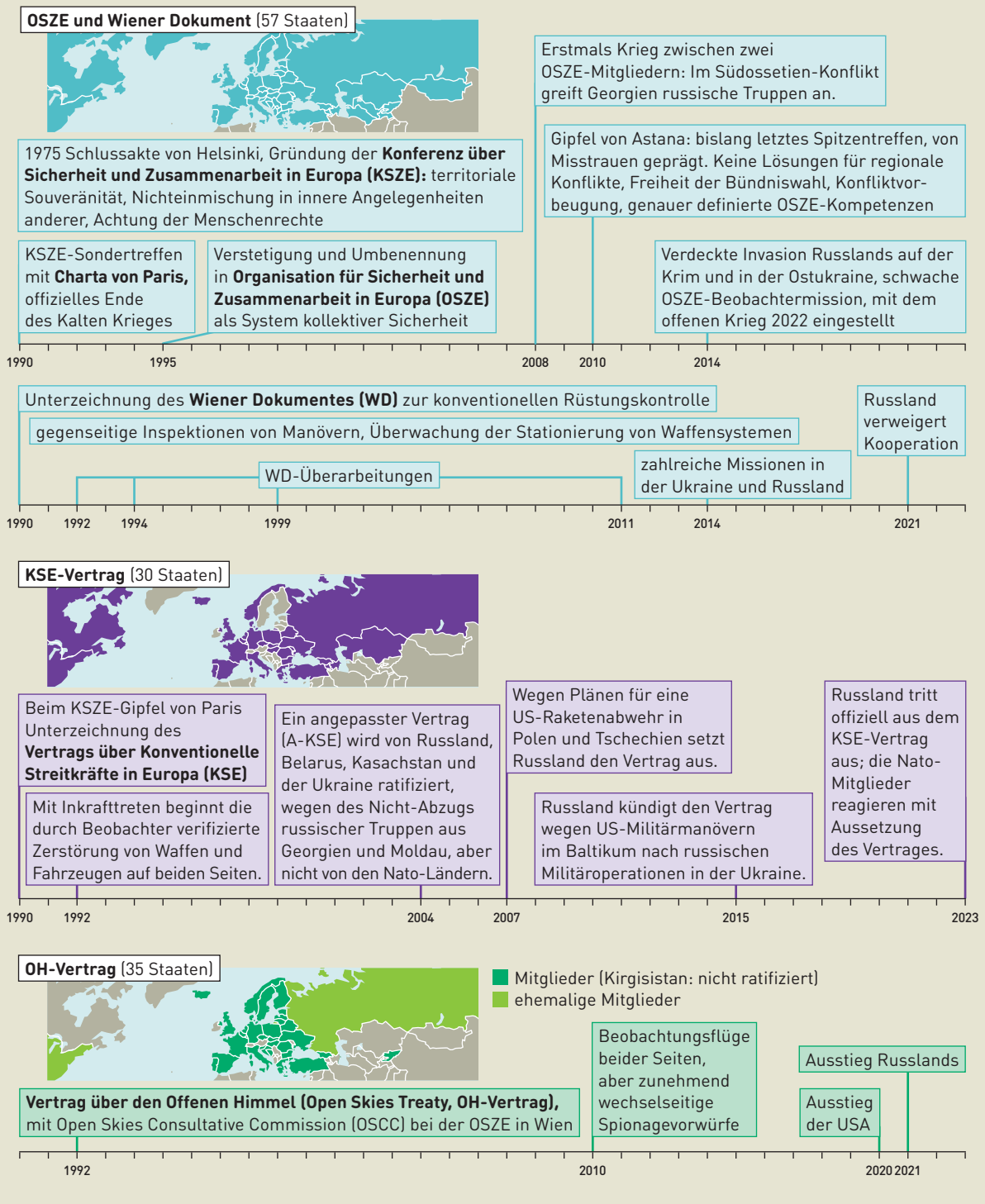
Bei der Rüstungskontrolle war die OSZE auch auf nationaler Ebene aktiv. Insbesondere arbeitete sie mit einzelnen Regierungen zusammen, um vor Ort die Verwaltung der Lagerbestände von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition, einschließlich deren Vernichtung, zu verbessern. Kleine Erfolge konnte die OSZE beispielsweise 2006 in Moldau erzielen, wo sie zehn Projekte für die Verwaltung der Bestände an Klein- und leichten Waffen sowie konventioneller Munition entwickelte.

Gegenwärtig geht es in der europäischen Sicherheitspolitik jedoch nicht mehr um Rüstungskontrolle und schon gar nicht um Abrüstung. Stattdessen setzt sie auf gegenseitige Abschreckung und konventionelle Aufrüstung sowie den Ausbau bestehender Rüstungssysteme. Rüstungskontrolle basiert auf dem Prinzip der freiwilligen Gegenseitigkeit und setzt Kooperation und Dialog voraus. Dafür gibt es heute keine Grundlage mehr. Die allmähliche Aushöhlung der Rüstungskontrolle war sicher nicht der einzige Grund für die Schwächung und die gegenwärtige Krise der OSZE, hat aber zweifellos dazu beigetragen.

Nach einer Beendigung des Krieges in der Ukraine wird sich unweigerlich die Frage nach Sicherheitsgarantien für die Ukraine und andere Länder stellen, die nicht in der Nato sind. Verhandlungen über einen Waffenstillstand und schließlich ein Friedensabkommen erfordern einen organisierten Prozess und eine entsprechende Logistik und zudem Elemente der Rüstungskontrolle. Dazu gehören Obergrenzen für Waffen und Truppen, Informationsaustausch und Inspektionen. Mittel- bis langfristig ist auch ein regionaler Handlungsrahmen nötig, um die

EIN FRIEDENSINSTRUMENT IN DER KRISE

Aufgaben, Umfeld und Krisen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Stichworte zum zeitlichen Verlauf



europäische Sicherheitslage zu stabilisieren und zu verbessern. Die OSZE kann all dies bieten. Die praktischen Erfahrungen mit dem KSE-Vertrag, die die nationalen Verifikationszentren in drei Jahrzehnten gesammelt haben, dürften ebenfalls nützlich sein.

Allerdings nimmt Russland derzeit die Rüstungskontrolle sowie die Abrüstung und letztlich die europäische Sicherheit praktisch in Geiselschaft. Dies kann sich erst

In der OSZE blieb die Lösung vieler Regionalkonflikte von Russlands Anspruch überschattet, mit den USA auf Augenhöhe zu kommunizieren

ändern, wenn die Regierung in Moskau wieder zu den grundlegenden Prinzipien der OSZE zurückkehrt und Verhandlungen zur Überwindung der Spaltung zwischen Ost und West wieder aufgenommen werden. —

ALLE FÜHLEN SICH BEDROHT

Mit Blick auf China rüsten viele Länder des Indo-Pazifik auf. Sie eint der Gedanke: Nur mithilfe eines starken Militärs lässt sich Krieg vermeiden. Unterschätzt wird dabei die Rolle von Taiwans Chip-Industrie. Sie könnte China von einem Angriff abhalten.

Die Einkaufsliste ist lang: Abfangraketen, Angriffs- und Aufklärungsdrohnen, Satellitenkommunikation, Tarnkappenflugzeuge, Hubschrauber, U-Boote und Kriegsschiffe – insgesamt 320 Milliarden US-Dollar will die japanische Regierung für das Militär bis 2027 ausgeben. Das ist mehr als das Dreifache dessen, was die deutsche Bundesregierung vorsieht, um die Bundeswehr für ihre „Zeitenwende“ aufzurüsten.

Die Gefahr, die der ostasiatische Inselstaat aus Richtung China und dem Atomstaat Nordkorea wahrnimmt, hat ihn zu diesen Schritten bewegt. Japans Ministerpräsident Fumio Kishida selbst spricht von einem „Wendepunkt“ für sein Land, das sich seit dem Zweiten Weltkrieg dem Pazifismus verschrieben und sich selbst auferlegt hatte, nicht mehr als ein Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für Rüstung auszugeben. Doch die Zeiten sind nun andere. Der Einmarsch Russlands in der Ukraine könne China veranlassen, mit Taiwan ähnlich zu verfahren, befürchtet die japanische Regierung. Sie gibt

daher nun doppelt so viel für den Militärapparat aus wie bisher.

Japan ist nicht das einzige Land in der Region, das kräftig aufrüstet. Die chinesische Führung in Peking hat fast das gesamte Südchinesische Meer zu ihrem Territorium erklärt. Anrainerstaaten wie die Philippinen und Vietnam sind alarmiert, Zwischenfälle häufen sich. Und weil mehr als ein Drittel des Welthandels durch das Südchinesische Meer abgewickelt wird, haben sich auch die USA eingeschaltet und rüsten in der Region auf. Neben ihren Militärstützpunkten in Südkorea, auf den Philippinen und Guam wollen die USA den 1946 stillgelegten Militärflughafen auf Tinian, einer Insel der Nördlichen Marianen, wieder in Betrieb nehmen. Von dort aus starteten 1945 die Flieger, die die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen.

China selbst rüstet in der Region am meisten auf. Investierte China 2009 noch 137 Milliarden US-Dollar ins Militär, waren es 2022 bereits über 270 Milliarden. Im Sommer 2022 ließ China den vollständig selbst entwickelten Flugzeugträger Fujian zu Wasser, das größte Kriegsschiff der Welt außerhalb der USA. In der Luft verfügt die Volksbefreiungsarmee mit der H-20 bald über ihren ersten strategischen Tarnkappenbomber. Dem Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri zufolge liegt China auf Platz 2 der Länder, die weltweit die höchsten Summen für ihr Militär ausgeben.

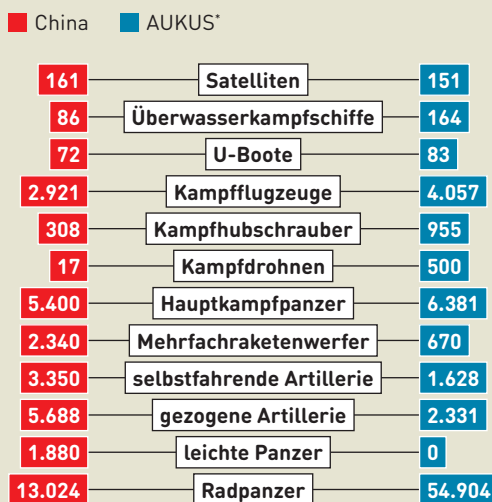
Insbesondere Taiwan fühlt sich bedroht. Die Führung in Peking betrachtet die Insel als eine „abtrünnige Provinz“. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat mehrfach betont, dass er Taiwan noch in seiner Amtszeit einverleiben werde. Fast wöchentlich lässt er Militärmanöver in der Straße von Taiwan abhalten.

Die meisten Staaten der Welt erkennen Taiwan nicht als eigenständigen Staat an. De facto aber ist die Inselrepublik souverän und will sich nicht einschüchtern lassen. Mit ihren rund 23 Millionen Einwohner:innen hat sie 2,58 Millionen Militärangehörige und verfügt über eine moderne Armee. 2023 hat die Regierung in Taipeh die Wehrdienstpflicht von vier Monaten auf ein Jahr verlängert.

Mit Blick auf China fragt in der Region kaum eine Regierung nach Wegen zur Abrüstung. Angela Stanzel, Expertin für Sicherheitspolitik in Ostasien bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), sagt, man könne schon froh sein, wenn China bereit wäre, über sein Atompro-

KRÄFTEMESSEN

Schwere konventionelle Waffen, 2022



* AUKUS: Militärbündnis von Australien, Großbritannien und den USA von 2021. Globale Angaben

© ATLAS DER ABRÜSTUNG / BICC

Was in Zeiten zunehmender Spannungen Bestandteil der Aufrüstung ist, kann in entspannteren Zeiten zum Bestandteil der Abrüstung werden

IM HOCHGEBIRGE UND AUF HOHER SEE

Territorialkonflikte Chinas mit seinen Nachbarn



gramm und Abrüstung zu sprechen. Dass China abrüstet, hält sie für sehr unrealistisch – zumindest, so lange Peking überzeugt ist, dass die USA den Aufstieg Chinas eindämmen will.

Dabei haben Taiwan und die Volksrepublik bewiesen, dass ein friedliches Miteinander trotz der gegensätzlichen Interessen möglich ist. Obwohl beide Seiten offizielle Regierungskontakte ablehnen, pflegen sie seit über 30 Jahren intensive wirtschaftliche Beziehungen. Taiwanische Investoren haben insbesondere in den 1990er- und 2000er-Jahren maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik beigetragen. Seit 2010 besteht zwischen Taiwan und China mit dem Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA) zudem ein Abkommen zum Abbau von Handelsbarrieren.

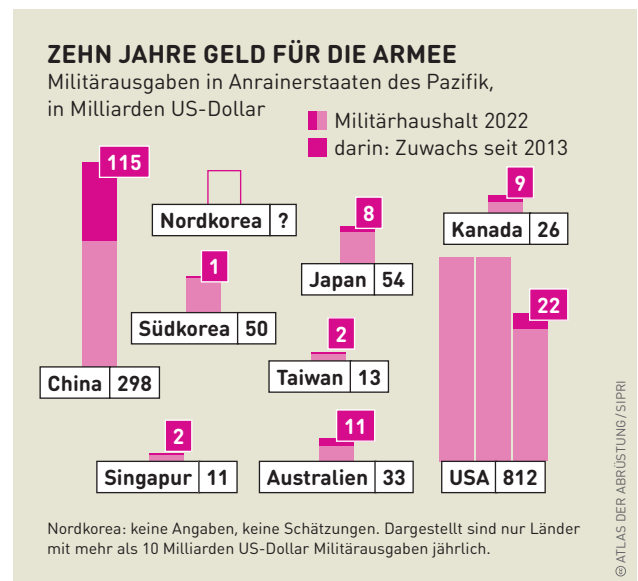
Der intensive wirtschaftliche Austausch dürfte einer der Gründe sein, warum China seine Drohung bislang nicht wahr gemacht hat. Das Wirtschaftsabkommen von 2010 zu beenden, obwohl es nur bis Ende 2020 vereinbart war – diesen Schritt gingen beide Seiten bislang nicht. Das könnte ein Zeichen sein, dass China weiter an funktionierenden Wirtschaftsbeziehungen interessiert ist.

Ein Teil von Taiwans Abwehrstrategie ist die enorme Expertise ihrer Halbleiterindustrie. Auch China bezieht viele wichtige Komponenten aus Taiwan – und benötigt sie nicht zuletzt auch für die eigene technologische Ent-

Gefechte im Himalaya, Drohungen gegen Taiwan, Marinemanöver weit im Süden – China macht harte Ansagen

wicklung. Die herausragende Stellung der taiwanischen Halbleiterindustrie weltweit gilt unter Ökonom:innen als Garant gegen einen Angriff Chinas. Sie sprechen von einem „Silicon Shield“, einem Schutzschirm aus Silizium. Denn je mehr die Welt von Taiwans Chips abhängt, umso größer ist das Interesse daran, dass kein Krieg die Fachleute ins Ausland fliehen lässt und die hochspezialisierten Werke, Prozesse und Produktionsketten zerstört. —

Die chinesische Aufrüstung der letzten zehn Jahre übersteigt diejenige aller anderen Militärmächte in der Region zusammen



DER PAZIFIK AMERIKAS

Die USA waren nie nur der Hegemon des Atlantiks, sondern auch des Pazifiks. Seit China wirtschaftliche Stärke mit neuer Machtpolitik verbindet, befindet sich Washington auf dem Weg von der Kooperation zur Konfrontation.

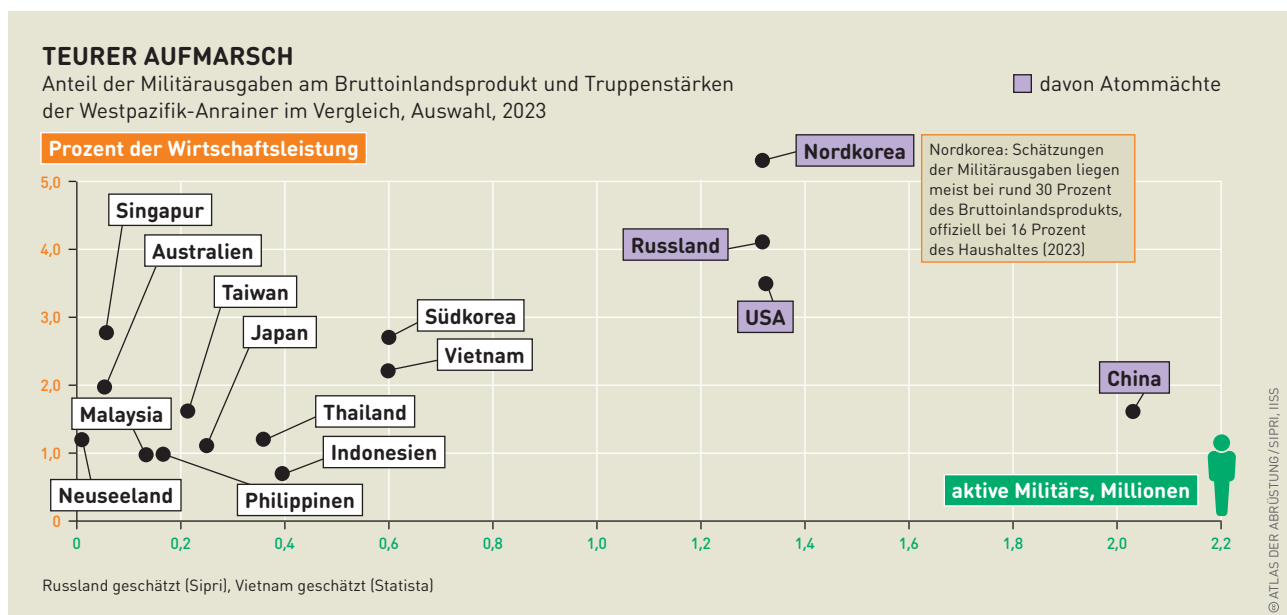
Um vom Wirtschaftswachstum Ost- und Südasiens zu profitieren, bemühten sich die USA mit Initiativen wie der 1989 gegründeten Asia-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) und der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) von 2016 um einen besseren Zugang zu den dortigen Märkten. Letztere war das Kernstück der unter dem Stichwort „Schwenk nach Asien“ („pivot to Asia“) bekannt gewordenen Initiative der Regierung von Barack Obama. Mit ihr sollte die US-Außenpolitik neu ausgerichtet werden: weg vom Nahen Osten und Europa hin zu einem aufstrebenden Asien. Doch Obamas Nachfolger Donald Trump stieg gleich wieder aus der TPP aus. Die Biden-Regierung wiederum wandte sich erneut dem immer selbstbewussteren China zu. Doch statt auf Partnerschaft zielt die US-Politik diesmal auf Konfrontation.

Mit einer Bedrohung durch Nordkorea rechtfertigt die Sicherheitspolitik der USA die Anwesenheit von 28.500 US-Soldat:innen in Südkorea. China aber ist das eigentliche Ziel der Strateg:innen im Pentagon. Zwischen den USA und China fließt nach wie vor der weltweit größte bilaterale Handelsstrom. Doch zahlreiche Streitigkeiten über Handel, Investitionen und geistiges Eigentum be-

lasten die Beziehungen. Während es in den 1990er-Jahren ein gewisses Maß an militärischer Zusammenarbeit gab, zumindest was Transparenz und Konfliktvermeidung angeht, verhärteten sich in letzter Zeit auf beiden Seiten die Positionen. Dabei geht es insbesondere um potenzielle und reale Konfrontationen in Gebieten wie der Straße von Taiwan und dem Südchinesischen Meer.

China selbst trägt einen großen Teil zu dieser Dynamik bei. In den vergangenen Jahren hat das Land seine Militärausgaben um rund sieben Prozent jährlich gesteigert. Es ist mit seinen Nachbarn wegen der umliegenden Gewässer aneinandergeraten. Unter Staatschef Xi Jinping hat die nationalistische Rhetorik insgesamt deutlich zugenommen. Wahr ist aber auch, dass China mit einer Politik konfrontiert wird, die seinen Ambitionen entgegenarbeitet. So belebten die USA 2017 die Quadrilaterale Sicherheitsinitiative (Quad) mit Australien, Indien und Japan wieder, um den Bestrebungen Chinas entlang der asiatischen Küste und im Pazifik entgegenzuwirken. Diese Bemühungen wurden inzwischen Teil einer umfassenderen indopazifischen Strategie, die Südkorea, Vietnam, die Philippinen und andere asiatische Partner einbezieht. Sie sieht über sicherheitsrelevante Themen hinaus auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, diplomatisches Engagement und Klimainitiativen vor.

Alle kleineren und mittleren Armeen der ostpazifischen Küstenländer gelten als Verbündete der USA oder kooperieren auf sicherheitspolitischem Gebiet





Das US-Verteidigungsministerium erwartet einen langen Konflikt mit China. 2010 hatte es die neue Doktrin einer Luft-See-Schlacht vorgestellt, um sich auf einen möglichen Krieg vorzubereiten, und im Zuge dessen auch sein militärisches Potenzial vergrößert. Der für 2024 beantragte Verteidigungshaushalt in Höhe von fast 842 Milliarden US-Dollar sieht vor, die Ausgaben für die Kapazitäten im Pazifikraum um 40 Prozent zu erhöhen. Viele der großen Posten im Pentagon-Budget – moderne Raketen und Kampfflugzeuge, Weltraumwaffen, Atom-U-Boote der nächsten Generation sowie zwei weitere Zerstörer und Fregatten – sind speziell für den Einsatz gegen China gedacht; neu hinzugekommen sind inzwischen Hyperschallwaffen und künstliche Intelligenz. Ein neues Programm namens Replicator Initiative plant beispielsweise, Schwärme autonomer Drohnen zu produzieren, um der schieren Masse von Chinas Kriegsausrüstung begegnen zu können.

Die USA stehen mit ihren Bemühungen, Chinas Ambitionen einzuhegen, nicht allein da. Auf dem Nato-Gipfel 2023 in Litauen haben sich mit Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland vier Teilnehmer aus dem asiatisch-pazifischen Raum verpflichtet, enger an das transatlantische Sicherheitsbündnis heranzurücken. Eine Reihe europäischer Länder hat sich zudem der US-Initiative zur Beschränkung bestimmter Hightech-Exporte nach China angeschlossen. Umgekehrt haben die USA Druck auf ihre

Die geopolitische Konfrontation der Supermächte ist mit Regionalkonflikten verwoben: um Taiwan, Korea und die Seegrenzen

Verbündeten ausgeübt, kritische Rohstoffe wie seltene Erden aus anderen Ländern als China zu beziehen.

Die neue Ausrichtung auf Asien, mit der China sowohl militärisch als auch wirtschaftlich etwas entgegengesetzt werden soll, stößt allerdings mancherorten auf Skepsis. Der französische Präsident Emmanuel Macron blockierte den Vorschlag, in Japan ein Nato-Büro zu eröffnen. So manche, die befürchten, der kalte Krieg mit China könne in einen heißen münden, drängen auf eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den USA und China, etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels. Doch andererseits ruft Bidens Politik, die wie die vorherige Regierung versucht, mit Handelssanktionen und Zöllen Druck auf chinesische Waren auszuüben, international kaum Widerstand hervor.

Die USA scheinen eine Konfrontation mit China für unausweichlich zu halten; der Kongress macht sich immer weniger für eine Kooperation stark. Große Teile des US-Sicherheitsapparats sehen den Krieg in der Ukraine und den Konflikt zwischen Israel und der Hamas vor allem als gefährliche Ablenkung von ihrer Hauptaufgabe: der Abwehr der vermuteten Bedrohung durch China. —

EINSTIMMIGE ANTWORTEN

Bestrebungen, dass sich europäische Länder jenseits der Nato gemeinsam verteidigen, gab es schon lange. Inzwischen unternimmt die EU viele kleinere und größere Schritte in diese Richtung: politisch-strategisch, im militärischen Bereich und bei der Rüstungsproduktion.

Die EU-Außen- und Sicherheitspolitik ist ständig in Bewegung. Sie muss eine gemeinsame Basis für Staaten schaffen, die gegensätzliche historische Erfahrungen und Interessen haben. Es gibt EU-Staaten, die Mitglieder der Nato sind, und solche, die neutral sind. Es gibt Staaten, die sich vehement auf die USA als ihren wichtigsten Sicherheitsgaranten verlassen, insbesondere die Opfer des deutschen und sowjetischen Militarismus in Mittel- und Osteuropa. Dann gibt es Staaten wie Frankreich, die sich als unabhängige Akteure auf globaler Ebene sehen. Die zweite westeuropäische Atommacht, Großbritannien, nimmt wegen des „Brexit“ von 2020 nicht mehr offiziell an der Entwicklung der EU-Sicherheitsstrategie teil.

Gerade wegen der unterschiedlichen Interessen ist das Konzept der „strategischen Autonomie“ der EU so umstritten. Trotz des Wunsches einiger Staaten nach größerer Unabhängigkeit von den USA heißt es im „Strategischen Kompass“ (SK) der EU von 2020, dass die Partnerschaft mit der Nato von entscheidender Bedeutung sei.

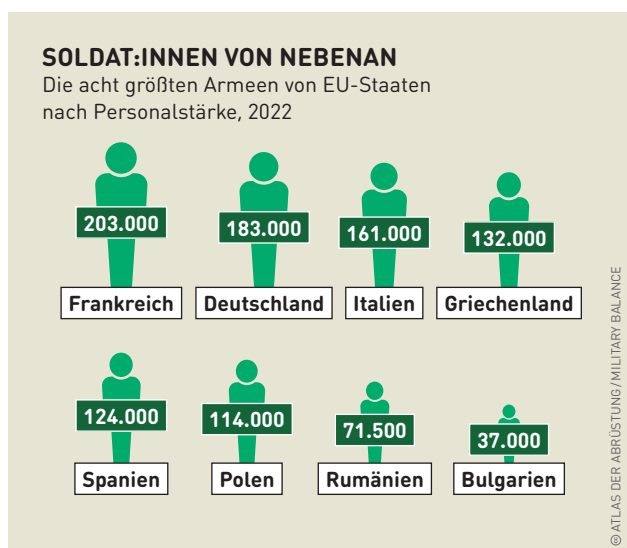
Die Versuche der Länder Westeuropas, ihre sicherheitspolitischen Interessen zu bündeln, haben eine lange Geschichte. 1954 ließ Frankreich eine Europäische Ver-

teidigungsgemeinschaft (EVG) scheitern. Die im selben Jahr gegründete Westeuropäische Union (WEU), ein militärischer Beistandspakt, ging 1992 in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf, ein Teil des Vertrages von Maastricht. 1999 beschlossen die Regierungen, von der Nato unabhängige Streitkräfte aufzustellen. Mit dem Vertrag von Nizza wurde die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eingeführt, die unter der Oberhoheit der Regierungschefs – ohne das Europäische Parlament – steht und nur einstimmig Beschlüsse verabschieden kann.

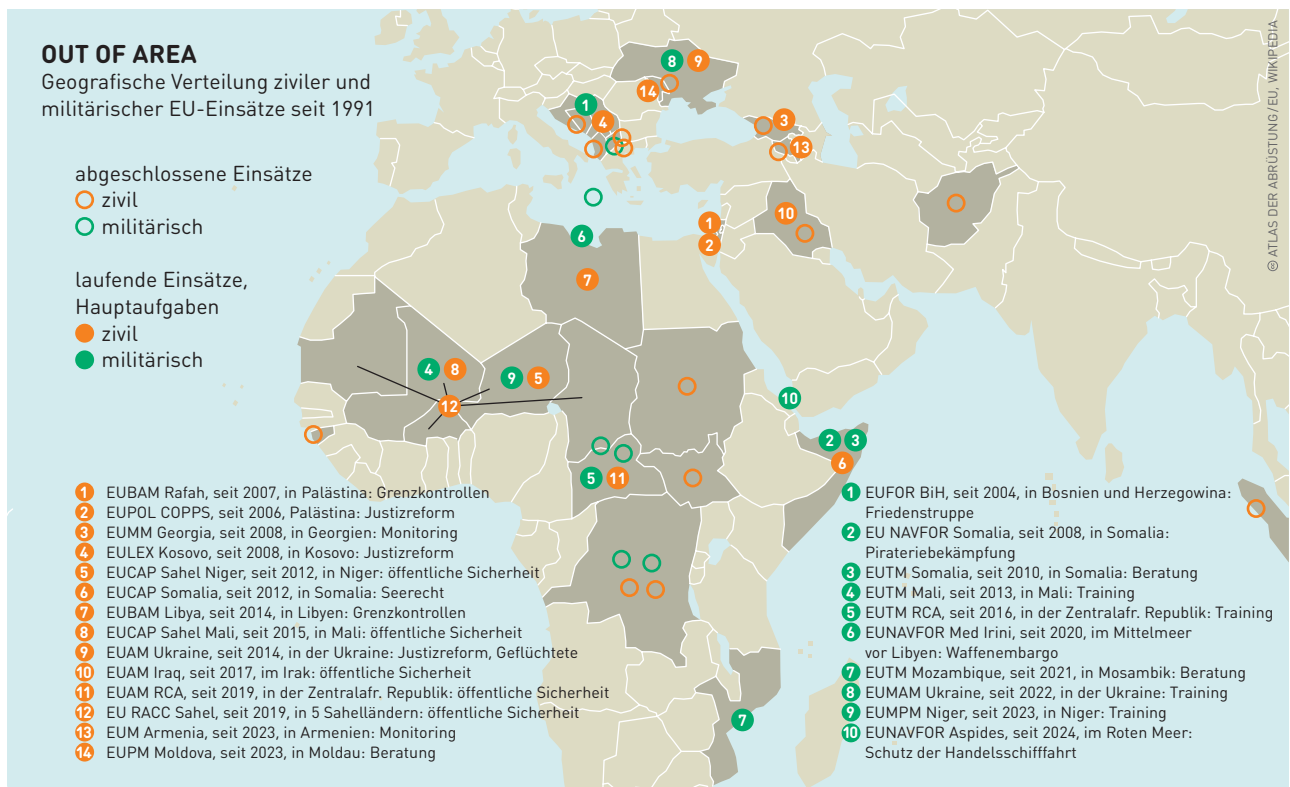
Im Jahr 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Kurz nach der Brexit-Abstimmung in Großbritannien, im Jahr 2016, verabschiedeten die EU-Außenminister:innen die EU-Globalstrategie (EUGS). Krisenfestigkeit und regionale Stabilität gerieten stärker in den Fokus. Von da an wurden der „Zugang zu Ressourcen“ und ein „freies Südchinesisches Meer“ als legitime Interessen der EU verstanden. Zentralasien und Zentralafrika gelten nun als ihre geopolitischen Interessensgebiete. Im Jahr 2017 wurde die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Pesco) verabschiedet, an der inzwischen alle EU-Staaten außer Malta teilnehmen. Dabei geht es um länderübergreifende Rüstungsprojekte, die bevorzugt aus dem ebenfalls 2017 gegründeten Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) finanziert werden. Im Jahr 2021 wurde die Europäische Friedensfazilität (EFF) ins Leben gerufen, um die Einsätze für die EU-Staaten zu verbilligen. Sie müssten sonst aus den nationalen Haushalten finanziert werden.

Im Juni 2022, angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, fand auf dem Nato-Gipfel in Madrid ein Strategiewechsel statt. Während zuvor keine Nato-Truppen dauerhaft in Mitteleuropa stationiert waren, sollten dort nun westeuropäische Kampfgruppen dauerhaft präsent bleiben. Schon wenige Wochen nach dem Angriff Russlands hatten die Regierungen der EU-Staaten den SK beschlossen. Er war ein Durchbruch, da sich die EU-Mitgliedstaaten zum ersten Mal auf eine Bedrohungsanalyse einigen konnten. Strategien zur zivilen Konfliktlösung sind im SK hingegen nur in Ansätzen enthalten.

Der EU-Vertrag von Maastricht verlangt bei Entscheidungen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen die Einstimmigkeit aller Mitgliedsländer. Die EU-Kommission ordnet die Rüstungsproduktion jedoch kurzerhand als normale Industrieproduktion ein, die ge-



Frankreich, das seine Atomkraft nicht unter eine EU-Struktur stellen will, verfügt zugleich über die meisten aktiven Soldat:innen



fördert werden darf. In der Haushaltsperiode 2021 bis 2027 waren – Stand Mitte 2023 – für die EFF zwölf Milliarden Euro für Auslandseinsätze vorgesehen. Der EVF verfügt im gleichen Zeitraum über fast 8 Milliarden Euro, davon 2,7 Milliarden Euro für die gemeinsame Verteidigungsforschung und 5,3 Milliarden Euro für gemeinsame Militärprojekte.

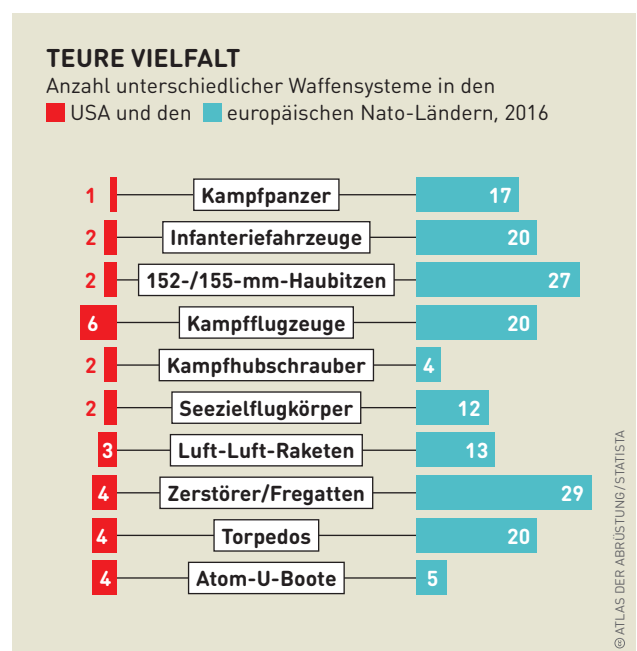
Seit dem Angriffskrieg Russlands haben die Mitgliedstaaten den Etat der EFF ständig aufgestockt. Die Friedensfazilität wurde damit zu einem der wichtigsten Instrumente für die Unterstützung der Ukraine mit westlichen Waffen. Im Juli 2023 trat eine „Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion“ mit einem Volumen von 500 Millionen Euro in Kraft. Das EU-Instrument zur gemeinsamen Beschaffung (EDIRPA) soll koordinierte Einkäufe mehrerer EU-Mitglieder bei Rüstungsbetrieben verbessern, die Integration der nationalen Industrien fördern und gleichzeitig die Preise der Rüstungsgüter senken. 2024 soll zügig eine neue Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) umgesetzt werden.

Es ist nicht leicht, optimistisch zu sein, was die Abrüstung und die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der EU im Jahr 2024 angeht. Immerhin können sich progressive Kräfte in der EU auf den Atomwaffenverbotsvertrag stützen. Er ist seit 2021 geltendes internationales Recht, auch wenn er nur von wenigen Staaten in Europa ratifiziert wurde. Un-

Das Rationalisierungspotenzial im Militär ist riesig, was massiv Steuern sparen könnte. Aber die Regierungen schützen ihre nationalen Hersteller

Die rund 50 bisherigen EU-Einsätze im Ausland sollen den Interessen der dortigen Regierungen dienen, vor allem aber die Ziele der EU stützen

terstützt werden friedensorientierte Akteure auch durch die EU-„Konferenz zur Zukunft Europas“, die 2022 forderte, die EU sollte weiterhin aktiv den Dialog fördern, den Frieden und eine regelbasierte internationale Ordnung sicherstellen, den Multilateralismus stärken und die langjährigen Friedensinitiativen der EU fortsetzen. —



MILITÄRISCHE MITTELMACHT

Was Aufrüstung und Waffenproduktion angeht, hat die Türkei ihren traditionellen Konterpart Griechenland längst hinter sich gelassen. Innerhalb weniger Jahre ist ein eigener militärisch-industrieller Komplex mit eigenen Interessen entstanden.

Die Türkei und Griechenland haben zwei Dinge gemeinsam: hohe Militärausgaben und eine massive Aufrüstungspolitik. Das schwierige Verhältnis der beiden Nachbarländer lässt sich vor allem – aber nicht ausschließlich – mit zahlreichen strittigen Fragen erklären. Sie betreffen die gegenseitig ausschließende Definition der nationalen Identität, den Status von Minderheiten in der Gründungsphase der beiden Nationalstaaten und ihre Seegrenzen. Sie drehen sich weiter um die ausschließlichen Wirtschaftszonen in der Ägäis und im östlichen Mittelmeerraum, die Zypernfrage und die Frage der Migration. Verschiedene Untersuchungen konnten bisher nicht eindeutig klären, ob allein die konfrontative Außenpolitik der beiden Länder der auslösende Faktor für das Wettrüsten ist. Denn neben den konfliktreichen bilateralen Beziehungen spielen auch andere innen- und außenpolitische Faktoren eine Rolle.

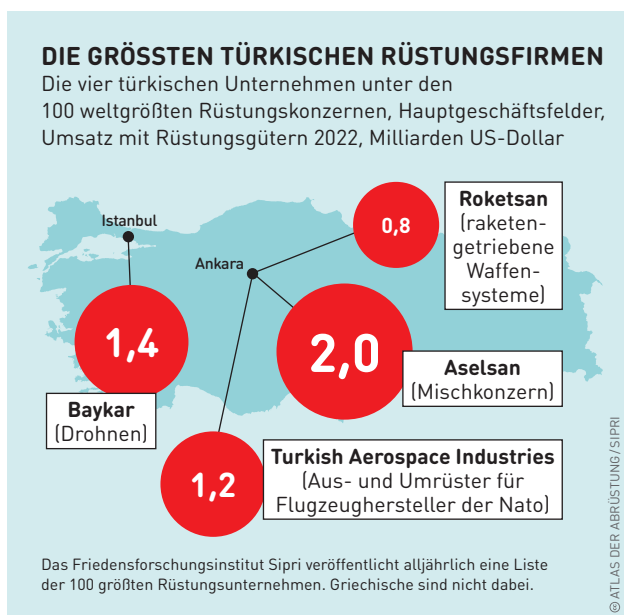
Die Militärausgaben der Türkei waren schon immer hoch, doch nach dem Militärputsch von 1980 stiegen sie besonders an. Die Modernisierung des türkischen Militärs, die Bemühungen um den Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie, die militärisch ausgefochtene Kur-

denfrage und die Offensiven der türkischen Armee im Nordirak und in Nordsyrien bescherten dem Rüstungssektor einen kontinuierlichen Aufschwung. Die Gesamtausgaben für das Militär zu berechnen, ist nicht einfach, weil die Daten nicht regelmäßig erhoben wurden. Doch allein die Ausgaben des Unterstützungsfonds für die Verteidigungsindustrie – eines Sondervermögens außerhalb des regulären Verteidigungshaushalts – stiegen von umgerechnet 54 Millionen US-Dollar im Jahr 1986 auf 2,2 Milliarden Dollar im Jahr 2013. Und auf den Beschluss des NATO-Gipfel in Wales 2014, den Anteil der Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten am Bruttoinlandsprodukt auf 2 Prozent zu erhöhen, folgte die Erhöhung des Anteil der Rüstungsausgaben am gesamten Verteidigungshaushalt – in dem ansonsten Personalkosten dominieren – auf mindestens 20 Prozent.

Durch die kräftige Förderung der inländischen Rüstungsindustrie konnte die Abhängigkeit vom Ausland seit 2004 auf 50 Prozent reduziert werden. Der nationale Anteil bei den Beschaffungen für die Armee stieg 2018 auf 65 Prozent; für 2023 wurden 75 Prozent anvisiert. Der Umsatz der Rüstungsbranche, der 2004 noch bei 1,3 Milliarden US-Dollar lag, wurde für 2023 mit 27 Milliarden US-Dollar prognostiziert. Der Auftragswert der Projekte der Rüstungsagentur PDI kletterte von 8 Milliarden Dollar im Jahr 2004 auf 60 Milliarden Dollar 2018, Tendenz steigend.

Diese Entwicklungen spiegeln den politischen Willen wider, die Türkei zu einer Regionalmacht zu machen, die sich auf ein schlagkräftiges Militär stützen kann. Die Rüstungsindustrie dient als politisches und ideologisches Symbol für die Autarkie der Türkei. Sie demonstriert ihre Unabhängigkeit von Auflagen bei Rüstungsimporten, ihre immer wichtigere Rolle in der Weltpolitik und ihre wirtschaftlichen Erfolge.

Auch in Griechenland lassen sich die hohen Verteidigungsausgaben sowohl durch interne als auch durch externe Faktoren erklären, insbesondere durch die Nato-Mitgliedschaft und die wahrgenommene Bedrohung vor allem durch die Türkei. Hinzu kommen jedoch wirtschaftliche und finanzielle Faktoren sowie die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie. Im Ergebnis halbierten sich die Militärausgaben Griechenlands in der Wirtschaftskrise ab 2010 von 10 auf 5 Milliarden US-Dollar und stiegen erst jüngst wieder auf mehr als 8,3 Milliarden an.



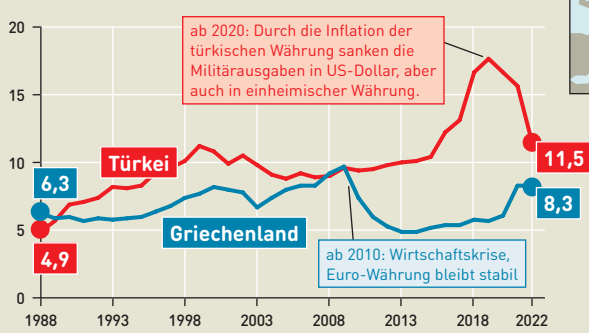
Vom Familienkonzern Baykar abgesehen befinden sich die größten Rüstungsfirmen der Türkei im direkten oder indirekten Besitz der Armee

GRIECHENLAND UND DIE TÜRKEI IM RÜSTUNGSVERGLEICH

Entwicklung der Militärausgaben, 1988–2022

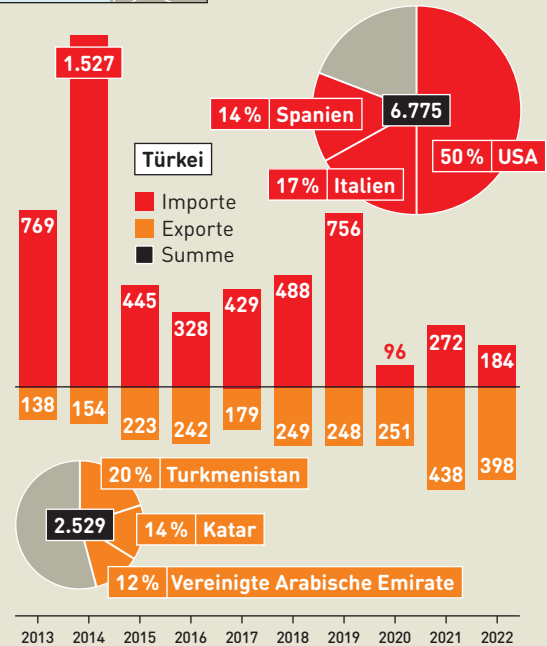
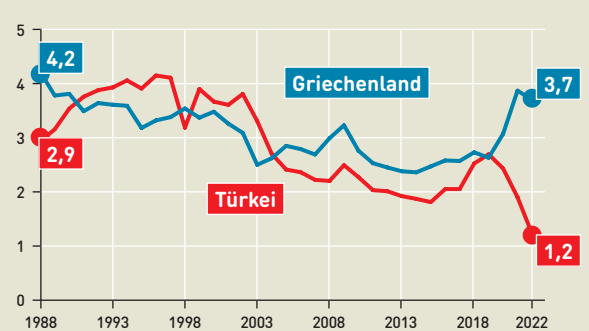
Rüstungsimporte und -exporte, 2013–2022, in Milliarden TIV, Hauptlieferanten und Hauptempfänger, in Prozent

Militärausgaben in Milliarden Dollar

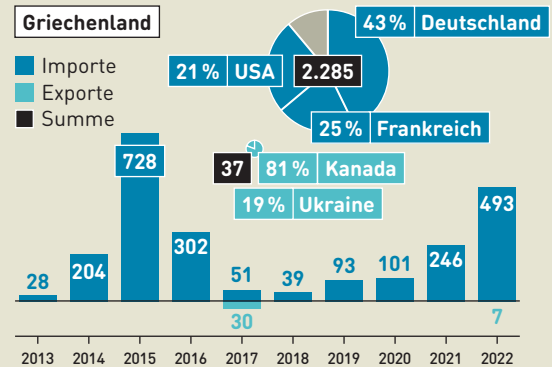
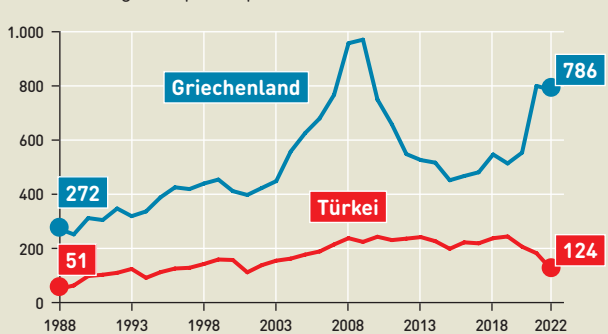


TIV: Einheit der militärischen Wirksamkeit, um unterschiedliche Waffen vergleichbar zu machen

Militärausgaben in Prozent der Wirtschaftsleistung



Militärausgaben pro Kopf in US-Dollar



Derselbe Trend lässt sich beim Anteil der Ausgaben für Rüstungsgüter an den gesamten Verteidigungsausgaben beobachten.

Anders als die Türkei ist Griechenland bei technologisch fortschrittlichen Waffensystemen bis heute auf Importe aus den USA und aus anderen europäischen Ländern angewiesen. Der Ausbau der heimischen Rüstungsindustrie soll helfen, die Versorgung zu sichern und sich möglichst autark militärisch auszurüsten zu können – und so auch für mehr Autonomie in der Außenpolitik zu sorgen. Natürlich gibt es auch wirtschaftliche Motive: den Bedarf an Importen und die dafür nötigen Devisen zu reduzieren und Wirtschaftswachstum und technologischen Fortschritt zu fördern. Die wirtschaftlichen Ziele dürften sich jedoch kaum erreichen lassen. Denn die griechische

Seit 2020 ist die Türkei Netto-Exporteur von Rüstungsgütern und liefert vor allem an den Golf und nach Zentralasien

Rüstungsindustrie ist von staatlichen Subventionen abhängig, erzielt kaum Exporterlöse und wird zudem für klientelistische Zwecke genutzt.

Weder in der Türkei noch in Griechenland ist eine Entwicklung in Richtung Abrüstung absehbar. Dabei wäre ein solcher Prozess sinnvoll – besonders angesichts der in beiden Ländern regelmäßig auftretenden wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Aufgrund der stark nationalistisch, militaristisch und sicherheitsorientiert geprägten Innen- und Außenpolitik stehen die Chancen dafür jedoch schlecht. —

ALTE FREUNDE, NEUE FREUNDE

Indien hat mittlerweile eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut und seine Partnerschaften diversifiziert. Es löst sich von Russland und nähert sich den USA und westeuropäischen Ländern an. Das bevölkerungsreichste Land der Welt möchte Großmacht werden.

Indiens Verteidigungspolitik wird weitgehend durch die Bedrohung bestimmt, der es sich durch seine Nachbarn China und Pakistan ausgesetzt sieht. Alle drei Staaten verfügen über Atomwaffen. Zwar funktioniert die nukleare Abschreckung, doch Grenzstreitigkeiten brechen immer wieder auf. Noch besorgniserregender für Indien ist die Allianz, die China und Pakistan eingegangen sind. Hinzu kommt noch die Bekämpfung des Terrorismus, für den Indien Pakistan verantwortlich macht.

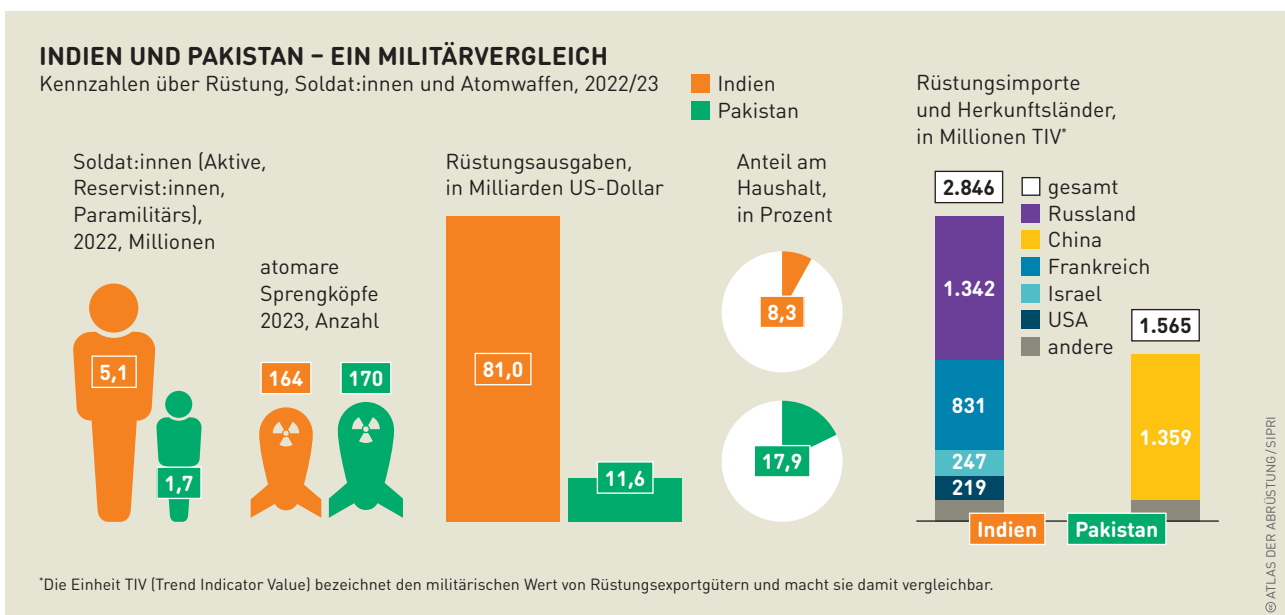
All das veranlasste die indische Regierung, mehr Waffen denn je zu kaufen und selbst herzustellen. Seit jeher kommen die meisten Waffenimporte aus Russland. Die verteidigungspolitischen Beziehungen der beiden Länder gehen auf das Jahr 1962 zurück, als Indien die Erlaubnis zur Lizenzproduktion des MiG-21-Kampfflugzeugs erhielt und so als eines der ersten Länder von einem Technologietransfer aus der UdSSR profitierte. Die Sowjetunion bestand nicht auf sofortigen Zahlungen und erlaubte Indien, in Rupien zu bezahlen. Die sowjetischen Waffen waren außerdem vergleichsweise billig. Die UdSSR wiederum nutzte mehrmals ihr Veto im Sicherheitsrat, um Resolu-

tionen gegen Indien wegen der Grenzkonflikte mit Pakistan zu verhindern. Indien begann, eine wichtige Rolle im Gleichgewicht der Kräfte in Asien zu spielen. Die UdSSR beziehungsweise später Russland verhängte im Gegensatz zum Westen auch nie Sanktionen gegen das Land.

Heute sind rund 70 Prozent der indischen Militärausrüstung russischer Herkunft und noch immer stammt fast die Hälfte der Neubestellungen von dort. Indien ist der größte Waffenimporteur der Welt, doch das Land hat begonnen, seine Rüstungseinkäufe zu diversifizieren und zugleich eine eigene Verteidigungsindustrie aufzubauen. Denn die Abhängigkeit von Waffenimporten und erst recht eine Monopolstellung Russlands dabei verträgt sich nicht mit den Plänen Indiens, Großmacht zu werden. Der Aufstieg Chinas lässt daher auch Verteidigungspartnerschaften mit westlichen Ländern sinnvoll erscheinen. Rüstungskäufe von dort können solche Beziehungen weiter stärken. Und schließlich haben die zunehmend freundlichen Beziehungen Russlands zum Nachbarn China und seinen territorialen Ansprüchen gegenüber Indien für zu viel Misstrauen gesorgt, um abhängig von russischen Waffen zu bleiben.

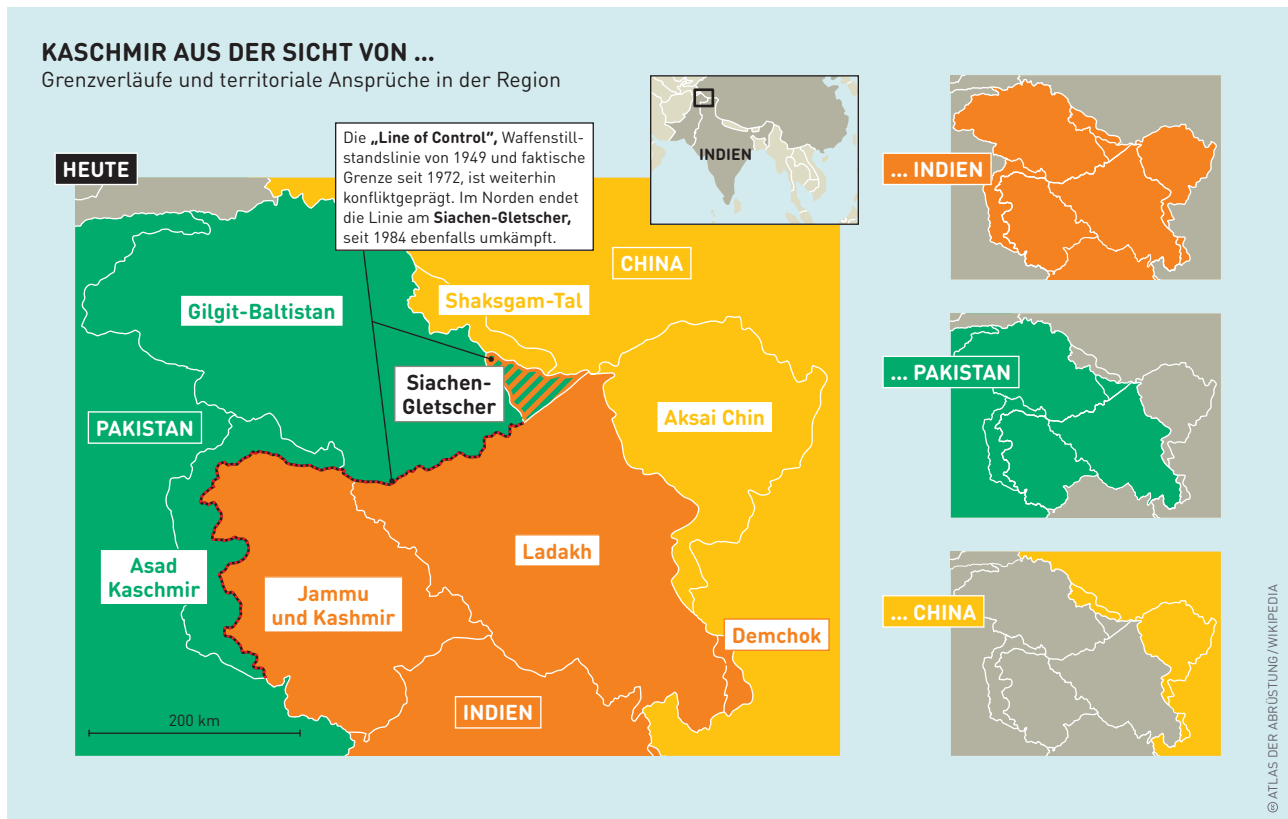
Auch der Export von Waffen aus eigener Produktion hat bereits begonnen. In nur zehn Jahren stieg ihr Wert von 82 Millionen auf 1,9 Milliarden US-Dollar im Haus-

Hinter Indien und Pakistan stehen ihre mächtigen Verbündeten: Russland und China. Auch die USA beginnt mitzumischen



KASCHMIR AUS DER SICHT VON ...

Grenzverläufe und territoriale Ansprüche in der Region



haltsjahr 2022/23. Überdies hat Indien die gemeinsame Forschung und Produktion von Rüstungsgütern mit dem Ausland vorangetrieben: mit den USA den Bau von Kampfflugzeugmotoren, Schützenpanzern und Haubitzen und mit dem alten Partner Russland den Bau von Panzern und Flugzeugen in Lizenz, die gemeinsame Produktion von Marschflugkörpern sowie ein Joint Venture zur Herstellung von Sturmgewehren.

Der Verteidigungshaushalt ist mit 81 Milliarden US-Dollar erheblich. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 57 Prozent auf das Heer, gefolgt von der Luftwaffe mit 19 Prozent und der Marine mit 15,5 Prozent. Doch 53 Prozent der Haushaltsmittel entfallen auf die Zahlung von Gehältern und Pensionen. So bleibt für die Modernisierung und Reformen nicht übermäßig viel übrig.

Die indische Verteidigungsdiplomatie hat in den vergangenen Jahren einen Aufschwung erlebt. Waffen werden bei einer größeren Zahl von Lieferanten gekauft und Militärübungen mit verschiedenen Partnern in aller Welt abgehalten. Aufgrund des verlockenden indischen Rüstungsmarktes, der gemeinsamen Sorge über das Erstarken Chinas und die ohnehin bestehenden wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen haben umgekehrt auch europäische Länder wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland engere Beziehungen zum indischen Verteidigungsapparat aufgebaut.

Zwischen Indien und Deutschland existiert schon seit 1978 ein Austauschprogramm für Militärschulen. Zwischen 1986 und 1994 lieferte die Bundesrepublik vier U-Boote an Indien und seit 1999 Teile für den Bau

Die Gebietsansprüche der drei Nachbarländer haben Kaschmir militarisiert. Zusätzlich existiert noch eine muslimische Unabhängigkeitsbewegung

von Schiffen, U-Booten, Flugzeugen, Hubschraubern und Panzern. Außerdem kamen aus Deutschland Dornier-228-Flugzeuge; seit 1983 stellt Indien diese Flugzeuge in Lizenz selbst her. Im Jahr 2006 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich. Beide Länder treffen sich regelmäßig in einem hochrangigen Verteidigungsausschuss, in dem jährlich 30 bis 40 gemeinsame Projekte verabredet werden. Auch arbeiten sie bei Patrouillen im Golf von Aden zusammen, um die Piraterie zu bekämpfen. Außerdem haben sie 2022 am multinationalen Marinemanöver RIMPAC in den Gewässern um Hawaii teilgenommen, zu dem die US-Navy einlädt.

Indien ist auch an regionalen Kooperationen beteiligt, etwa dem Quadrilateralen Sicherheitsdialog (Quad) mit den USA, Australien und Japan, den regelmäßigen Treffen der Verteidigungsminister des südostasiatischen Staatenbundes Asean und dem Antiterror-Bündnis SCORATS der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Je angespannter die Situation zwischen den USA und China wird, desto mehr vertiefen Indien und die USA ihre strategische Partnerschaft in den Bereichen Verteidigung und Nachrichtendienste. Weil auf dem Schauplatz Asien die Verteidigungsausgaben der USA und Chinas in nächster Zeit kaum sinken werden, wird auch Indien hier nicht sparen. —

REGION DER NETZWERKE

Auch wenn es nicht danach aussieht: Ein regionales System kollektiver Sicherheit wird Iran, Israel und Saudi-Arabien an einen Tisch bringen müssen – und das Ende der Besetzung des Westjordanlands vertraglich absichern.

Der Schock des Terrorüberfalls der Hamas vom 7. Oktober 2023 hallt auch ein halbes Jahr später nach. Nicht nur in der direkten Nachbarschaft Israels und Palästinas, sondern bis nach Pakistan, wo der Iran im Januar den lokalen Ableger des „Islamischen Staates“ (IS) mit Raketen beschoss. Ein Jahrzehnt, nachdem der selbst ernannte IS-Kalif Abū Bakr al-Baghdādī mit Hauptstädten in ar-Raqqa und Mossul 2014 auf dem Höhepunkt seiner Terrorherrschaft stand, erhält der IS neuen Auftrieb ausgerechnet im iranisch-pakistanischen Grenzgebiet.

Der Gaza-Krieg wirkt wie ein Brandbeschleuniger selbst an der Peripherie des Mittleren Ostens. Solidarität mit Palästina und der Schutz des Tempelbergs in Jerusalem gehören zum Selbstverständnis eigentlich aller arabischen und muslimischen Staaten. Da die Weltgemeinschaft Israel nicht dazu bewegen kann, sein militärisches Vorgehen einzuhegen, betrachten viele Menschen die westliche Reaktion auf – nach palästinensischen Angaben – mehr als 30.000 in Gaza getötete Menschen als Doppelmoral – von Beirut über Bagdad bis Teheran und Kabul.

In Afghanistan herrschte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem Sturz der Taliban eine Zeitlang Hoffnung auf ein System importierter Demokratie, abgesichert durch die größte Militärmacht der Welt. Die

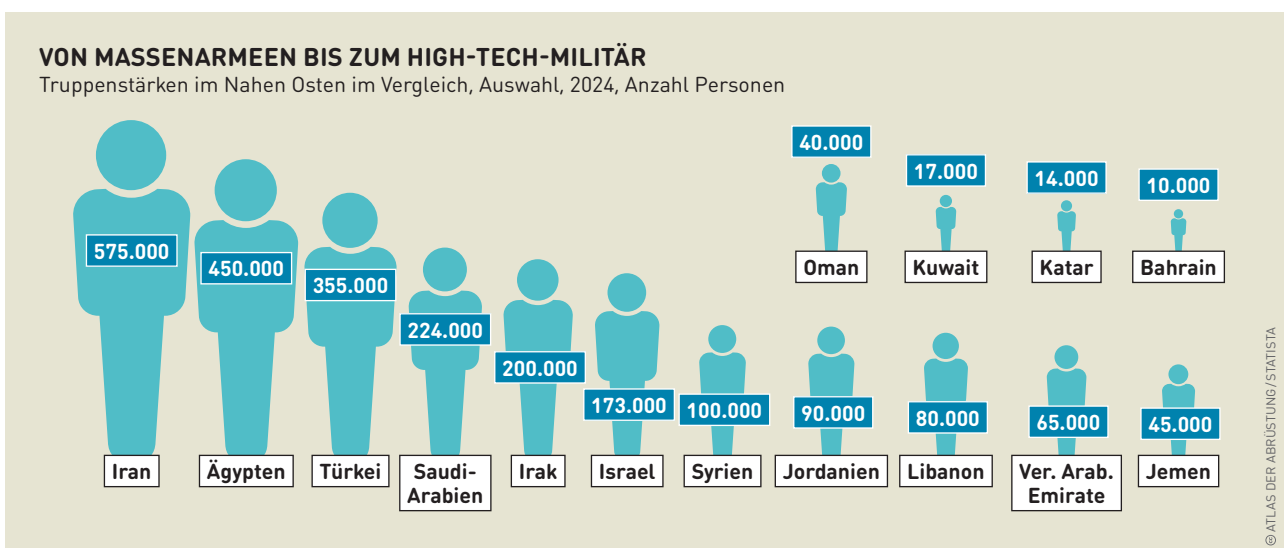
aber zog zwanzig Jahre später geschlagen ab, eine ganze Armada internationaler Partner und Hilfsorganisationen im Gefolge. Zwei Dekaden Krieg gegen den Terror gingen zu Ende.

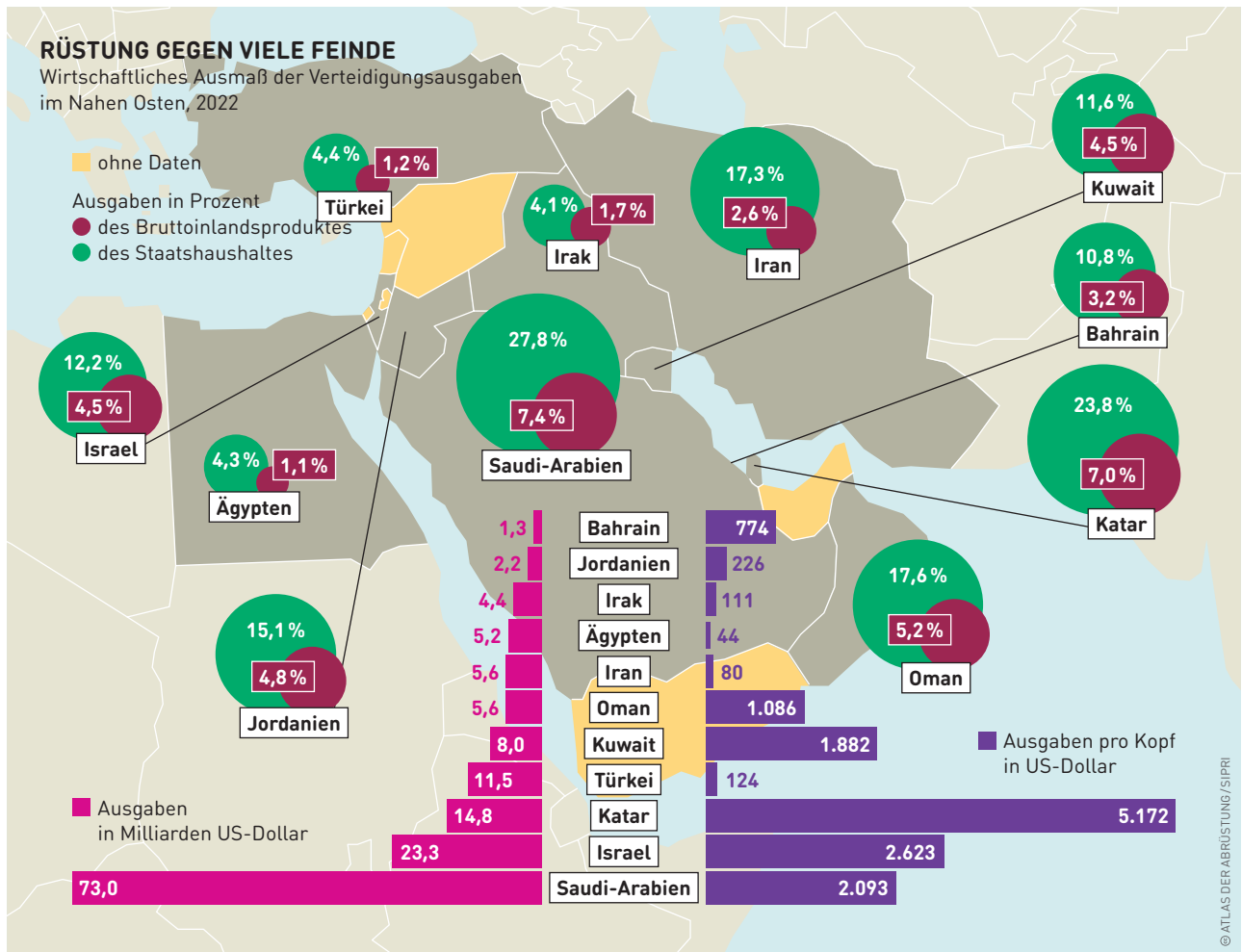
Die Zäsur des 7. Oktober besteht für Israel darin, wie vor der Staatsgründung 1948 keinen Rückzugsort mehr zu haben, der Schutz vor Pogromen bietet. Für die Palästinenser:innen ist es das Trauma der Nakba, das wieder auflebt, die Vertreibungserfahrung durch den Israelischen Unabhängigkeitskrieg und den Sechstagekrieg von 1967. Der Traum vom eigenen Staat, genährt durch Oslo-Abkommen und Friedensnobelpreis, ist mit der Ermordung des friedenswilligen Jitzchak Rabin 1995 gestorben.

Dabei liegt die Blaupause für eine Regelung des palästinensisch-israelischen Konflikts seit zwei Jahrzehnten auf dem Tisch. Die Arabische Friedensinitiative von 2002 sieht vor, dass die Staaten der Arabischen Liga Israel anerkennen, wenn die israelische Armee sich aus dem seit 1967 besetzten Westjordanland zurückzieht. Der Dominoeffekt, den sich die internationale Diplomatie von den Friedensabkommen Israels mit Ägypten, Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Jassir Arafats erhofft hatte, könnte vielleicht doch noch folgen.

Denn die sogenannten Abraham-Abkommen haben die politische Richtung umgekehrt, die in der Oslo-Ära galt – erst Frieden zwischen Israel und Palästina, dann in der ganzen Region. So lange wollten die Vereinigten Ara-

Die Armeen der Region haben viele Funktionen. Es geht um Rohstoffe und Handelswege, Machterhalt und Machterweiterung – und um die Existenz von Staaten





bischen Emirate, Bahrain und Marokko 2020 nicht mehr warten – und nahmen diplomatische Beziehungen mit Israel auf. Saudi-Arabien strebte eine solche Normalisierung ebenfalls an, ehe die Terrorangriffe der Hamas vom 7. Oktober und der sich anschließende Krieg Annäherung torpedierten, zumindest vorerst.

Langfristig aber, wenn sich die Schockwellen des 7. Oktober gelegt haben, wird Saudi-Arabien sich um einen Friedensschluss mit Israel bemühen – ein formales Ende des Besatzungsregimes vorausgesetzt. Um ein regionales System kollektiver Sicherheit zu schaffen, das auch den Iran einbezieht, ist der israelisch-saudische Schulterchluss unerlässlich. Nur wenn eines Tages neben Vertretern der Islamischen Republik und des wahhabitischen Königreichs auch israelische Diplomaten mit am Tisch sitzen, kann es Stabilität im Nahen Osten geben.

Dass Teheran und Riad 2023 nach langer Eiszeit Botschafter austauschten, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Zehn Jahre nach der saudischen Intervention in den Jemen-Krieg gilt das Regime von Kronprinz Mohammed bin Salman wieder als Stabilitätsanker in der Region; die Bundesregierung hat der Lieferung von Kampfjets für die saudische Luftwaffe Anfang 2024 zugestimmt. Saudi-Arabien könnte neben den Vereinigten Arabischen Emiraten auch deshalb als neue regionale Ordnungs-

Die Nato-Mitglieder diskutieren ihr Zwei-Prozent-Ziel. Viele Nahostländer liegen mit ihren Rüstungsausgaben weit über diesem Anteil an der Wirtschaftsleistung

macht aus dem Gaza-Krieg hervorgehen, weil es Syriens Machthaber Baschar al-Assad zurück aufs internationale Parkett gebracht hat. Die militärische Zurückhaltung, die Damaskus trotz täglicher israelischer Angriffe auf iranische und libanesischen Milizen in Syrien einhält, wird in Washington wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Strategische Zurückhaltung prägt auch das Vorgehen von Irans Revolutionsführer Ali Chamenei. Sowohl im Grenzkonflikt mit Pakistan wie im Dreiländereck zwischen Syrien, Israel und Libanon setzt er auf Deeskalation, an die sich auch Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah hält. An einem direkten Krieg mit den USA hat Teheran ebenso wenig Interesse wie Washington, auch wenn seit dem 7. Oktober pro-iranische Milizen US-amerikanische Ziele immer stärker mit Drohnen beschießen. Neue Inseln nicht friedlicher Koexistenz sind so entstanden, die die regionalen Hegemonialmächte Saudi-Arabien und Iran zu befrieden bemüht sind. Das macht Hoffnung angesichts der unzähligen Konflikte, die Nordafrika und Nahost seit den arabischen Revolutionen von 2011 erschüttern. —

EINE KURZE FRIEDENSDIVIDENDE

Mit dem Ende des Kalten Kriegs sanken die Rüstungsausgaben deutlich. Ideen wurden gebraucht, wie die zuvor militärisch genutzten Ressourcen zivil genutzt werden können. Doch seit der Jahrtausendwende steigen die Rüstungshaushalte wieder.

Dass Regierungen Ende der 1980er-Jahre nach einer neuen Zukunft für ihre Militärindustrie suchten, hatte verschiedene Gründe. Rüstungsunternehmen befanden sich infolge von sinkender Nachfrage und hohen Entwicklungskosten in einer ökonomischen Krise. Da viele ihrer Beschäftigten auch Gewerkschaftsmitglieder waren, entstanden Initiativen „von unten nach oben“, die versuchten, alternative zivile Produkte zu entwickeln und so zu einer gesellschaftlich nützlichen oder wünschenswerten Produktion beizutragen.

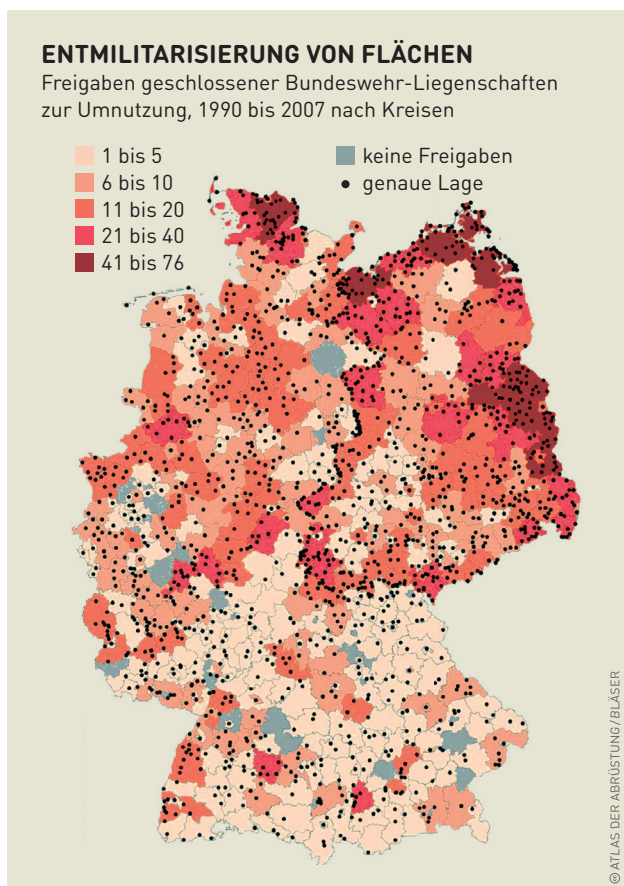
Vor allem aber entstand Konversionsdruck „von oben nach unten“. Mit dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen 1987 (INF) und jenem über konventionelle Streitkräfte in Europa 1990 (KSE) traten die wohl erfolg-

reichsten Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge der Geschichte in Kraft. Infolgedessen gingen die Militärausgaben in fast allen Ländern nach 1990 zurück. Es galt, Produktions- und Forschungskapazitäten, aber auch Immobilien und militärisch genutzte Flächen zivil zu nutzen.

Die Erwartungen an die Konversion waren zunächst groß. Sie versprach eine „Friedensdividende“ oder sollte zumindest die Kosten der Abrüstung verringern. Die globalen Militärausgaben zwischen 1988 und 1995 sanken um über 27 Prozent, in Nordamerika um 26, in Mitteleuropa um 54 und in Osteuropa gar um 90 Prozent. Zwischen 1990 und 1994 verschwanden rund 3,7 Millionen Arbeitsplätze in der russischen Rüstungsindustrie, etwa 600.000 in der US-amerikanischen und etwa 100.000 in Deutschland. Unklar ist, wie viele dieser Arbeitsplätze in die Produktion von zivilen Gütern verlagert wurden, aber es gab einige bemerkenswerte regionale Erfolge. In Bremen, dem deutschen Bundesland mit der höchsten Dichte an Rüstungsunternehmen bis 1990, wurden zwischen 1992 und 2000 fast 15 Prozent aller Arbeitsplätze umgewandelt, und ein Drittel der Beschäftigten wechselte auf zivile Arbeitsplätze.

Die Konversionserfolge in den USA waren eher gering, weil große Teile der Friedensdividende zur Schuldentilgung und nicht für eine Konversion verwendet wurden. Einige Unternehmen versetzten ihr Personal lediglich in andere Abteilungen, und einige verkauften ihr Rüstungsgeschäft an andere Unternehmen, was zu einer Konzentration im Verteidigungssektor führte. In Russland hingegen fehlten die Ressourcen für eine sinnvolle Unterstützung der Konversion völlig. Zum einen erwies sich der zivile Sektor dort in vielen Bereichen als technologisch rückständig, um Technologie und Personal aus dem Verteidigungssektor sinnvoll zu übernehmen. Zum anderen wurde die Konversion angesichts der schrumpfenden russischen Wirtschaft zu einem Begriff für eine fehlgeleitete Politik, die selbst die teilweise international wettbewerbsfähigen Rüstungsunternehmen in den Bankrott trieb.

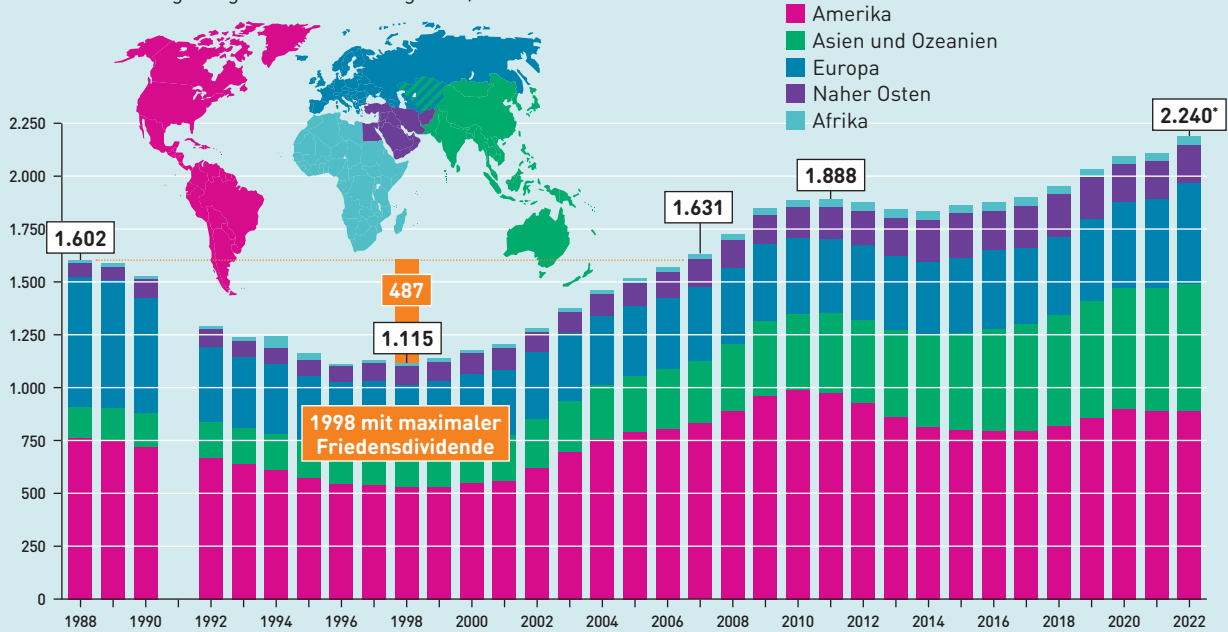
Die Lehren aus der ersten Welle von Konversionen zeigten, dass solche Projekte auch finanziert werden müssen. Bereits in den 1990er-Jahren schlug der costa-ricanische Präsident und spätere Friedensnobelpreisträger Óscar Arias Sánchez vor, zu diesem Zweck einen UN-Konversionsfonds einzurichten. Dieser sollte durch die Friedensdividende der Industrieländer gefüllt werden und auch finanzschwächeren Ländern die Konversion ermög-



Rund zwei Drittel aller Militärflächen, etwa 600.000 Hektar, gingen in Deutschland ab 1990 wieder in die zivile Nutzung

NUR ZEHN JAHRE ABWÄRTS

Globale Rüstungsausgaben nach Weltregionen, in Milliarden US-Dollar*



Eine Zuordnung der Ausgaben zu Militärblocken ist wegen der Auflösung des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion sowie dem schrittweisen Beitritt vieler Staaten zur Nato nicht möglich. 1991: Daten unzureichend. *Preise in konstanten US-Dollar von 2021, 2022: laufende Preise

© ATLAS DER ABRÜSTUNG / SIPRI

lichen. Ein ähnliches Instrument wäre auch heute denkbar, möglicherweise nicht gespeist durch eine Friedensdividende, sondern durch eine Konversionssteuer, die beim Kauf von Rüstungsgütern aufgeschlagen würde. Dies hätte zur Folge, dass die Kosten der Abrüstung nicht externalisiert würden, wie es derzeit der Fall ist. Die Aufrüstung würde also teurer werden, weil sie bereits die Kosten für Abrüstung und Konversion enthält. Darüber hinaus zeigt der Krieg in der Ukraine, dass es nicht ausreicht, die Anzahl bestimmter Waffensysteme zu begrenzen, wie es im KSE-Vertrag geschehen ist. Auch die Bestände an Muni-

Erfolgreiche Rüstungskonversion muss mit aktiver Naturschutz-, Flächennutzungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik verbunden sein

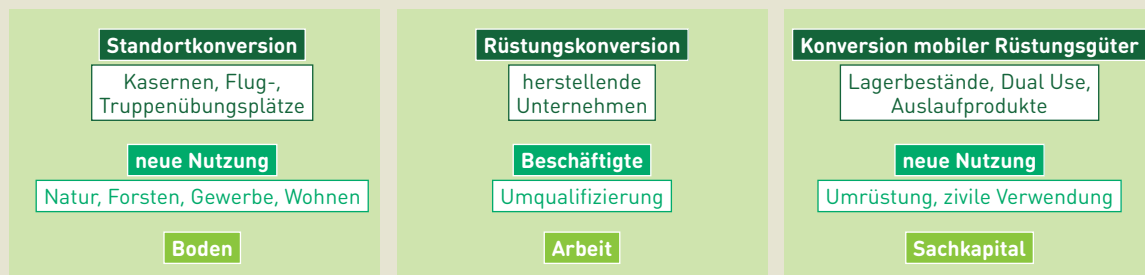
Nach dem Kalten Krieg sanken die Militärhaushalte um ein Drittel. Kaum 20 Jahre später war das alte Niveau wiederhergestellt

tion, die Kapazitäten der Rüstungsindustrie und die Investitionen in militärische Forschung und Entwicklung müssen reguliert beziehungsweise reduziert werden, um das Kriegsrisiko zu verringern.

Manchen gilt die Konversion heute als Epiphänomen des Kalten Krieges, also als eine einmalige Begleiterscheinung, die nur unter bestimmten Bedingungen existieren konnte, weil Aufrüstung ohnehin nicht mehr möglich oder notwendig war. Aber auf eine neuerliche Phase der Aufrüstung kann auch wieder eine Phase der Rüstungskontrolle und Abrüstung folgen – begleitet von dem Instrument der Konversion. —

ENTMILITARISIERUNG VON MENSCHEN UND MATERIAL

Schematische Darstellung mit Faktoren



© ATLAS DER ABRÜSTUNG / JACOB U. A.

BOOM DANK KRIEG UND KRISEN

Die global zunehmenden Spannungen beleben das Geschäft mit Rüstungsexporten und -importen. Ändert sich die Nato-Finanzierung, ist der nächste Schub zu erwarten.

Als die Öffnung der Grenze in Berlin im November 1989 das Ende des Realsozialismus einläutete, ging auch der Kalte Krieg zu Ende. Nicht nur die Verteidigungsausgaben sanken, sondern auch die grenzüberschreitenden Rüstungsverkäufe. Im Jahr 2002, mit ihrem niedrigsten Wert, lagen sie nur noch halb so hoch wie 20 Jahre zuvor. Nach den Zahlen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (Sipri) wächst seitdem der internationale Handel mit Rüstungsgütern weltweit wieder, wenn auch von Jahr zu Jahr recht ungleichmäßig. Den Stand von 1990 hat er bereits wieder erreicht. 2021 überschritt er zum ersten Mal die Schallmauer von zwei Billionen US-Dollar. Nach den jüngsten Zahlen (2022) beläuft er sich auf 2,24 Billionen US-Dollar.

Seit der russischen Invasion in der Ukraine 2022 ist aus der Aufrüstungswelle der 2000er- und 2010er-Jahre ein neues Zeitalter der Hochrüstung geworden. Es wäre indes irreführend, von einem neuen weltweiten Wettrüsten mit allen Mitteln zu sprechen. Die Aufrüstung ist global ungleich verteilt. Die jüngsten Zahlen sind paradox. So ist das globale Volumen der Exporte zwischen den beiden Fünfjahresperioden von 2014 bis 2018 und 2019 bis 2023 sogar leicht um 3,3 Prozent gesunken: 52 Prozent weniger Waffenimporte nach Afrika, minus 19 Prozent nach

Lateinamerika, minus 12 Prozent nach Asien und Ozeanien und ebenfalls minus 12 Prozent in den Nahen Osten.

Dafür gibt es einige wenige Länder, die besonders stark aufrüsten. Die Waffenimporte nach Europa haben sich seit der Periode von 2014 bis 2018 bis zum Zeitraum von 2019 bis 2023 mit einem Zuwachs von 97 Prozent fast verdoppelt. Profiteur dieser Käufe waren die USA, deren Anteil daran von 35 auf 55 Prozent stieg. Wie dominant diese Stellung ist, zeigen die Exportanteile der Nummern 2 und 3: Kombiniert liegen Frankreich und Deutschland auf dem EU-Markt für Rüstungsgüter bei nur elf Prozent.

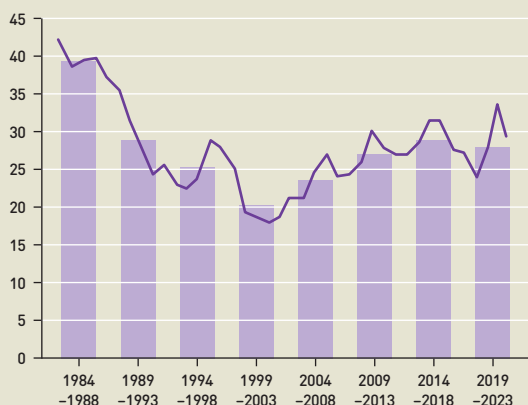
Dieser Anstieg hat den Rückgang der Nachfrage in anderen Regionen der Welt fast ausgeglichen. Auffällig ist, dass auch der US-Verbündete Japan seine Waffenimporte zwischen den beiden Jahrfünften um 155 Prozent gesteigert hat. Auch das mit dem Westen verbündete Katar steigerte seine Rüstungsimporte massiv – um 396 Prozent. Die stärkste Veränderung gab es indes bei der Ukraine. Lag das Land 2021 noch auf dem weltweiten Rang 63 der Importeure, rangierte es 2022, im Jahr des völkerrechtswidrigen russischen Einmarschs, nach Katar und Indien auf Rang drei und 2023 immer noch auf Rang vier.

Die „Lastenteilung“, zu der die USA die europäischen Nato-Staaten drängt, soll dem internationalen Rüstungshandel einen neuen Schub geben. Mindestens zwei Pro-

In kurzer Zeit haben die USA und Frankreich ihre Rüstungsexporte deutlich gesteigert. Russland hingegen braucht seine Waffen zunehmend selbst

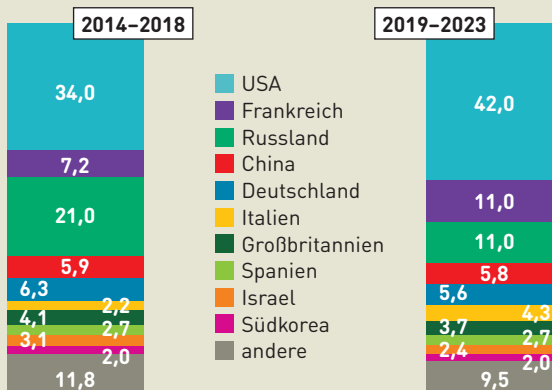
RÜSTUNGSEXPORTE UND WELTMARKTANTEILE

Internationaler Handel mit schweren Waffen, in Milliarden TIV*



*TIV: Einheit der militärischen Wirksamkeit, um unterschiedliche Waffen vergleichbar zu machen

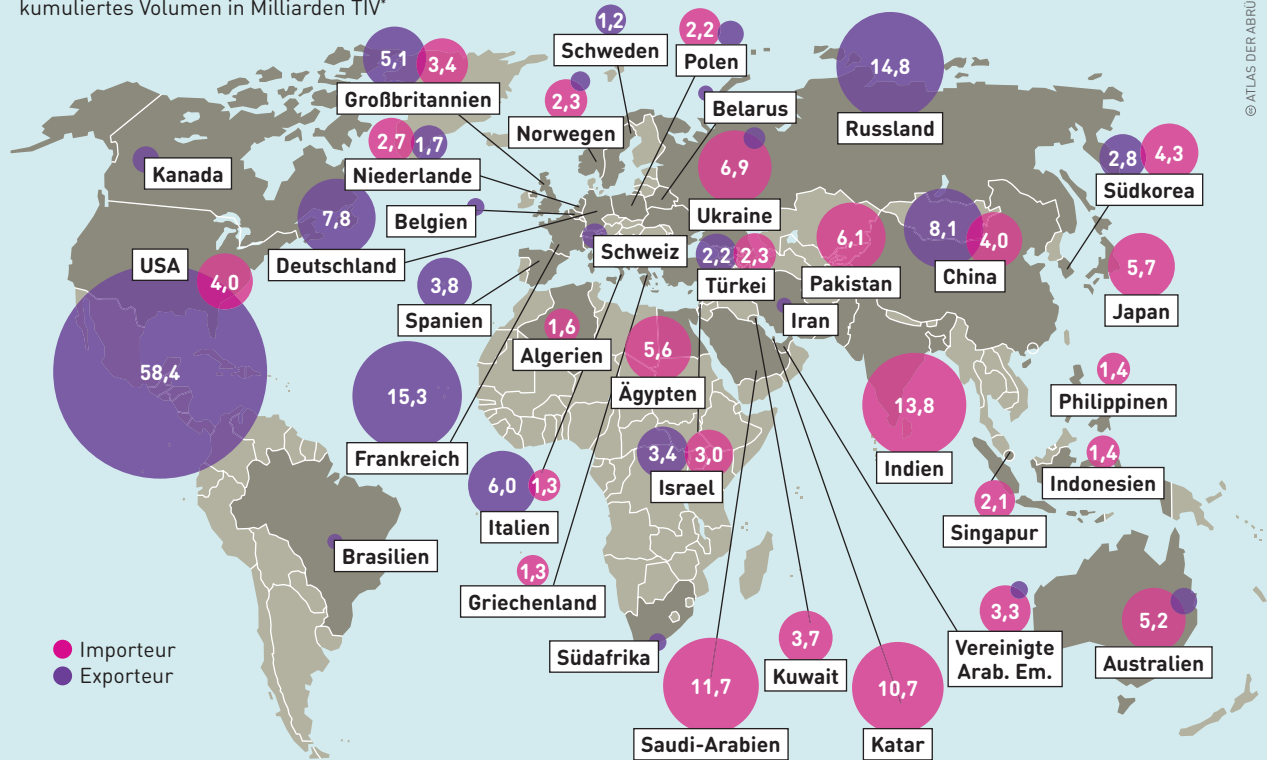
Top 10 der Lieferländer im Vergleich, Anteil in Prozent



Differenzen durch Rundung

DIE WICHTIGSTEN LIEFERANTEN- UND KÄUFERLÄNDER DER WELT

Top 25 der Rüstungsexporteure und -importeure im Zeitraum 2019–2023, kumuliertes Volumen in Milliarden TIV*



* TIV (Trend Indicator Value): Einheit der militärischen Wirksamkeit, um unterschiedliche Waffen vergleichbar zu machen. Werte bis 1 Milliarde TIV nicht ausgewiesen

Indien und die Golfländer kaufen international die meisten Waffen. Europa hatte zuletzt den größten Zuwachs; Nato-Länder bestellen am liebsten unter sich

zent des Bruttoinlandsproduktes wollen die Nato-Mitgliedstaaten nun für Rüstung ausgeben. 20 Prozent davon sollen in den Kauf und die Entwicklung neuer Waffensysteme fließen. Die Lücke zwischen den Zusagen und den tatsächlichen Ausgaben beträgt 2023 ungefähr 54 Milliarden Euro. 2021 waren es noch 66 Milliarden Euro; der Differenzbetrag hat also nur wenig abgenommen.

Außerdem wurde vereinbart, dass kein Nato-Mitglied für mehr als 50 Prozent der Gesamtausgaben für Rüstung verantwortlich sein sollte. Dann wären auf der Basis der Nato-Militärausgaben mit ihrem US-Anteil von 70 Prozent und der Zahlen für 2023 rund 213 Milliarden Dollar in die USA umzuverteilen. Zwar wird dieser Aspekt der Rüstungsfinanzierung in der politischen Öffentlichkeit auch in den USA nicht diskutiert. Aber jede Umstrukturierung der Nato-Financen würde auch zu einer erheblichen Verbreiterung der Rüstungsströme führen, da viele Länder den neuen Anforderungen nicht mit inländischer Produktion nachkommen können und im Ausland zukaufen müssen.

Profiteure der neuen Rüstungsspirale sind die globalen Rüstungskonzerne. Der globale Finanzinformationsdienstleister „Morningstar“ prognostiziert, dass die kumulierten Umsätze der sechs größten börsennotierten Unternehmen dieser Branche, allesamt aus den USA, zwischen 2022 und 2025 um jährlich etwa sieben Prozent steigen werden. Und der Aktienkurs des größten deutschen Waffenbauers, Rheinmetall, lag Anfang Februar

2022 noch bei 90 Euro, Mitte März 2024 näherte er sich der 500-Euro-Marke.

Verlierer der gesamten Entwicklung ist Russland. Sipri hat keine genauen Daten mehr über die russische Rüstungsproduktion, schätzt aber den Weltmarktanteil der russischen Hersteller in der Liste der 100 weltweit größten Rüstungsunternehmen für 2022 auf 3,5 Prozent, gegenüber 5,1 Prozent im Jahr 2019, als in Russland noch Zahlen veröffentlicht wurden. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 entfielen auf die Konzerne im restlichen Europa 20 Prozent, auf die in den USA 51 Prozent und die in China 18 Prozent.

Bei Russlands Exporten liegen Zahlen aus den Empfängerländern vor. Dort brach sein Weltmarktanteil allein von 2022 auf 2023 von 21 auf 11 Prozent dramatisch ein. 2019 lieferte Russland noch in 31 Länder, 2023 waren es nur noch 12. Im Vergleich der beiden Perioden von 2014 bis 2018 und 2019 bis 2023 ging der Export nach Indien, nach wie vor Russlands größter Abnehmer, um 34 Prozent zurück, der nach China um 39 Prozent und der nach Ägypten um 54 Prozent. Weil Russland heute die eigens produzierten Waffen selbst braucht und zudem durch Sanktionen am Verkauf behindert wird, dürfte diese Verschiebung in den nächsten Jahren noch erheblich zunehmen. —

LUFTWAFFE FÜR ALLE

Drohnen sind billig, schwer aufzuspüren und vielfältig einsetzbar. Sie können Informationen liefern oder als Waffen dienen. Sie verändern die Art der Kriegsführung und verschieben das Kräfteverhältnis weg von den Armeen hin zu Rebellen Gruppen und Milizen.

Technologische Fortschritte haben nicht nur die Methoden und das Ausmaß der Kriegsführung verändert, sondern auch die Kriegsparteien selbst. Vor einem Jahrzehnt kamen viele Technologien, die heute als selbstverständlich gelten, nur für wohlhabende Käufer in Betracht. Im militärischen Kontext waren das ausschließlich staatliche Streitkräfte. Technologien, die noch vor Kurzem als komplex galten und deren Bedienung fortgeschrittene Kenntnisse und Ausbildung erforderte, die also Hightech waren, gelten heute als Lowtech. Sie bestehen nicht mehr aus den neuesten Komponenten, sind also mit leicht verfügbaren Teilen billig herzustellen. Und sie sind auch für Nichtfachleute einfach zu bedienen.

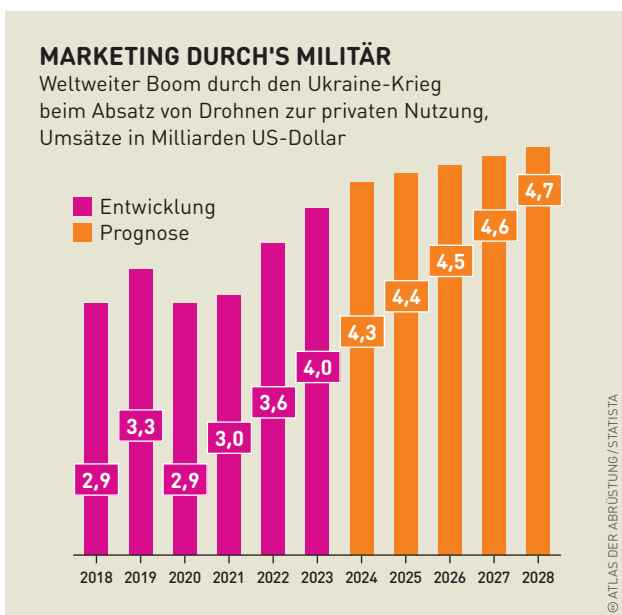
Drohnen sind ein solcher Fall. Die unbemannten Luftfahrzeuge sind unter anderem auf den Schlachtfeldern in Jemen, Syrien, Bergkarabach, Äthiopien und der Ukraine aufgetaucht. Durch die Modifizierung von funkgesteuerten Hobby-Modellen lassen sich inzwischen Kampfdrohnen herstellen, die auch schwerere Sprengladungen befördern können. Satellitennavigationssysteme (GPS) und deren Einbindung in viele kommerziell vertriebene

Produkte waren eine Schlüsselentwicklung. Die Komponenten sind im Internet günstig zu erwerben. Auch künstliche Intelligenz zur Steuerung der Drohnen lässt sich immer einfacher anwenden. Bis vor Kurzem kontrollierten Israel und die USA die Produktion militärischer Drohnen.

Maßnahmen gegen eine ungezügelt weiterverbreitung führten allerdings dazu, dass viele Staaten eigene Drohnenprogramme auflegten – so wie die Türkei mit ihren Bayraktar TB2 oder die Vereinigten Arabischen Emirate mit den Yabhon United 40. Andere beschafften sich die Drohnen von technologisch fortgeschrittenen Ländern wie China und bauen sie für den militärischen Einsatz um. Diese Option wählte etwa die ukrainische Armee im Kampf gegen die russischen Invasoren, was dann wiederum für die chinesische Regierung Anlass zur Sorge war. Sie verhängte daher Ausfuhrbeschränkungen. Für die türkischen TB2 wiederum spricht aus Käufersicht nicht nur, dass sie deutlich billiger sind als die von der Schulter abgefeuerten Panzerabwehr-Lenkwafe Javelin aus den USA, sondern auch, dass sich die Türkei weniger um die Menschenrechtsbilanz der Käufer schert. Die TB2 wurde bereits an viele Staaten verkauft, darunter neben der Ukraine auch Aserbaidschan, Libyen, Marokko und Äthiopien.

Drohnen werden nicht mehr nur für Aufklärungs- und Überwachungsmissionen genutzt. Sie haben sich von einem zweitrangigen Hilfsmittel zu einem der gängigsten und wertvollsten Artilleriegeräte entwickelt – auch für nicht-staatliche bewaffnete Akteure. 2019 stellte etwa das syrische Heer bei einer Rebellengruppe in der Nähe von Aleppo eine selbstgebaute Drohne sicher, die mit einem hochexplosiven Panzerabwehrgeschoss bestückt und vermutlich mithilfe eines Bausatzes hergestellt worden war. Der Islamische Staat (IS) war in der Lage, solche Drohnen in größerem Maßstab zu produzieren, was ihm deutliche Vorteile auf dem Schlachtfeld verschaffte.

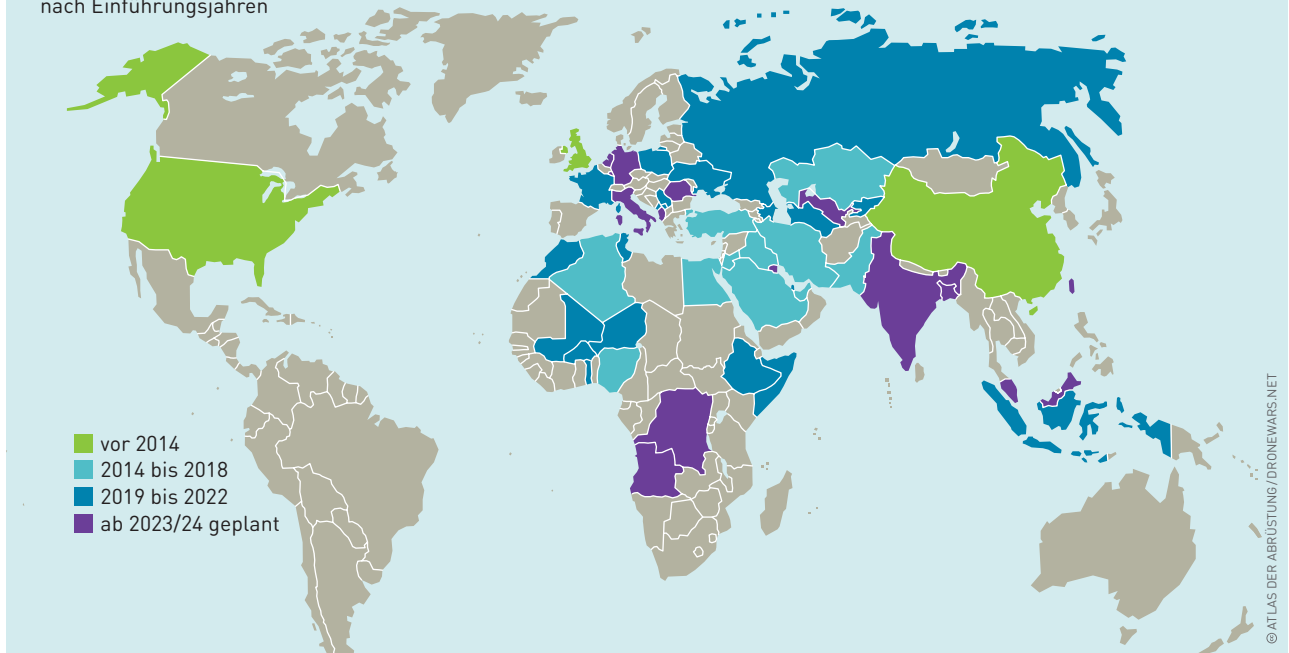
Der Aufbau und der Unterhalt von Luftstreitkräften waren immer extrem kostspielig und kamen daher nur für Staaten infrage, die über ein ausreichendes Budget verfügten. Unbemannte Luftfahrzeuge hingegen bieten weniger wohlhabenden Staaten ebenso wie nicht-staatlichen Gruppen plötzlich die Chance zum kostengünstigen Aufbau einer Art Luftwaffe. Sie sind nicht nur billig in der Anschaffung, sondern benötigen auch weder eine kost-



Konjunkturprogramm vom Schlachtfeld: Von Anfang 2022 bis Ende 2023 nahmen die Verkäufe von privaten Drohnen um ein Drittel zu

EINE NEUE WAFFENKLASSE

Einsatz bewaffneter Drohnen in mittlerer Flughöhe und in langzeitigen Einsätzen (MALE-Drohnen), nach Einführungsjahren



spielige Wartung noch qualifizierte Fachleute, in deren Ausbildung jahrelang investiert werden muss. Auch wenn sie längst nicht so effektiv wie Kampfflugzeuge sind, ermöglichen sie doch Angriffe aus der Luft, von denen manche Kriegsparteien bislang nur träumen konnten, und sorgen so für eine Angleichung der Ausgangsbedingungen. In Libyen, im Jemen, in Syrien und in der Ukraine finden die Kämpfe in einem weitläufigen, offenen Gebiet statt. Drohnen sind in der Lage, in einem solchen Terrain schnell große Entfernungen zurückzulegen und Schutzwälle zu überwinden.

Die Drohnentechnologie hat so viele Vorteile, dass Streitkräfte Kampfdrohnen den Vorzug vor manchen herkömmlichen Waffen geben. Die russische Armee etwa verlässt sich mittlerweile bei vielen ihrer Offensiven gegen die Ukraine auf Drohnen, die sie den wesentlich teureren und weniger präzisen Raketen vorzieht. Der Iran fand so nicht nur einen festen Kunden mit ausreichenden Finanzmitteln, sondern auch ein ideales Schlachtfeld, um die Leistungsfähigkeit seiner Produkte unter Beweis zu stellen – eine Gelegenheit, seine Position als zuverlässiger Lieferant für andere Käufer in der Region auszubauen und gleichzeitig sein Image als ernstzunehmende Militärmacht zu stärken.

Die Entwicklung und Verbreitung der Drohnentechnologie haben die militärische Landschaft nachhaltig verändert. Die USA und ihre Verbündeten haben ihre nahezu

Für unbemannte Kampfeinsätze legen sich immer mehr Regierungen Drohnen zu, deren Leitzentralen weit weg von den Einsatzorten liegen

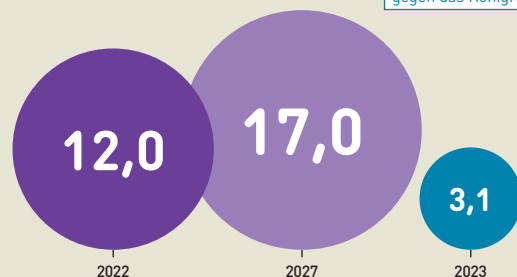
konkurrenzlose Kontrolle über den Luftraum, die sie ihrer riesigen Flotte von Kampffjets und Raketenwerfern verdanken, inzwischen verloren. Die Verbreitung der Low-tech-Drohnen hat dazu geführt, dass bewaffnete Gruppen mit relativ geringem finanziellen Aufwand mittlerweile weit größere Armeen ernsthaft bedrohen können. Dies erzwingt eine Überarbeitung der Verteidigungsstrategien, die vor Kurzem noch als wirksam galten. —

UMSÄTZE AUF DEM SPRUNG

Markt für US- und israelische Hersteller militärischer Drohnen, in Milliarden US-Dollar

USA: Northrop Grumman, Raytheon, General Atomics Aeronautical Systems, Teledyne FLIR, Dynetics, Volansi, Griffon Aerospace. **Israel:** Israel Aerospace, Robotican

Zum Vergleich: ein Einzelauftrag aus Saudi-Arabien an den Drohnenhersteller Baykar in der Türkei. Ihm nützte ein US-Waffenembargo gegen das Königreich.



Wegen der schieren Größe der Regierungsbestellungen geben Firmen aus den USA und Israel den Ton an. Aber sie sind nicht mehr allein

KLEIN, NICHT NIEDLICH

In vielen Ländern arbeiten Fachleute an modularen Atomreaktoren von geringer Kapazität, um mit ihnen dezentral Energie- und Klimaprobleme zu lösen. Doch die Anlagen würden auch die Produktion von atomwaffenfähigem Material möglich machen. Und sie wären schwer zu kontrollieren.

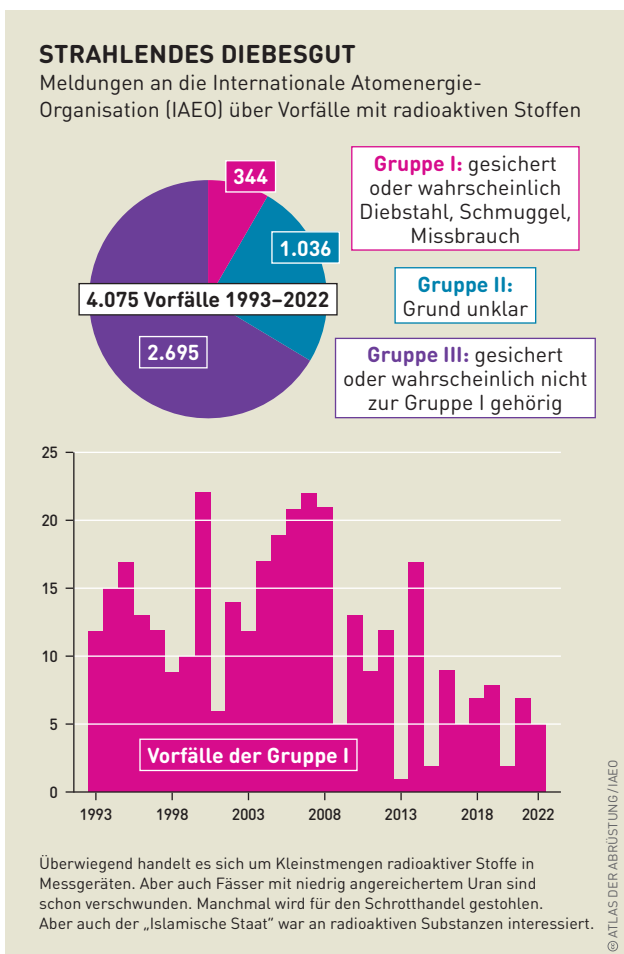
Kleine modulare Reaktoren (Small Modular Reactors, SMR) sind Atomreaktoren mit einer elektrischen Leistung von bis zu 300 Megawatt. Sie werden in Fabriken vorgefertigt und dann in Modulbauweise am Standort installiert. Sehr kleine SMR mit 20 Megawatt oder weniger werden als Mikroreaktoren bezeichnet. Daneben gibt es die konventionellen Atomkraftwerke mit einer Leistung von durchschnittlich 1.000 Megawatt, die für jeden Standort einzeln konstruiert werden.

Das Interesse am Bau kleiner Reaktoren hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, nachdem einige

Großreaktorprojekte viel länger dauerten und viel mehr kosteten, als ursprünglich geplant war. Dies hatte auch das Argument untergraben, AKW könnten schnell in der ganzen Welt errichtet werden, um so die CO₂-Emissionen zu reduzieren. SMR sollen dank der Massenproduktion identischer Module um einiges schneller und billiger errichtet werden können. Allerdings fehlt bislang der Nachweis, dass dieser Vorteil ausreichen würde, um in Konkurrenz zu den herkömmlichen Reaktoren oder Technologien wie Wind- und Solarenergie treten zu können. Zudem müssten die Hersteller erst einmal durch den Bau Dutzender Anlagen Erfahrungen sammeln, um die Produktionsprozesse wirklich effizient gestalten zu können. Die ersten dieser Reaktoren werden zwangsläufig teuer sein, und der Staat wird ihren Bau intensiv subventionieren müssen.

Die Anfangsinvestitionen haben sich als das größte Hindernis für die Einführung von SMR erwiesen. So wurde 2023 in den USA der Bau von sechs SMR aufgrund erkennbar ausufernder Kosten abgeblasen – trotz zugesagter Subventionen. Derzeit ist China das einzige Land, in dem ein neu entwickelter, landgestützter SMR im Bau ist. Ein russisches Projekt auf einer schwimmenden Plattform ist seit 2019 in Betrieb, bedient sich aber zweier Reaktoren, die auch in U-Booten und auf Eisbrechern in Betrieb sind. Dessen ungeachtet ist das Interesse an der SMR-Technologie weiterhin groß. Weltweit sind mehr als 80 Kleinreaktoren in – mehr oder weniger fortgeschrittener – Planung, schätzt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO).

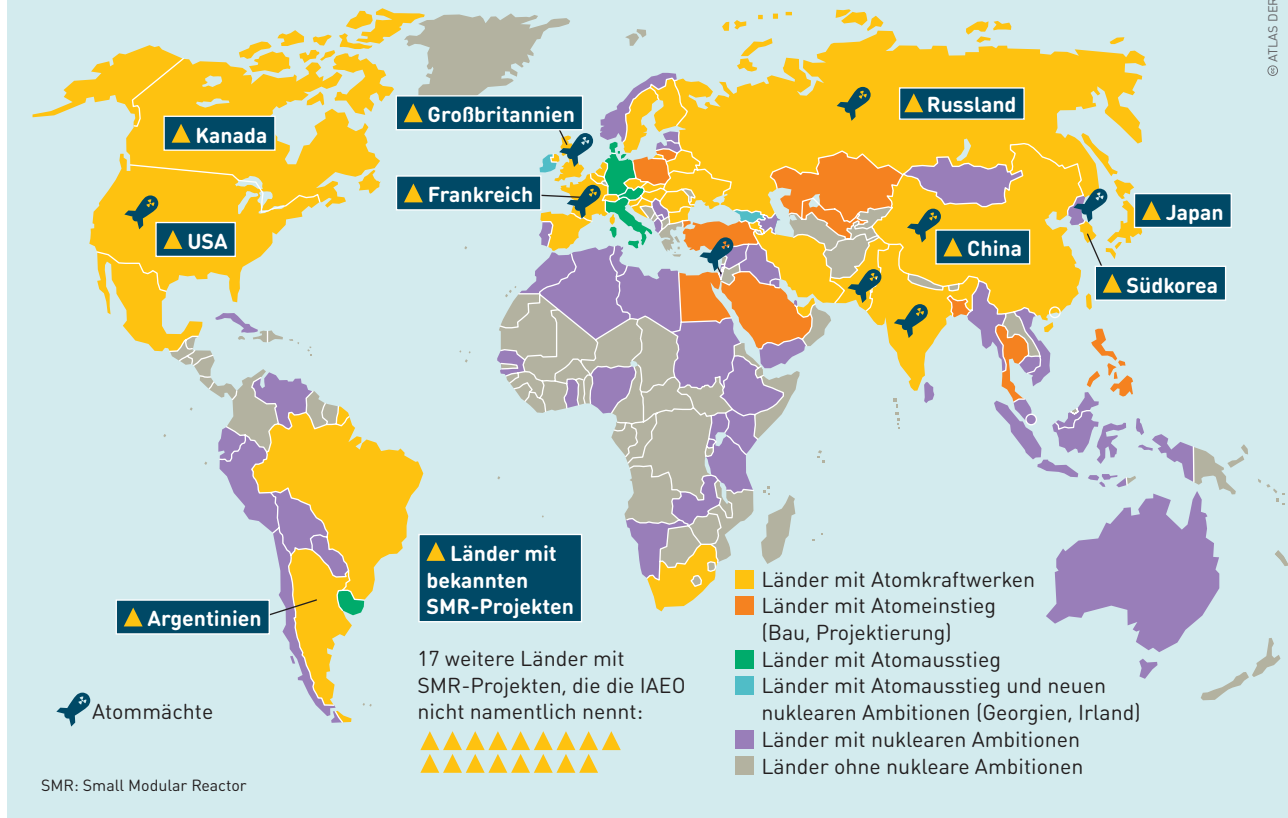
Mit Blick auf die Verbreitung von Atomwaffen stellen SMR trotz ihrer geringen Größe ein erhebliches Risiko dar. Selbst ein 50-Megawatt-Reaktor produziert jährlich mehr als zehn Kilogramm Plutonium, das ausreicht, um eine oder sogar mehrere Atombomben herzustellen. Um sicherzugehen, dass die Kleinkraftwerke nicht für Atomwaffenprogramme missbraucht und keine größeren Mengen spaltbaren Materials abgezweigt oder gestohlen werden, müssen sie intensiv überwacht werden. Nicht-Atomwaffenstaaten, die dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind, verpflichten sich, ihre Anlagen und Materialien durch die IAEO inspizieren zu lassen. Werden jedoch viele kleine Reaktoren in abgelegenen Regionen und in Ländern errichtet, die erst neu in die Atomenergie einsteigen, könnte sich die Zahl der von der IAEO routinemäßig zu



Fachleute fürchten, dass Terroristen gestohlenen radioaktives Material einer Bombe beimischen – zum tatsächlichen Einsatz oder zur Erpressung

DIE STAATEN DER WELT IN DEN AUGEN DER ATOMKONTROLLE

Nuklearer Status in Veröffentlichungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Kennzeichnung der Länder nach Projekten, Anlagen und Ambitionen, Stand 2024



prüfenden Standorte von Hunderten auf Tausende erhöhen. Die Inspektoren müssten die Anlagen, die aus vielen kleinen Reaktorblöcken bestehen, möglicherweise auch häufiger aufsuchen. Die IAEO hat schon jetzt äußerst knappe Ressourcen und könnte damit überfordert sein – vor allem, wenn die Mitgliedstaaten an der Politik des „realen Nullwachstums“ festhalten, die das Budget der Organisation seit Jahrzehnten begrenzt.

Manche SMR-Typen stellen ein höheres Risiko dar als andere, je nach Art des Brennstoffs und der Funktionsweise. Die geringsten Proliferationsrisiken, also Gefahren durch die Weiterverbreitung des Atomwissens, gehen von Reaktoren aus, die ähnlich wie die üblichen großen AKW funktionieren und normales Wasser als Kühlmittel und sehr gering angereichertes Uran als Brennstoff verwenden. Viele SMR sind jedoch für die Verwendung anderer Kühlmittel eingerichtet, beispielsweise Helium oder flüssiges Natrium; in manchen ist der Brennstoff ein geschmolzenes Salz wie Uranchlorid, also eine Flüssigkeit und kein festes Material. Solche Reaktortypen benötigen in der Regel Uranbrennstoff mit einer höheren Anreicherung als wassergekühlte SMR. Das macht sie für die Produktion von atomwaffenfähigem Material attraktiver. Außerdem muss in einigen SMR, etwa in Flüssigsalzreaktoren und manchen Arten von gasgekühlten Reaktoren (Kugelhaufenreaktoren), fast

Die IAEO registriert nukleare Wünsche und Pläne weltweit. Real nimmt die Zahl der Betreiberländer zu, die Zahl der Reaktoren aber ab

ständig Brennstoff nachgefüllt werden. Das schafft häufiger die Gelegenheit, spaltbares Material abzuzweigen, als bei Reaktoren, deren Brennelemente nur alle paar Jahre ausgetauscht werden.

Noch entscheidender für die Proliferation ist der Umgang mit abgebrannten SMR-Brennelementen. Plutonium und andere waffenfähige Materialien sind in den abgebrannten Brennelementen mit anderen Stoffen vermischt und nur schwer zugänglich. Manche Entwickler von Kernreaktoren behaupten jedoch, ihre Konstruktionen könnten abgebrannte Brennelemente „recyclen“. Um sie wiederzuverwenden, müssen sie jedoch zunächst wiederaufbereitet werden. Das heißt, Plutonium und andere brauchbare Brennstoffe werden mithilfe chemischer Verfahren aus den abgebrannten Brennelementen herausgelöst und liegen dann in einer relativ leicht zugänglichen Form vor. Daher stellen Atomreaktoren mit plutoniumhaltigem Brennstoff ein viel größeres Proliferationsrisiko dar als die mit sehr niedrig angereichertem Uran betriebenen Reaktoren ohne Wiederaufbereitung. Die IAEO müsste sie dementsprechend auch viel intensiver überprüfen. —

MILITÄR ZU VERMIETEN

Der Einsatz von Söldnern ist attraktiv. Mächtige Staaten können gefährliche oder alltägliche militärische Aufgaben auslagern, kleinere können sich die Dienste von qualifiziertem, oft brutalem Personal sichern. Und ihre Menschenrechtsverletzungen sind leicht zu verbergen.

Privatarmeen gibt es seit jeher. Eine moderne Version bildete sich Mitte des 20. Jahrhunderts in Afrika heraus, als die Entkolonialisierung begann. Söldner stärkten Regime und führten Staatsstriche aus. Ihre Einsätze wurden mit dem Kampf gegen den Kommunismus begründet und dienten der Aufrechterhaltung der kolonialen Vorherrschaft in Afrika und Teilen Asiens. Die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) 1977 verabschiedete Konvention zur Beseitigung des Söldnertums in Afrika definiert sie als Personen, die im Heimatland oder im Ausland speziell für den Kampf in bewaffneten Konflikten rekrutiert werden. Ihr Motiv ist die materielle Entlohnung und sie sind weder Staatsangehörige einer der Kriegsparteien noch Angehörige einer der beteiligten Armeen.

Arbeitsuchende Kämpfer gab es ab 1990 genug. Mit dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika, der Auflösung der Sowjetunion und der Verkleinerung der Armeen in Europa und den USA nahm der Strom von Menschen und Material zu Privatarmeen zu. Bereits 1989 gründete der Ex-Offizier Eben Barlow Südafrikas erstes modernes Sicherheits- und Militärunternehmen, um in Sierra Leone und Angola gegen Rebellen zu kämpfen. Mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan, dem ersten

Irakkrieg und der Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien breitete sich der islamistische Terrorismus im Nahen Osten und in Nordafrika aus. Dies hatte katastrophale Auswirkungen auf ohnehin schon instabile Staaten wie Somalia und die Länder am Golf von Guinea. Lokale Konflikte und Piraterie flammten wieder auf.

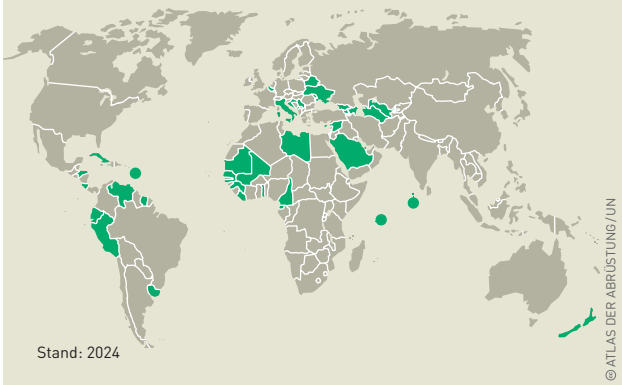
So suchten zahlreiche Staaten die Dienste von Söldnern zur Verstärkung ihrer Armee und für die Logistik – das Outsourcing militärischer Aufgaben verbreitete sich um die Welt. Auch für die Auslandseinsätze der US-Armee leisteten große Sicherheits- und Rüstungsfirmen logistische Unterstützung. 1990 kam in den USA auf 50 Armeeingehörige ein „ziviler Auftragnehmer“. Zehn Jahre später lag das Verhältnis schon bei zehn zu eins.

In der Folge der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon 2001 gewann das moderne Söldnerwesen an Akzeptanz. Die 1996 von Erik Prince gegründete Firma Blackwater Worldwide stand nun für den Übergang von speziellen militärischen Aufgaben zum geopolitischen Instrument. Seit der US-Invasion in Afghanistan 2002 erledigte Blackwater für die US-Regierung nicht nur militärische Aufträge und den Schutz anderer Unternehmen, sondern war etwa auch mehr als fünf Jahre lang für die Sicherheit des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai verantwortlich.

Der Einsatz Blackwaters im zweiten Irakkrieg 2003, in dem das Unternehmen für den Transport und die Sicherheit von 16.000 Beschäftigten der US-Botschaft in Bagdad verantwortlich war, zeigte die Grenzen dieses Modells auf. Als 2004 Blackwater-Söldner in Falludscha gelyncht wurden, startete die US-Armee eine blutige Großoffensive, die unzählige Menschenleben forderte. Bei einem von Blackwater-Mitarbeitern verübten Massaker starben 2007 in Bagdad 17 Zivilist:innen. Das markierte den Beginn des Niedergangs des Unternehmens, das 2010 verkauft wurde und seine militärpolitische Schlüsselstellung verlor. In Russland gründete Jewgeni Prigoschin, ein Oligarch mit engen Beziehungen zu Präsident Wladimir Putin, 2014 die Wagner-Gruppe. Die russische Regierung nutzte die Söldner als breit eingesetzte geopolitische Waffe von Syrien über die Sahel-Länder bis nach Mosambik. Auch russische Soft Power sollte sie durch Propaganda und politischer Einmischung verbreiten. 2022 wurde die Wagner-Gruppe im Zuge ihrer Beteiligung am Krieg in der Ukraine legalisiert. Putin band

WENIG INTERESSE AM VERBOT

Die 37 Unterzeichnerländer der Internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern von 1989



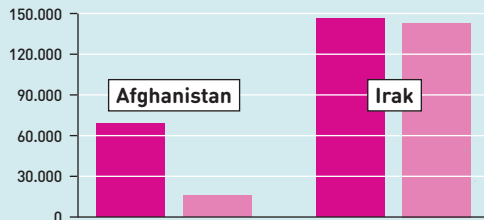
Manche Länder haben der Konvention zugestimmt, erlauben aber trotzdem Söldner auf ihrem Territorium, darunter Belarus, Syrien und Mali

WELTWEITE FUSSABDRÜCKE

Aktivitäten von US-amerikanischen und russischen Militärfirmen mit zivilem oder militärischem Auftrag in aller Welt, Auswahl

Im Auftrag der US Army in Kriegsgebieten, Stand: Ende Dezember 2009

- zivile Auftragnehmer:innen, teils in Kampfeinsätzen
- reguläre US-Militärs



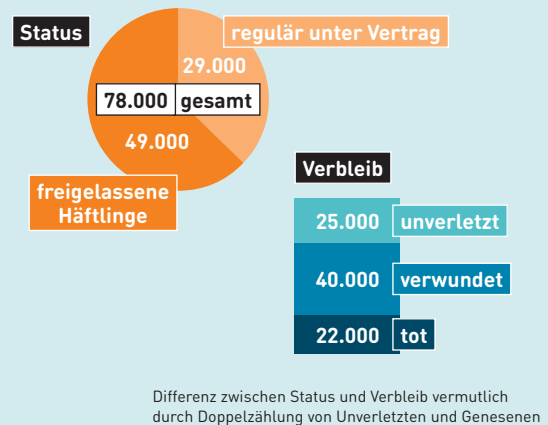
Einsatzländer der US-Militärfirma Blackwater und ihrer Nachfolger, Stand: 2023



Einsatzländer der russischen Militärfirma Wagner, Stand 2023



Wagners Söldnereinsatz im Ukraine-Krieg bis zum Abzug im Mai 2023



die Organisation mit mehreren Zehntausend Kämpfern in die extrem verlustreichen Kämpfe ein. 2023, nach Prigoschins gescheitertem Marsch auf Moskau, wurde die Wagner-Gruppe entmachtet, und ihre Anführer kamen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

Die Zukunft des Söldnerwesens dürfte angesichts der weltweiten Instabilität und eines großen Angebotes von Kämpfern und Waffen günstig aussehen. So fordern Chinas Großprojekte in Afrika, Asien und Europa im Rahmen der Initiative „Neue Seidenstraße“ die Sicherheitspolitik der Regierung in Peking heraus. Sie entsendet ihre Truppen traditionell nur ungern ins Ausland, was privaten Militärunternehmen gewaltige Chancen bietet. Private Militärfirmen sind in China verboten, aber Dutzende chinesischer privater Sicherheitsfirmen sind inzwischen international tätig. Einsätze wie die Evakuierung chinesischer Arbeiter:innen aus Konfliktgebieten sind bekannt, aber sonst werden ihre Aktivitäten kaum analysiert. Sie operieren auch im militärischen Randbereich, etwa dem

Die großen Militärunternehmen Blackwater und Wagner sind durch ihre Kampfeinsätze im Irak und in der Ukraine bekannt geworden

Training paramilitärischer Gruppen. Eine staatsfinanzierte Gruppe, FSG aus Peking unter der Leitung des Blackwater-Gründers Prince, fiel auf, als sie 2014 drei Agrarflugzeuge zu kleinen Kampfflugzeugen umbauen ließ; eines davon tauchte im Südsudan auf. Auch die Ambitionen von Regionalmächten wie der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emirate und Südafrika führen häufig zum Einsatz beziehungsweise zur Neugründung von Söldnerfirmen.

Gegen diesen Trend hilft die von der UN beschlossene und 2001 in Kraft getretene Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern. Es bietet den Staaten eine entscheidende Handhabe, ihnen das Handwerk zu legen. Bis 2024 haben 37 Staaten das Übereinkommen ratifiziert, aber keine der Großmächte. —

DESOLATE GLOBALE SICHERHEIT

Wenn internationale Spannungen steigen, wird das Aushandeln von Verträgen schwieriger – und wichtiger. Unter erschwerten Bedingungen müssen sich multilaterale Abrüstung und Rüstungskontrolle als Bausteine für Frieden und Sicherheit neu erfinden.

Das globale Sicherheitsgefüge hat sich in letzter Zeit beträchtlich verschoben, was sich auf die multilaterale Abrüstung und Rüstungskontrolle auswirkt – von konventionellen Waffen und Massenvernichtungswaffen bis hin zu neueren Bereichen wie Cyberspace und Weltraum. So haben sich zum einen das Spektrum der Akteure und die Akteursordnung/deren Ordnung erheblich verändert: Multipolarität, eine wachsende Rolle nicht-staatlicher Akteure und die gegenwärtigen bewaffneten Konflikte haben zu einer dramatischen Verschärfung der geopolitischen Spannungen geführt. Zum anderen bringen eine Reihe globaler Krisen, insbesondere der Klimawandel und die Coronapandemie, Konsequenzen für Frieden und Sicherheit im weiteren Sinne mit sich. Und schließlich wirkt sich die rasante technologische Entwicklung, etwa bei künstlicher Intelligenz (KI) und Drohnen, auf viele militärische Bereiche aus. Die multilaterale Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ist also unter erheblichen Druck geraten – just zu einem Zeitpunkt, zu dem sie am dringendsten benötigt wird.

Immer weniger Regierungen sind bereit, Rüstungskontrollabkommen zu unterzeichnen. Interessanterweise kamen viele der bisher wichtigsten Abrüstungsverträge zustande, als die Beziehungen zwischen den Staaten während des Kalten Krieges einen Tiefpunkt erreicht hatten. Beispiele wie der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1970 haben bewiesen, dass sich Staaten trotz wachsender geopolitischer Spannungen – oder vielleicht gerade deswegen – auf gemeinsame Ziele einigen können. In jüngster Zeit sind kleinere Koalitionen von Staaten und der Zivilgesellschaft auf den Plan getreten, so zum Beispiel mit dem Atomwaffenverbotsvertrag aus dem Jahr 2021 oder der Erklärung über den Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten von 2022. In einer verfahrenen Situation können auf diese Weise sicher Fortschritte erzielt werden, doch gibt es auch Bedenken hinsichtlich einer möglichen Fragmentierung der globalen Regulierungslandschaft in Vereinbarungen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen.

Da es in einem Umfeld wachsender Spannungen Staaten schwerfällt, sich auf rechtlich verbindliche Verträge zu einigen, werden politische Rahmenwerke umso wichtiger. Diese haben in der Regel weder die Durchschlagskraft des Völkerrechts noch verfügen sie über Mechanismen, ihre Einhaltung zu überprüfen. Trotzdem sind sie eine wichtige Ergänzung des multilateralen Abrüstungsinstrumentariums. Sie zeigen Lösungen für die wichtigsten Herausforderungen und ebnen möglicherweise den Weg für robustere Verträge in der Zukunft. Das Globale Rahmenwerk zum sicheren und nachhaltigen Management von konventioneller Munition von 2023 und die Erklärung über Explosivwaffen sind aktuelle Beispiele.

Ebenfalls an Bedeutung gewonnen haben Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Transparenz. Das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung bietet beispielsweise auf Onlineportalen öffentlich zugängliche Informationen über Schlüsselbereiche wie Cyberspace, Weltraum und KI. Darüber hinaus spielen informelle Formate eine immer wichtigere Rolle. Noch in den 1990er-Jahren half die Abrüstungskonferenz (CD), ein formelles multilaterales Verhandlungsforum, wichtige Abkommen zu beschließen. Seither kann sie sich nicht einmal mehr auf ein Arbeitsprogramm einigen. Neue Verhandlungen sind nicht in Sicht. Die UN-Mitgliedstaaten führen daher die kritischen Diskussionen in informellen Foren, etwa in Gruppen von Regierungsexpert:innen, den sogenannten Groups of Governmental Experts (GGEs), sowie ständigen Arbeitsteams, den Open-Ended Working Groups (OEWGs). Eine davon entwickelte etwa das jüngste Globale Rahmenwerk zum sicheren und nachhaltigen Management von konventioneller Munition, das eine bisher kritische Regulierungslücke schließt.

Seit den 1990er-Jahren hat sich überdies der Sicherheitsbegriff von einem staats- zu einem menschenzentrierten Konzept weiterentwickelt. So enthalten humanitäre Rüstungskontrollvereinbarungen wie das Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen von 1999 und die Erklärung über Explosivwaffen häufig Bestimmungen zum Schutz der Zivilbevölkerung, zur Unterstützung der Opfer oder zu geschlechtsspezifischen Aspekten. Zugleich hat sich bei den humanitären Rüstungskontrollabkommen auch der Schwerpunkt verlagert: Sie beschäftigen sich nicht mehr ausschließlich mit Kriegszeiten, sondern berücksichtigen auch die Probleme, die erst danach in Friedenszeiten auftreten. So erkennt beispielsweise das Übereinkommen über Landminen den langen Schatten an, den ein Konflikt durch Minenräumung noch wirft, wenn der Krieg bereits beendet ist.

VOM MHRFACHSPRENGKOPF BIS ZUR HANDGRANATE

Instrumente zur atomaren und konventionellen Abrüstung, nach Jahr des Inkrafttretens (Auswahl)

- abgelaufen
- nicht in Kraft getreten
- gekündigt
- begrenzt wirksam

Vereinbarungen im UN-Bereich

Nichtverbreitungsvertrag (NVV, Atomwaffen-sperrvertrag): verbietet Atomwaffenstaaten die Weitergabe, nicht-nuklearen Staaten den Erwerb oder die Herstellung von Atomwaffen, erlaubt die friedliche Nutzung von Kernenergie

Biowaffenkonvention: verbietet biologische Kampfstoffe und Waffensysteme

Konvention zum Verbot besonders inhumaner Waffen (CCW): Standards für kleinere Waffen, z. B. Blind-, Brandwaffen, keine Einigung über Antipersonenminen und Streumunition

Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen (CWÜ): Grundlage der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die das Verbot durch Kontrollen überwacht

Ottawa-Konvention: Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen (MBT)

Kleinwaffenaktionsprogramm (PoA)

Streubombenkonvention (CCM)

Vertrag über den Waffenhandel (ATT): setzt Standards für Waffenexporte und deren Transparenz, ohne Kontroll- und Sanktionsmechanismen

Atomwaffenverbotsvertrag (AVV): verbietet Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen, ohne Atomstaaten und Stationierungsländer

Politische Erklärung zum Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (Ewipa)

Neues globales Rahmenwerk zu Munition: mit 15 Zielen, u. a. zur Einhegung internationaler Munitionsströme

Vereinbarungen außerhalb der UN

⊗ bilateral zwischen USA und UdSSR/Rusland

Teststoppabkommen (LTBT): verbietet Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Frankreich und China testeten weiter.

Strategic Arms Limitation Talks (SALT I): Grenzen für Anzahl und Qualität strategischer Waffen zum Einsatz über weite Distanz, nicht auf einem Gefechtsfeld

Anti-Ballistic Missile Treaty, ABM-Vertrag: um eine landesweit wirksame Raketenabwehr zu verhindern und damit die gegenseitige Verwundbarkeit zu erhöhen

SALT II: u. a. Höchstgrenzen für Bomber mit Marschflugkörpern und von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen

Intermediate Range Nuclear Forces Treaty, INF-Vertrag: sah die Vernichtung aller bodengestützten atomaren Mittel- und Kurzstreckenflugkörper vor; nach wechselseitigen Verstoßvorwürfen stiegen die USA 2019 aus

Testschwellenvertrag (TTBT): begrenzt die Sprengkraft unterirdischer Nuklearwaffenversuche

Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa, KSE-Vertrag: 30 Staaten einigten sich auf Obergrenzen u. a. bei Flugzeugen und Panzern; mit Kontrollbesuchen. 2023 Austritt Russlands, dann Suspendierung durch Nato-Länder

Strategic Arms Reduction Treaty (Start I): erlaubte Inspektionen vor Ort, ob z. B. eine Grenze von 6.000 Atomsprengköpfen pro Seite nicht überschritten wird

Kernwaffenteststopp-Vertrag (CTBT): verbietet Nuklearversuche und -explosionen, tritt aber erst in Kraft, wenn alle Länder mit Atomwaffen oder Atomkraftwerken beigetreten sind

Start II: weitere Reduktion, u. a. auf je 3.500 Gefechtsköpfe

Strategic Offensive Reductions Treaty, SORT-Vertrag: weitere Reduktion auf je 1.700 bis 2.200 stationierte strategische Atomwaffen

Start III (New Start): weitere Reduktion u. a. auf 1.550 Nuklearsprengköpfe

© ATLAS DER ABRÜSTUNG / WIKIPEDIA

2023 hat der UN-Generalsekretär mit seiner Neuen Agenda für den Frieden den desolaten Zustand der globalen Sicherheit, die Notwendigkeit einer auf die Menschen ausgerichteten Abrüstung und die Relevanz neuer Konfliktfelder angesprochen. Die Agenda wird eines der zentralen Themen des Zukunftsgipfels 2024 sein, auf dem auch neue Vereinbarungen über die internationale Zusammenarbeit erzielt werden sollen. Zwar haben multilaterale Abrüstung und Rüstungskontrolle immer wieder bewie-

Was engmaschig wirkt, ist tatsächlich ein Flickenteppich, bei der Entmilitarisierung zu wenig effizient und längst nicht für alle Staaten verbindlich

sen, dass sie auch in schwierigen Zeiten belastbar und anpassungsfähig sind. Die komplexen Konflikte von heute jedoch, die neuen Technologien und die Krisen mit schnell zunehmender Beteiligung werden zu einer außerordentlichen Belastungsprobe für die Sicherheitsarchitektur. —

WO FERTIGE VERTRÄGE LIEGEN

Die UN-Abrüstungskonferenz in Genf begann mit kleinen Kommissionen und wuchs erfolgreich. Nun ist sie durch den Zwang zum Konsens blockiert – denn nicht nur die Atommächte wissen ihre Interessen zu wahren.

Die Präambel zur UN-Charta von 1945 beginnt mit einem Satz, der unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs mit über 60 Millionen Toten die wichtigste Aufgabe der neu gegründeten Weltorganisation beschreibt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat ...“ Doch das war keine pazifistische Aussage. Die große Mehrheit der 50 Gründerstaaten hielt nationale Streitkräfte und die Bereithaltung von Waffen zur eigenen Sicherheit weiterhin für unerlässlich. Die in der UN-Charta formulierten Aussagen zu Rüstungskontrolle und Abrüstung waren daher eher zurückhaltend. Die Gründungsstaaten des UN-Vorläufers Völkerbund hatten sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs im Jahr 1919 noch auf weitergehende Aussagen verständigen können.

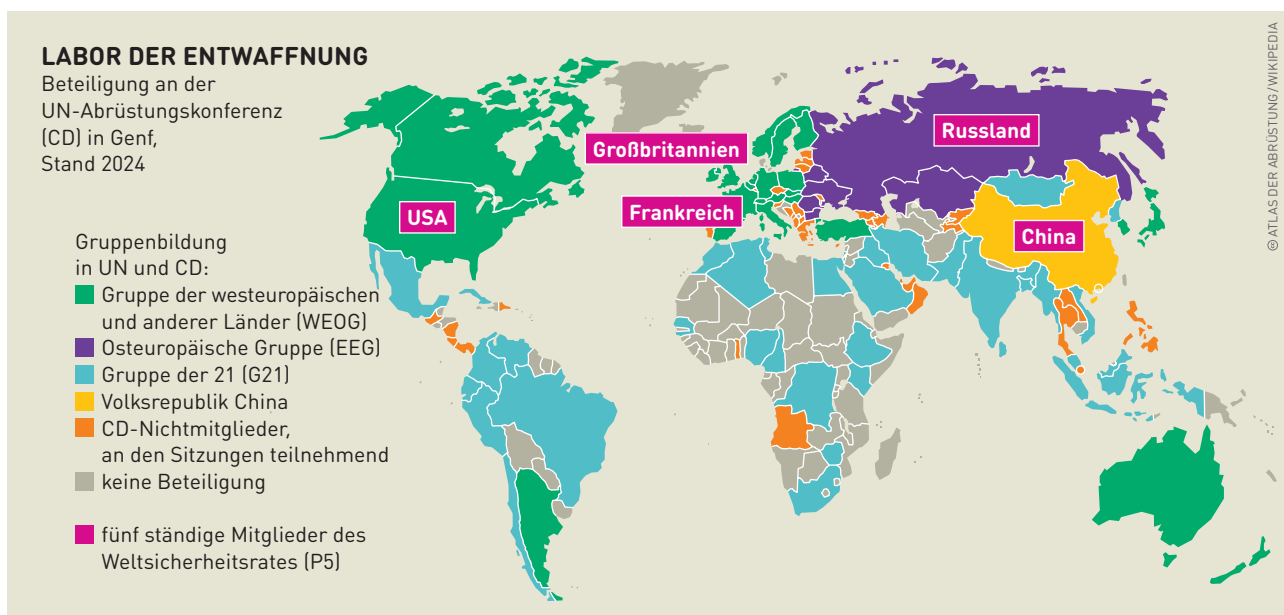
Darüber hinaus bestand noch ein grundlegender Unterschied zwischen der rüstungspolitischen Situation Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. 1919 gab es noch keine Massenvernichtungswaffen mit der Fähigkeit, potenzielle Gegner abzuschrecken. Die Giftgase von damals waren Kriegsführungswaffen und wurden auf

den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges mit fürchterlichen Folgen eingesetzt. 1945 aber verfügten die USA als erstes Land über atomare Waffen, die sie sechs Wochen nach Vereinbarung der UN-Charta in Japan einsetzten. Einige US-Politiker:innen und Militärs erkannten darin bereits das Abschreckungspotenzial gegenüber der Sowjetunion.

Die UdSSR wurde 1949 ebenfalls Atommacht. Bis Mitte der 1960er-Jahre folgten mit Großbritannien, Frankreich und China die anderen drei der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, der „Permanent Five“ (P5). Erst dann waren sie bereit für das erste multilaterale Rüstungskontrollabkommen seit Gründung der UN. Mit dem 1970 in Kraft getretenen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) sicherten sich die P5 ihren privilegierten Status als „legitime“ Atommächte, weil sie vor dem 1. Januar 1967 eine Atombombe gezündet hatten.

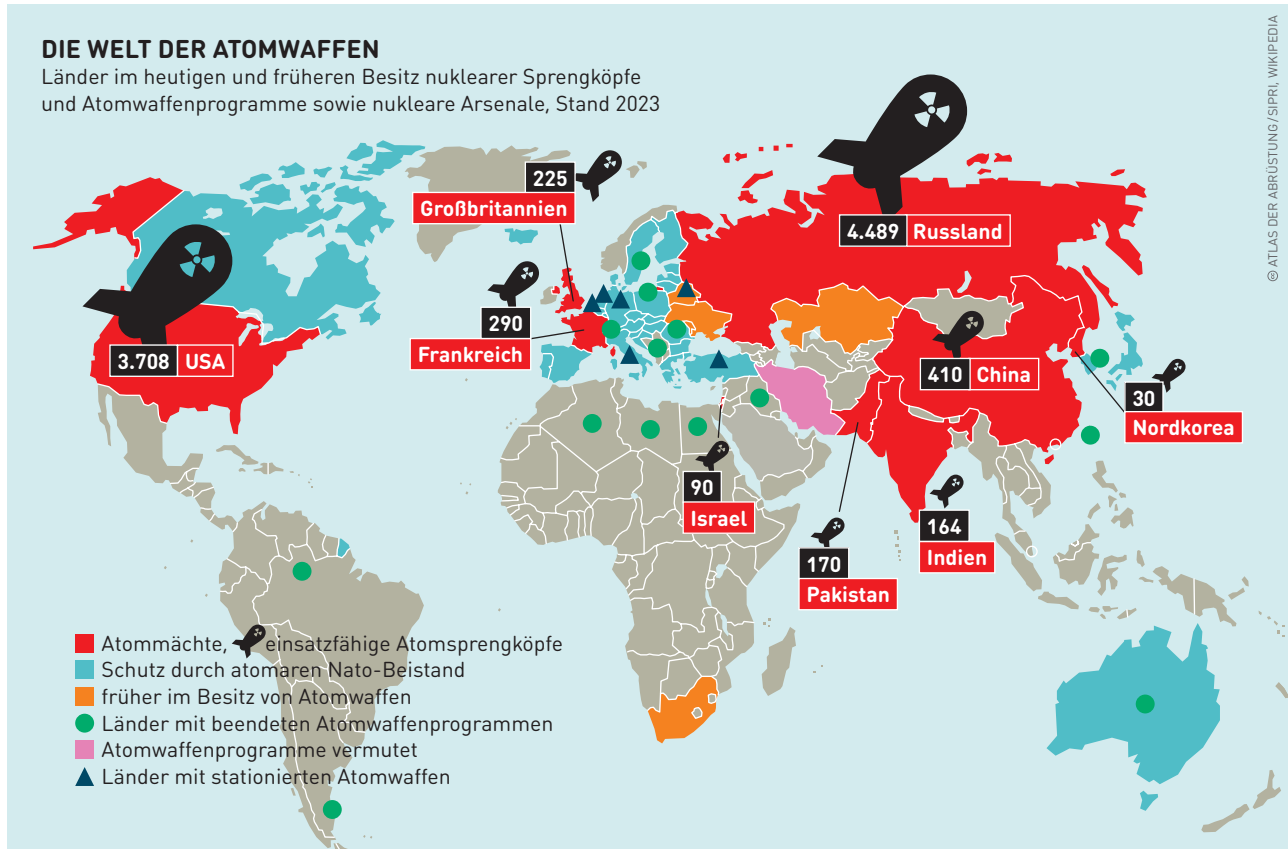
In Artikel 6 des NVV haben sich die P5 völkerrechtlich verbindlich dazu verpflichtet, ihr atomares Arsenal abzurüsten. Bis heute haben sie sich nicht daran gehalten und zeigen auch weiterhin nicht die geringste Bereitschaft dazu. Damit blieb in der UN nur politischer Spielraum für zwei sehr begrenzte Rüstungskontrollvereinbarungen. Seit 1963 verbietet der Partielle Teststopp-Vertrag Atomwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und

Bis in die 1990er-Jahre löste die CD starke Impulse zur Abrüstung aus. Von politischer Taktik überfrachtet, hat sie heutzutage die Initiative verloren



DIE WELT DER ATOMWAFFEN

Länder im heutigen und früheren Besitz nuklearer Sprengköpfe und Atomwaffenprogramme sowie nukleare Arsenale, Stand 2023



© ATLAS DER ABRÜSTUNG/SIPRI, WIKIPEDIA

unter Wasser. Der 1996 fertig ausgehandelte Vertrag über das umfassende Verbot von Versuchen mit Nuklearwaffen ist bis heute nicht in Kraft getreten – von den neun Atomkräften haben ihn lediglich Frankreich und Großbritannien ratifiziert.

Bis Ende der 1970er-Jahre fanden die Gespräche und Verhandlungen über Rüstungsfragen in kleinen, zunächst von den USA und der Sowjetunion eingesetzten Kommissionen mit maximal 18 UN-Mitgliedstaaten statt. 1979 etablierte die UN-Generalversammlung dann – als ihr ständiges Nebenorgan – die UN-Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament, CD) mit Sitz in Genf. Der CD gehören inzwischen 65 Staaten an, darunter die P5 als ständige Mitglieder. Der bislang größte Erfolg der CD war 1993 die Konvention zum Verbot chemischer Massenvernichtungswaffen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hielten die Sowjetunion und die USA Chemiewaffen als Instrument zur gegenseitigen Abschreckung in Europa nicht mehr für erforderlich. Die inzwischen von 193 Staaten ratifizierte Chemiewaffenkonvention war ein historischer Durchbruch, auch, weil regelmäßige Inspektionen und Verdachtskontrollen auf den Territorien aller Vertragsstaaten vereinbart werden konnten.

Ein solches Kontrollregime fehlt bis heute bei der im Jahr 1971 von der UN-Generalversammlung vereinbarten Biowaffenkonvention. Bereits vor über zehn Jahren war der Entwurf für eine entsprechende Kontrollregelung ausgearbeitet worden. Allein die USA blockieren sie in der Genfer Abrüstungskonferenz – zur Begründung

Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen kommen derzeit von zwei Ländern: Russland (gegen die Ukraine) und Nordkorea (gegen die USA)

heißt es, der Einsatz internationaler Inspektoren auf US-Territorium ließe Spionage befürchten. Die Blockade ist möglich, weil die einst von den P5 durchgesetzte Geschäftsordnung der CD nur Entscheidungen im Konsens erlaubt.

An diesem Konsenszwang scheiterten in der CD in den über drei Jahrzehnten seit Verabschiedung der Chemiewaffenkonvention auch alle Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung von Weltraumwaffen, atomwaffenfähigem Spaltmaterial, bewaffneten Drohnen oder von Antipersonenminen und Streubomben, die für die Zivilbevölkerung besonders gefährlich sind. Nach zehn Jahren erfolgloser Bemühungen in der CD initiierten Friedens-, Menschenrechts- und humanitäre Organisationen mithilfe einiger williger Staaten Verhandlungsprozesse außerhalb der UN über die beiden letztgenannten Waffenkategorien. Sie führten 1997 zum „Ottawa-Abkommen über das Verbot von Antipersonenminen“ und 2008 zum „Übereinkommen von Oslo zum Verbot von Streumunition“. Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt haben auch den Verhandlungsprozess in der UN-Generalversammlung über ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen angestoßen, das 2022 in Kraft trat. Doch alle Atomkräfte und alle Nato-Mitglieder lehnen den Vertrag ab. —

DAS GROSSE VORBILD

Die erste erfolgreiche Abrüstungskampagne der Zivilgesellschaft hatte eine einfache Botschaft: das Verbot von Antipersonenminen. Doch in den diplomatischen Verhandlungen wäre die Ottawa-Konvention beinahe gescheitert.

Nach dem Ende des Kalten Krieges versprach der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali eine Reihe von „Friedensdividenden“. Die größte dieser Dividenden entfiel wohl auf die Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL). Sechs Nichtregierungsorganisationen aus den USA und Europa hatten diese Bewegung 1992 gegründet. Sie forderte ein Verbot des Einsatzes, der Herstellung, des Handels und der Lagerung von Antipersonenminen sowie mehr Mittel für die Räumung der Minen und Hilfe für die Opfer. Dies führte 1997 zum Ottawa-Übereinkommen, dem sogenannten Minenverbotsvertrag, dem inzwischen 164 Staaten beigetreten sind. Und die ICBL wurde im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Bis dahin hatte es kaum ein Bewusstsein dafür gegeben, welche Verwüstungen Antipersonenminen auf der ganzen Welt anrichten. Landminen waren in den Stellvertreterkriegen während des Kalten Krieges eine beliebte Waffe gewesen, und in vielen Ländern blieben sie im Boden. Dort warteten sie darauf, explodieren zu können. Die zu Beginn der 1990er-Jahre gestartete Bewegung entwickelte sich allmählich zu einem globalen Netzwerk, das ein breites Spektrum von Gruppen zusammenbrachte. Die Aktivist:innen kamen aus Initiativen für Menschenrechte, Kinder, Frieden, Behinderte, Vetera-

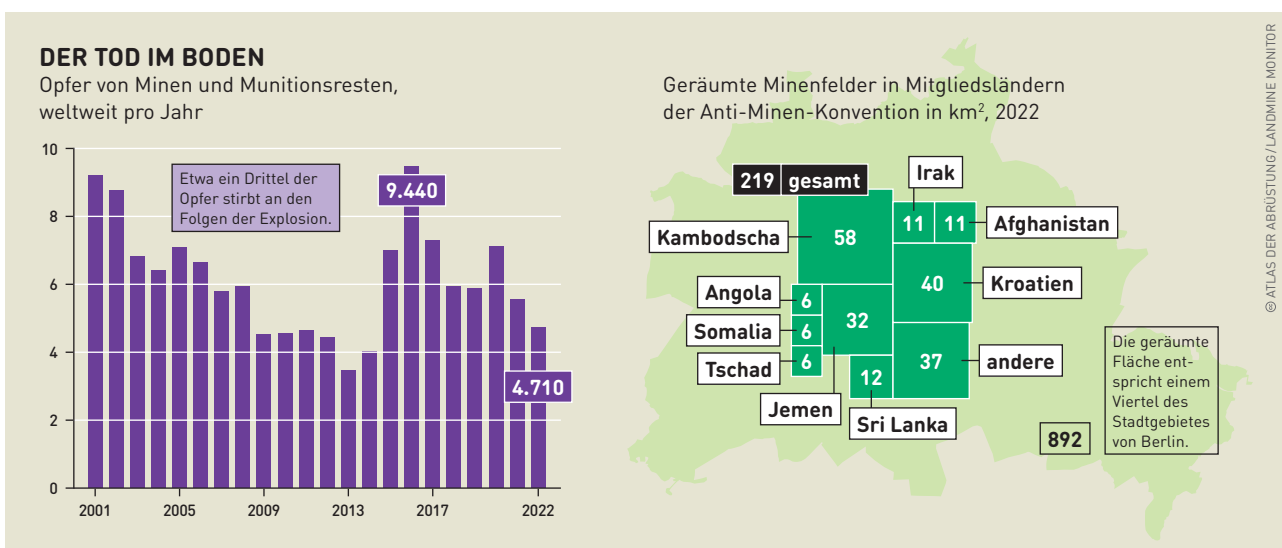
nen, Medizin, Entwicklung, Waffenkontrolle, Religion, Umwelt und Frauen. Sie arbeiteten auf allen Ebenen, lokal bis international, auf das Ziel einer minenfreien Welt hin. Heute gehören der ICBL über 1.400 Organisationen in rund 100 Ländern an.

Der Gedanke, eine einzelne konventionelle Waffe zu verbieten – eine, die sowohl von der Nato als auch vom Warschauer Pakt eingesetzt wurde –, mag angesichts des Ausmaßes der Militärausgaben als weltfremd und zugleich als zu eng gefasst erscheinen. Die heutige Situation ist in der Tat problematisch: Wir erleben gerade, wie sich die globale Sicherheit verschlechtert und die organisierte Gewalt zunimmt. Und Kriege haben ein Comeback – als Mittel, um internationale Streitigkeiten auszutragen.

Trotzdem – oder gerade deswegen – ist der Erfolg bei den Landminen ein historischer Meilenstein nicht nur für die Friedensbewegung, sondern auch darüber hinaus. Die Kampagne war in mehrfacher Hinsicht ein Durchbruch für zivilgesellschaftliches Handeln. Internationale Kampagnen haben den Ansatz der ICBL kopiert, beispielsweise „Jubilee 2000“, die einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer erreichte.

Gewiss hat der damalige Zeitpunkt diese Initiativen begünstigt. Nach jahrzehntelangen Spannungen während des Kalten Krieges schien es nun auf einmal unwahrscheinlich, dass der Krieg nach Europa zurückkeh-

Zu viele Opfer, zu wenig Räumung. Erst die internationale Antiminenkampagne hat das Ausmaß des Problems der Öffentlichkeit bewusst gemacht



ren würde. Es war die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf die langfristigen Folgen der Kriegsführung und die Notwendigkeit eines anhaltenden Friedens zu lenken. Dennoch war der Kampf für ein Verbot von Landminen alles andere als einfach, und er drohte mehrfach an der Geopolitik zu scheitern.

Die ICBL bestand aus einem gut zusammenpassenden harten Kern und hatte eine klare, leicht zu vermittelnde Botschaft: Antipersonenminen müssen verboten werden. Sie gründete nationale Ableger in Ländern, wo Landminen produziert wurden, und sie wies immer wieder auf die wahllose Tötung und Verstümmelung von Menschen und den Terror hin, den diese Minen über viele Jahre insbesondere auf Kinder ausübten. Ein entscheidender Moment war der Ausstieg aus den Verhandlungen um das UN-Übereinkommen über bestimmte konventionelle Waffen, die zwei Jahre lang ergebnislos verlaufen waren. Der Schritt, mit dem Minenthema einzeln weiterzumachen, war mutig und durchaus riskant. Aber einige Regierungen, darunter Österreich, Kanada, Norwegen, die Schweiz, Schweden, Südafrika und Belgien, hatten das Verbot von Landminen zur Priorität in der Diplomatie erklärt. Letztlich ist es ihnen zu verdanken, dass nun eine eigene verbindliche Konvention zum Verbot dieser Waffe verabschiedet und dem UN-Generalsekretär vorgelegt wurde.

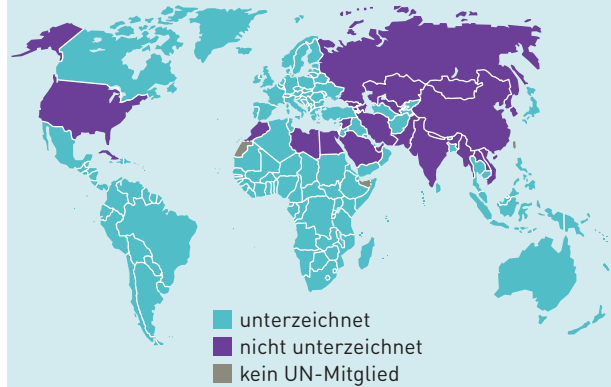
Ein weiterer wichtiger Beitrag war 1996 eine Studie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz mit dem Titel „Anti-personnel Landmines: Friend or Foe?“. Sie zeigte, dass Landminen in der Kriegsführung unwirksam sind und entkräftete damit die militärischen Argumente für ihren weiteren Einsatz. Später kam der „Landmine Monitor“ des ICBL hinzu, den ein unabhängiges Gremium erstellte. Dieser Pool von Abrüstungsexpert:innen sammelte genaue Daten darüber, ob und wie das Verbot befolgt wurde. Oft widersprachen sie den offiziellen Regierungsberichten. Der Monitor wurde bald zur zuverlässigsten Informationsquelle über Landminen.

Ein Vierteljahrhundert später verbot es sich wegen des russischen Einsatzes von Landminen in der Ukraine und ihrer fortgesetzten Verwendung in Myanmar, das Jubiläum des Inkrafttretens des Verbots zu feiern. Doch das Vermächtnis dieser historischen globalen Kampagne wird nicht geringer, weil wieder Kriege aufflammen. Es entstanden Folgeinitiativen wie die Cluster Munition Coalition, die 2008 zum Übereinkommen über Streumunition führte. Die Koalition gegen Streubomben und die ICBL arbeiten eng zusammen. Auch die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) wurde von der ICBL inspiriert; sie erhielt 2017 den Friedensnobelpreis, weil sie sich für einen völkerrechtlichen Vertrag über die Abschaffung von Atomwaffen eingesetzt hatte. Der Kampf für Abrüstung ist eine nie endende Herausforderung. Aber die Friedensbewegung wäre nicht dieselbe ohne die mobilisierende, kreative, mutige und alle einbeziehende Tatkraft der ICBL. —

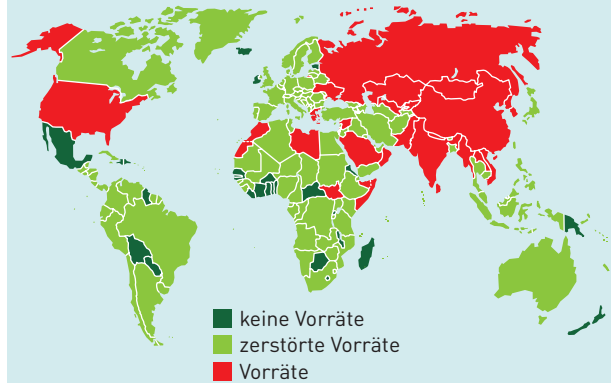
DER VERTRAG UND SEINE AUFGABE

Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (Ottawa-Konvention, 1999)

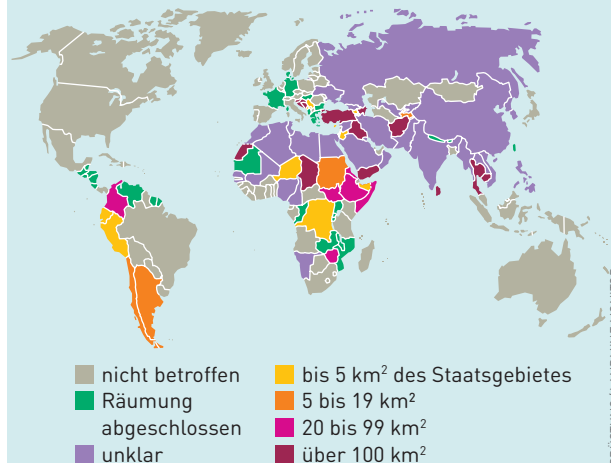
Status des Beitritts, 2024



Lagerbestände an Antipersonenminen, 2018



Kontamination mit Antipersonenminen, 2018



Nach 2018 sind keine einheitlichen Länderdaten mehr erhoben worden.

© ATLAS DER ABRÜSTUNG/LANDMINE MONITOR

Antipersonenminen liegen vielerorts zum Einsatz bereit. Aber manche Staaten haben ihre Vorräte vernichtet, auch ohne die Konvention zu unterzeichnen

GEGEN DIE ARSENALE

Maßgeblich die Zivilgesellschaft hat 2017 für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages gesorgt. Die Nuklearstaaten rüsten auf und modernisieren ihre Arsenale. Doch auch der globale Widerstand gegen die nukleare Bedrohung wächst.

Heute gibt es über 12.500 Atomsprengeköpfe auf der Welt – mehr als 9.500 davon sind einsatzfähig. Neun Staaten verfügen über diese Massenvernichtungswaffen, den Großteil besitzen Russland und die USA mit jeweils mehr als 5.000. Gleichzeitig verzichtet die absolute Mehrheit der Weltgemeinschaft, mehr als 180 Staaten, auf eigene Atomarsenale.

Mit der nuklearen Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 begann das Zeitalter des atomaren Horrors. Mehr als 200.000 Menschen wurden damals getötet; unzählige starben später an Krebs und anderen chronischen Erkrankungen. Während die Abwürfe ein weltweites nukleares Wettrüsten auslösten, wuchs gleichzeitig eine immer stärker werdende Bewegung gegen nukleare Massenvernichtungswaffen heran. In ihrer allerersten Resolution forderten die Vereinten Nationen im Jahr 1946, alle Atombomben abzuschaffen. Wissenschaftler um Bertrand Russell und Albert Einstein veröffentlichten 1955 einen Aufruf an die Atomwaffenstaaten, ihre Aufrüstung zu beenden und die Menschheit vor dem nuklearen Untergang zu bewahren.

Weltweit gründeten sich zivilgesellschaftliche Organisationen gegen Atomwaffen, denn in den 1950er- und 1960er-Jahren arbeiteten mehr und mehr Staaten an eigenen Nuklearprogrammen. Ein UN-Komitee verhandelte daher den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV), auch als Atomwaffensperrvertrag bekannt. Dieses Abkommen von 1968 wird oft als Fundament der multilateralen nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle bezeichnet. Die fünf Atomwaffenstaaten – USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China – sicherten dem Rest der Welt zu, dass sie sich redlich bemühen würden, ihre nuklearen Arsenale abzurüsten. Im Gegenzug erklärten die anderen Vertragsstaaten, keine eigenen Atombomben anzuschaffen. Das gemeinsame Ziel des NVV: eine Welt frei von Atomwaffen.

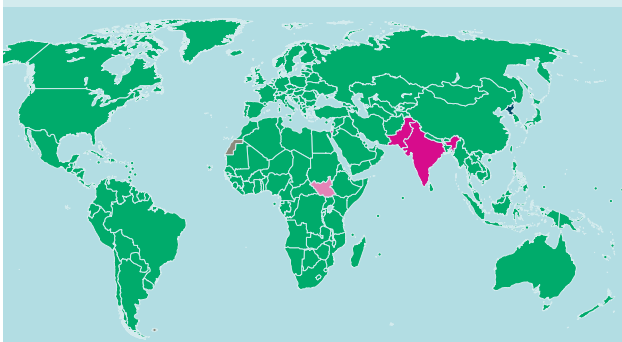
Mittlerweile sind fast alle Staaten der Welt Mitglied dieses internationalen Vertrages. Mit Blick auf die Verbreitung nuklearer Waffen kann er durchaus als Erfolg gewertet werden. Heute verfügen neben den fünf offiziellen Atomwaffenstaaten des NVV immerhin „nur“ vier weitere Staaten über nukleare Arsenale: Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

Doch seit Jahrzehnten kritisiert die Mehrheit der NVV-Mitglieder, dass die Atomwaffenstaaten nicht ge-

Ein AVV-Beitritt bedeutet Atomwaffenfreiheit. Doch außer den Atommächten weigern sich auch die Nato-Länder und Staaten mit Atom-Aspirationen wie der Iran

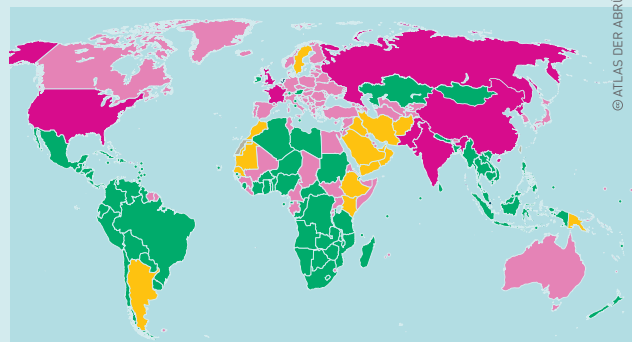
MIT VERTRÄGEN GEGEN DIE BEDROHUNG

Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1968 (Atomwaffensperrvertrag)



- beigetreten
- Unterzeichnung zurückgezogen: Nordkorea
- nicht unterzeichnet, ■ davon Atommächte
- keine Daten

Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2017 (seit 2021 in Kraft)

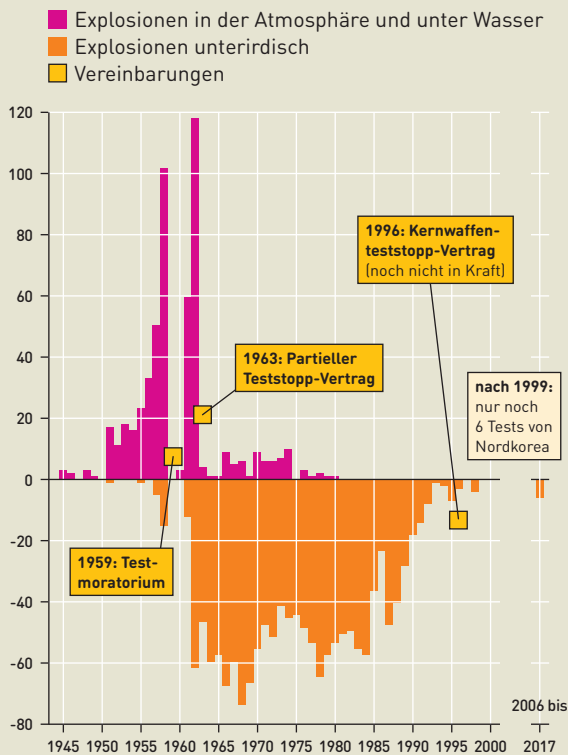


- beigetreten
- zugestimmt, keine weiteren Schritte
- Gegenstimme: Niederlande, Enthaltung: Singapur
- nicht unterzeichnet, ■ davon Atommächte
- keine Daten

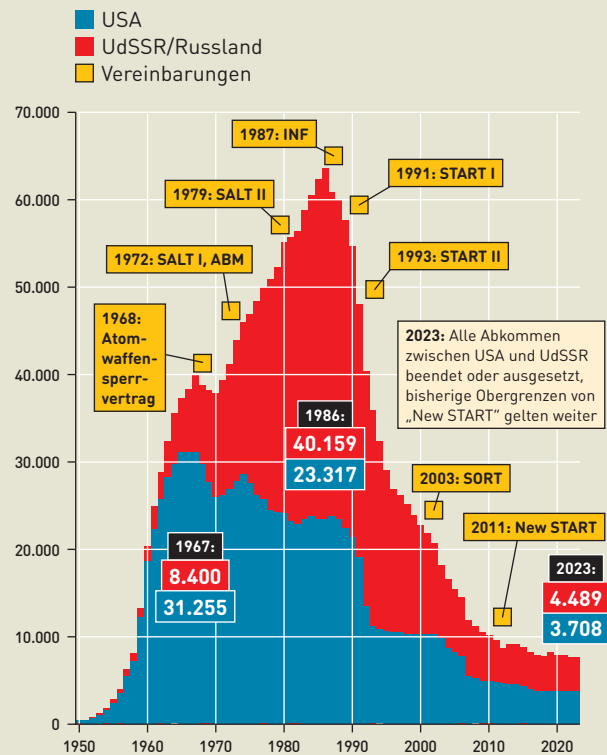
© ATLAS DER ABRÜSTUNG/WIKIPEDIA

SCHRITTWEISE ABRÜSTUNG

Entwicklung über- und unterirdischer nuklearer Tests der Atommächte, Anzahl



Einsatzfähige, nicht zur Abrüstung vorgesehene Nuklearwaffen der Supermächte, Anzahl Sprengköpfe



nug zur Abrüstung beitragen und sich nicht an ihren Teil der Abmachung halten. In der Tat: Bis heute verfügen alle fünf NVV-Atomwaffenstaaten weiterhin über Atomarsenale. An einer grundsätzlichen Veränderung des nuklearen Status quo und der Politik der Abschreckung scheinen sie nicht interessiert zu sein.

Neue Wege der Abrüstung mussten also gefunden werden – wenn nötig, auch ohne die Atomwaffenstaaten. Die Lösung lag in einem progressiven Zusammenschluss aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den Vorreiterstaaten der nuklearen Abrüstung. Als Vorbild dienten die erfolgreichen Kampagnen gegen Bio- und Chemiewaffen, gegen Landminen und gegen Streumunition. All diese Waffenkategorien waren bereits durch internationale Verträge verboten. Selbst Regierungen, die diese Abkommen noch nicht ratifiziert hatten, befolgten größtenteils deren Bestimmungen. Für Atomwaffen hingegen gab es noch keinen Verbotsvertrag, was sich mit der Gründung der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), einem weltweiten Verbund aus hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen, ändern sollte.

Führende Länder in dieser humanitären Bewegung organisierten Staatenkonferenzen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelten sie Optionen gegen den Stillstand bei der Abrüstung. All diese Bemühungen mündeten schließlich in Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen über einen Vertrag gegen Atomwaf-

Die Zahl der Atomwaffen ist gesunken. Zugleich modernisieren die Atommächte ihre Nuklearstreitkräfte, um sie vielseitiger einsetzbar zu machen

fen – nicht ohne heftigen Protest der Atomwaffenstaaten und einiger ihrer Verbündeter.

2017 schließlich verkündeten die Vereinten Nationen das Verbot von Atomwaffen. Noch im selben Jahr erhielt ICAN dafür den Friedensnobelpreis. Dank des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) sind diese Massenvernichtungswaffen zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte verboten. Fast die Hälfte aller UN-Mitglieder ist dem Abkommen bereits beigetreten; heute leben mehr als 2,4 Milliarden Menschen in seinen Vertragsstaaten. Doch kein Atomwaffenstaat und kein Nato-Mitglied hat den AVV bisher unterzeichnet. Die deutsche Regierung erklärt, dass ein Beitritt zum Abkommen ihren Verpflichtungen innerhalb des Militärbündnisses entgegenstehe. Generell ist die Nato-Mitgliedschaft allerdings kein Hindernis. Nur dürfte Deutschland als AVV-Mitglied dann keine Atomwaffen aus anderen Staaten beherbergen.

Wie bei vielen sozialen Bewegungen wissen auch die Menschen der Kampagne gegen Atomwaffen, dass sie ihr Ziel nicht schnell erreichen werden. Aber in Zeiten globaler Aufrüstung lässt der Atomwaffenverbotsvertrag hoffen, nach der Ächtung von Bio- und Chemiewaffen die Ära der Massenvernichtungswaffen insgesamt zu beenden. —

SCHUTZRECHT FÜR UNBETEILIGTE

Eine UN-Erklärung gegen den Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten soll Opfer unter der Zivilbevölkerung verhindern – eine weitere Abrüstungsinitiative der Zivilgesellschaft.

Jedes Jahr werden Zehntausende von Zivilist:innen in bewohnten Gebieten durch Explosivwaffen getötet und verletzt. Syrien, der Sudan, die Ukraine und der Gazastreifen sind die jüngsten Beispiele in einer langen Reihe von Konflikten, in denen Bomben, Artilleriegeschosse, Raketen und Mörsergranaten in großen Mengen auf Städte und Dörfer niedergingen – mit verheerenden und langfristigen Folgen für die Zivilbevölkerung.

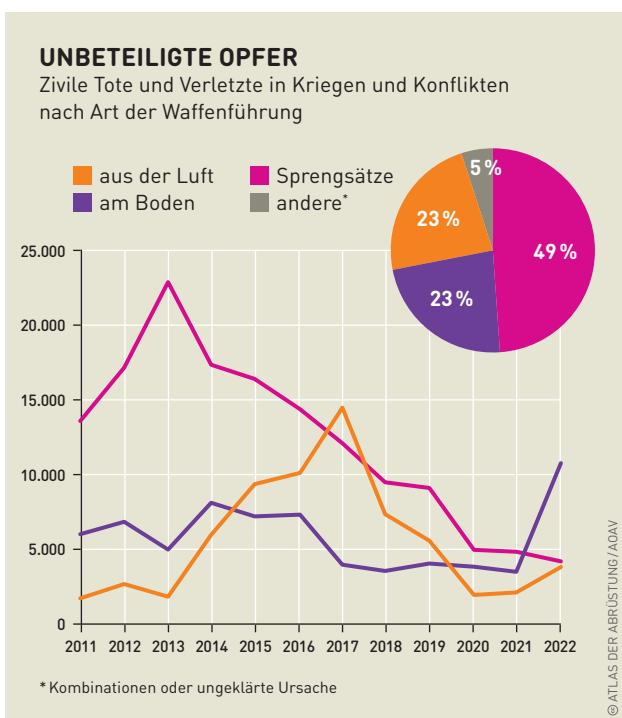
Werden Explosivwaffen in Wohngebieten eingesetzt, sind typischerweise 90 Prozent der Opfer Zivilist:innen. Die Überlebenden können schwere körperliche Verletzungen ebenso wie langfristige psychische Schäden erleiden. Bei der Bombardierung von Städten werden nicht nur Menschen verletzt, sondern auch Wohnhäuser und lebenswichtige zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser, Schulen sowie die Strom- und Wasserversorgung zerstört. Die Zivilbevölkerung kann nicht mehr mit lebenswichtigen Dienstleistungen versorgt werden. Explosionen und die dadurch verursachten Verwüstungen zwingen die Zivilbevölkerung zur Flucht. Ist der Konflikt beendet, be-

hindern Ruinen, zerstörte Leitungen und nicht explodierete Kampfmittel den Wiederaufbau.

2011 gründeten mehrere Nichtregierungsorganisationen eine Koalition namens International Network on Explosive Weapons (INEW), die Leid und Zerstörung durch den Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten verhindern möchte. Viele weitere Organisationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Vereinten Nationen, schlossen sich an. Nach mehr als einem Jahrzehnt der Lobbyarbeit, einer Auftaktkonferenz in Österreich und fast dreijährigen Konsultationen unter der Schirmherrschaft Irlands billigten im November 2022 insgesamt 83 Staaten die „Politische Erklärung zum besseren Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten“. Sie stellt eine internationale politische Verpflichtung dar, Schäden zu vermeiden oder zu lindern und zielt darauf ab, die unmittelbaren sowie längerfristigen Auswirkungen sowohl während als auch nach einem Konflikt zu bekämpfen.

Die Präambel der Erklärung beschreibt, wie sehr das Risiko für die Zivilbevölkerung gestiegen ist – durch die immer häufiger in Städten ausgetragenen bewaffneten Konflikte und die unmittelbaren wie auch langanhaltenden Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen für die Menschen in Wohngebieten. Es folgen 14 konkrete Verpflichtungen, die die unterzeichnenden Staaten zum Schutz der Zivilbevölkerung umsetzen sollen. Explosivwaffen sollen in Wohngebieten eingeschränkt oder gar nicht eingesetzt werden, wenn dadurch Zivilist:innen oder zivile Objekte zu Schaden kommen könnten. Bei der Planung und Durchführung militärischer Operationen sind die direkten und indirekten Auswirkungen von Explosivwaffen zu berücksichtigen. Eine weitere Verpflichtung betrifft Hilfen für die Opfer von Explosivwaffen, ihre Familien und die betroffenen Gemeinden.

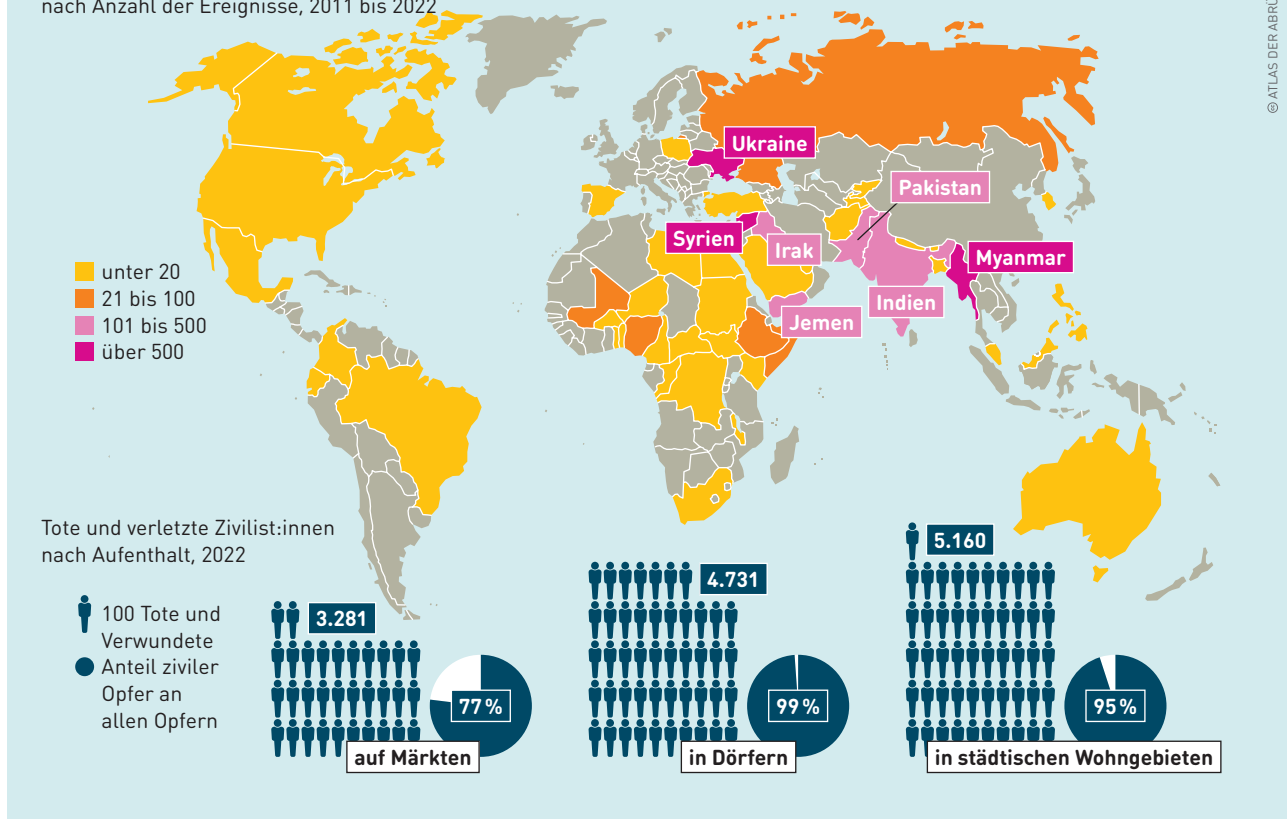
Die Unterzeichnerstaaten wollen überdies Daten austauschen. Das soll dem besseren Verständnis der humanitären Folgen von Militäroperationen dienen, einschließlich der Schäden für die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur. Auf regelmäßigen Treffen, an denen auch die Vereinten Nationen, das Rote Kreuz und zivilgesellschaftliche Gruppen teilnehmen, sollen die Umsetzung der Erklärung überprüft und mögliche zusätzliche Maßnahmen entwickelt werden, um Schaden von der Zivilbe-



Jedes Jahr veröffentlicht die britische „Action on Armed Violence“ einen „Explosive Violence Monitor“ über die zivilen Opfer durch Waffengewalt im Vorjahr

SCHRECKEN VON ÜBERALL

Länder, in denen der Einsatz von Explosivwaffen aus der Luft, am Boden oder als Sprengsätze zu zivilen Opfern führte, nach Anzahl der Ereignisse, 2011 bis 2022



völkerung abzuwenden oder wenigstens zu verringern. Die Unterzeichner verpflichten sich ferner, die Erklärung zu verbreiten und alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufzufordern, die darin enthaltenen Verpflichtungen auch einzuhalten.

Staaten, die sich der Erklärung anschließen, sollten zügig dafür sorgen, dass sie umgesetzt wird. Selbst Staaten, die sich im Prinzip um den Schutz der Zivilbevölkerung bei militärischen Operationen bemühen, tun nicht immer genug, um Schäden durch den Einsatz von Explosivwaffen zu vermeiden. Sie sind daher angehalten, ihre Politik und Praxis zu überprüfen, und zwar in Absprache mit den Vereinten Nationen, dem Roten Kreuz und der Zivilgesellschaft.

Die Erklärung ist kein internationaler Vertrag, der rechtlich verbindlich ist. Aber die Unterzeichnerstaaten erklären sich immerhin bereit – und es wird von ihnen erwartet –, ihren guten Willen zu beweisen und Schritte zu unternehmen, um die Verpflichtungen auch tatsächlich umzusetzen. Die Erklärung richtet sich grundsätzlich an alle Staaten. Es ist wünschenswert, dass alle sich ihr anschließen, ganz besonders diejenigen, die Explosivwaffen

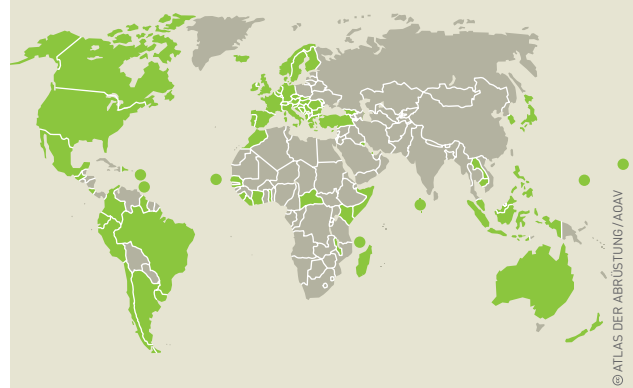
Die Politische Erklärung ist der jüngste Baustein im mühsamen Prozess, das Kriegsgeschehen zu verrechtlichen

In 66 Ländern wurden von 2011 bis 2022 Hunderttausende Zivilpersonen zu Opfern von Explosivwaffen – mit zudem oft geringem militärischen Nutzen

nicht nur besitzen, sondern auch einsetzen. Damit erkennen sie an, welchen Schaden Zivilist:innen erleiden. Die Erklärung drückt Solidarität mit den Opfern aus und ist ein Versprechen: Schäden – auch wenn sie von anderen verursacht werden – in Zukunft zu verhindern. —

NEUE NORMEN – NOCH NICHT FÜR ALLE

Die 83 Unterzeichnerländer der „Politischen Erklärung zum besseren Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bewohnten Gebieten“, 2022



LEBENS-LANGE KONTROLLE

Die Vereinten Nationen wollen verhindern, dass durch Korruption, Diebstahl und illegale Weitergabe Munition abgezweigt wird. Eine neue Vereinbarung soll auch die Vorratslager sicherer machen.

Alle zwei Minuten wird ein Mensch durch eine Kugel oder eine Granate getötet, und viele weitere erleiden schwere Verletzungen, zum Teil lebenslang. Trotzdem unterliegt Munition einer viel geringeren Regulierung als die Waffen, mit denen sie verschossen wird. Weit weniger Aufmerksamkeit und Ressourcen werden auf die Entwicklung wirksamer Methoden zur Kennzeichnung von Munition, auf Nachweispflichten, die Verfolgung von Besitzerwechseln, die Überwachung von Lagerbeständen und die Untersuchung von Anomalien aufgewandt. Infolgedessen lässt sich Munition schwerer zurückverfolgen, ist leichter zu stehlen oder zu schmuggeln und wird mit größerer Wahrscheinlichkeit für Kriege, Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen missbraucht.

Im Dezember 2023 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Globale Rahmenwerk zu Munition (Global Framework for Through-life Conventional Ammunition Management). Die UN-Mitgliedstaaten einigten sich auf eine Verpflichtung zum effektiveren Management von Munition, zur Verringerung des Risikos unbeabsichtigter Explosionen und zur Verhinderung des Einsatzes in lokalen Konflikten oder durch Kriminelle. Die vergangenen Jahre waren von

geopolitischer Unsicherheit, weltweiter Aufrüstung und Frustration über den Verlauf von Abrüstungsbemühungen geprägt. Der neue globale Rahmen bringt nun einen Hoffnungsschimmer in die Rüstungskontrolle.

Das Rahmenwerk ergänzt die bestehenden Übereinkünfte in der multilateralen Abrüstungsarchitektur: das Aktionsprogramm zu Kleinwaffen und leichten Waffen, das Feuerwaffenprotokoll, den Vertrag über den Waffenhandel und ähnliche Vereinbarungen. Es verbindet politische Verpflichtungen und technische Leitlinien, es basiert auf den Grundsätzen der nationalen Eigenverantwortung und zielt auf den Aufbau nationaler Kapazitäten für ein wirksames Management von Munition ab.

Der Rahmen enthält 15 Ziele, die den gesamten Lebenszyklus eines Geschosses abdecken, von der Herstellung über Auslieferung, Transport, Lagerung und Ausgabe bis hin zur endgültigen Verwendung oder Entsorgung. Diese Ziele werden ergänzt durch 85 grundlegende Maßnahmen, zu denen sich alle Staaten verpflichten. Drei Aspekte des Munitionsmanagements werden dadurch abgedeckt: Schutz vor Missbrauch, sichere Abläufe und Nachhaltigkeit.

Um zu verhindern, dass Munition in die falschen Hände gerät, verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, die Transparenz in den Lieferketten zu fördern und darauf zu

Die Praxis wird zeigen, ob die vereinbarten neuen Verwaltungsmaßnahmen tatsächlich den Markt für illegale Munition einschränken

MIT VORSCHRIFTEN GEGEN TÖDLICHE GEFAHREN

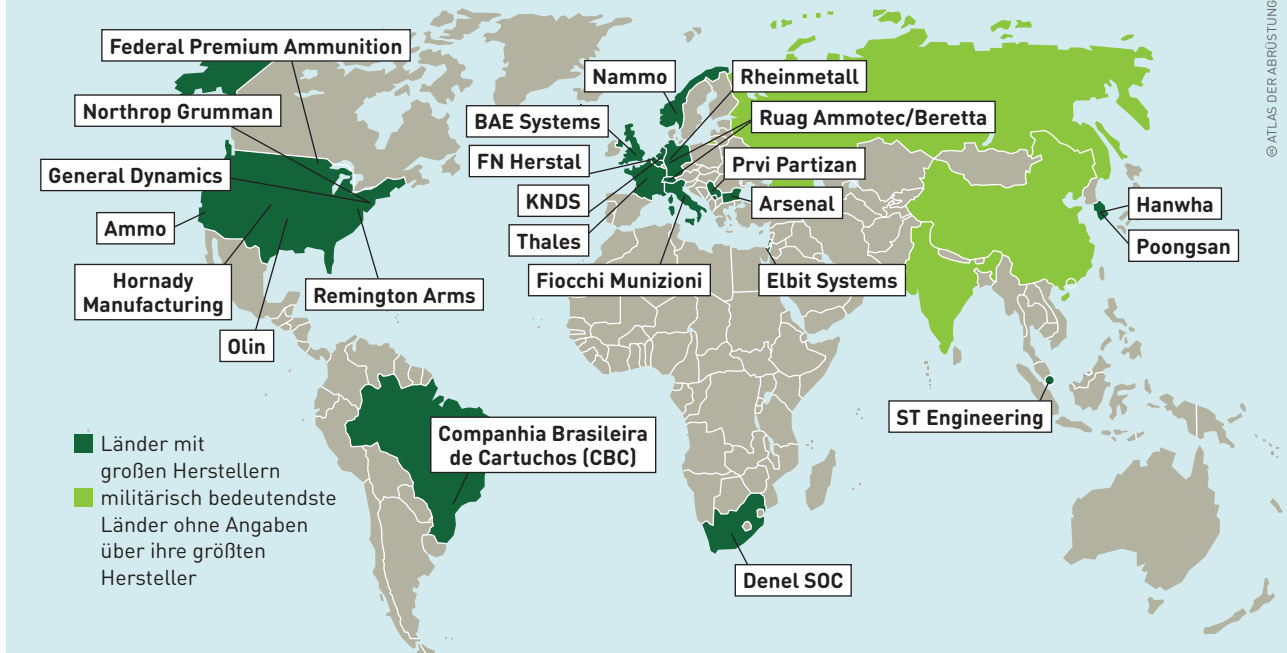
15 Ziele für eine sichere und nachhaltige Verwaltung konventioneller Munition während ihrer gesamten Lebensdauer

- 1 Standards für die Verwaltung der konventionellen Munition verbessern.
- 2 National und regional angepasste Konzepte mit den Besitzern umsetzen.
- 3 In den einzelnen Staaten bereits angelaufene Projekte zur Entsorgung beachten.
- 4 Nationale Behörden beim Umgang mit Munition unterstützen.
- 5 Munitionslager überwachen.
- 6 Risiken bei Umgang mit den Lagerbeständen verringern.
- 7 Die Lagerhaltung zuverlässig gestalten, Aufzeichnungen führen.
- 8 Lieferketten gegen das Abzweigen von Munition schützen.
- 9 Durch Endverbleibserklärungen den Verbleib der Munition garantieren.
- 10 Unbefugten, Kriminellen und Terrorist:innen den Zugang zu verwendbaren Altbeständen, Resten und Materialien verweigern.
- 11 Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit der Munition ermöglichen.
- 12 Informationen über unterschlagene oder illegale gehandelte Munition austauschen.
- 13 Daten über unterschlagene Munition bei nationalen Behörden sammeln und analysieren.
- 14 Frauen an den Verwaltungsaufgaben beteiligen.
- 15 Mit den einschlägigen Akteuren einschließlich der Zivilgesellschaft, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Industrie zusammenarbeiten, um die Entsorgung konventioneller Munition zu verbessern.

gekürzte Zusammenfassung aus dem Globalen Rahmenwerk zur Munition

PROFITE MIT PROJEKTILEN

Von der Kugel bis zur Rakete – große Munitionshersteller nach geografischer Verteilung der Firmensitze, 2023



achten, dass keine Munition beim Kauf, Verkauf oder bei der Weitergabe abgezweigt wird. Das Rahmenwerk sieht neben Verbesserungen in der Datenerfassung und im Informationsaustausch auch die Verwendung von Endverbleibserklärungen und Nichtwiederausfuhrklauseln vor. Die Kennzeichnung von Munition und eine bessere Dokumentation sollen die Rückverfolgung von Munition erleichtern, die in illegalem Besitz gefunden wird.

Mangelnde Sicherheit bei Lagerung und Handhabung von Munition ist ein großes Problem. Unbeabsichtigte Explosionen können Tausende Menschen töten und zu enormen wirtschaftlichen Verlusten führen. Solche Unglücke sind oft das Ergebnis schlechten Managements. Der Rahmenplan fordert daher eine bessere Verwaltung von Lagerbeständen, etwa durch angemessene und systematische Überwachung, eine brauchbare Inventarisierung, die Verringerung der an einem Ort gelagerten Sprengstoffmengen, sichere Lagermethoden sowie größere Entfernungen der Munitionslager von Siedlungen.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit wären bessere Standards und die Einhaltung bewährter Verfahren hilfreich. Frauen sollten eine wichtigere Rolle beim Munitionsmanagement erhalten. Das Rahmenwerk ruft die Staaten zwecks Verbesserung der Sicherheit auch zu einer engen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, mit Wissenschaft und Forschung sowie mit der Industrie auf. Für 2027 ist ein erstes Treffen der Unterzeichnerstaaten geplant.

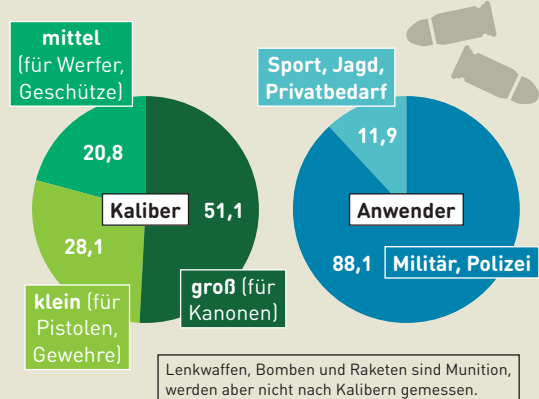
Kleine Kaliber sind die größte Bedrohung – durch Schusswaffengebrauch im Alltag, aber auch bei Gewalt durch reguläre und irreguläre Truppen

Daten der Munitionskonzerne über Umsätze und Produkte sind kaum miteinander zu vergleichen – wenn sie überhaupt veröffentlicht werden

Die derzeit recht problemlose Verfügbarkeit und die illegale Verbreitung von Munition tragen zur globalen Instabilität bei. Bessere Kontrollen können dazu beitragen, den Kreislauf von bewaffneter Gewalt und Konflikten zu durchbrechen, viele Menschenleben zu retten und Friedensbemühungen auf den richtigen Weg zu bringen. Das Rahmenwerk ist daher ein wichtiger Schritt. Es zeigt, dass eine Einigung im Sinne von Frieden, Sicherheit und Allgemeinwohl auch in diesen unsicheren Zeiten durchaus möglich ist. —

DIE KUNDSCHAFT UND IHRE WÜNSCHE

Munition nach Kalibern und Abnehmern, in Prozent des Umsatzes 2023



IN DER FEMINISTISCHEN KRITIK

Mehr Diversität in der Abrüstungspolitik reicht nicht aus, um Geschlechternormen infrage zu stellen. Noch bietet der Diskurs über Krieg und Waffen keinen Platz für Alternativen zu militärischer Stärke.

Seit jeher stehen Feministinnen Waffen kritisch gegenüber – sowohl was ihre Herstellung, ihre Verbreitung, ihren Besitz als auch ihren Einsatz betrifft. Drei Themen diskutieren sie vor allem: zum einen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen bewaffneter Konflikte und des Einsatzes bestimmter Waffen auf Frauen, Männer und LGBTQ+-Personen; zum zweiten den Einfluss von Geschlechternormen, insbesondere dem einer militarisierten Männlichkeit, auf die Anschaffung und die Verbreitung von Waffen; und schließlich die Relevanz von Diversität in der Abrüstungspolitik und bei Verhandlungen. Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung treten nicht nur im Rahmen einer Geschlechterbinarität auf, sondern entlang sich überschneidender Linien von Geschlecht, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, ethnischer Zugehörigkeit, Alter, Religion, Behinderung und anderem mehr.

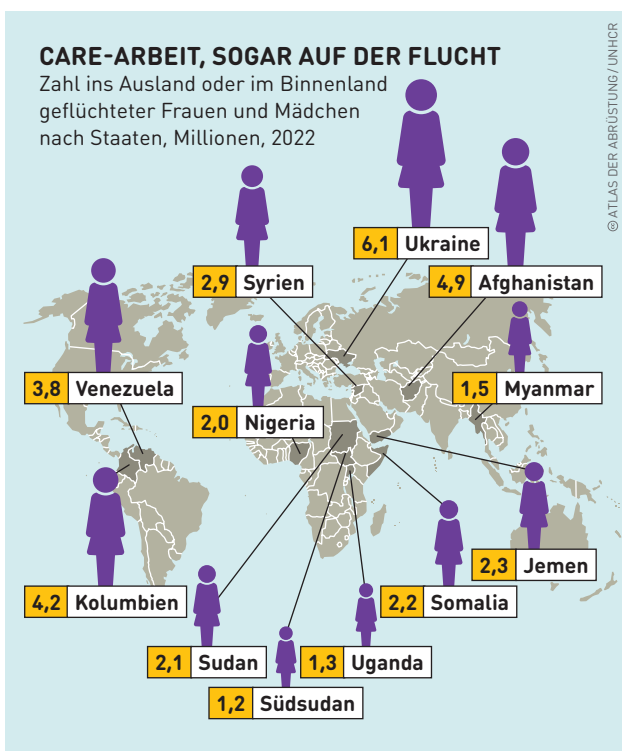
Die feministische Forschung hat gezeigt, dass der Einsatz bestimmter Waffen geschlechtsspezifische Auswir-

kungen hat, Menschen also aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft unverhältnismäßig stark schädigt. Die Strahlung der Atomwaffen etwa beeinträchtigt die reproduktive Gesundheit. Frauen oder LGBTQ+-Personen, die seltener eine Waffe in der Hand haben, werden überproportional häufig Opfer von kriegerischen Konflikten. Sie sind häufiger das Ziel geschlechtsspezifischer Gewalt, leiden anders unter der Zerstörung von bewohnten Gebieten und werden oft ungleich behandelt, etwa beim Zugang zu Hilfe, bei der Beteiligung an friedensschaffenden Maßnahmen oder beim Wiederaufbau.

Feministinnen konnten zudem zeigen, dass es ethnische Unterschiede bei den Auswirkungen des Waffeneinsatzes gibt. So haben Staaten Atomwaffentests nicht nur im Lebensraum indigener Völker auf dem Land und im Wasser durchgeführt, sondern auch die massiven Folgen für ihre Gesundheit zumindest billigend in Kauf genommen. Das Uran wird hauptsächlich in ihren Ländern abgebaut, mit den entsprechenden Folgen für Land und Menschen. Insbesondere im Umfeld armer Gemeinden werden Atomwaffen entwickelt und radioaktive Abfälle gelagert, meistens in Gegenden mit dunkelhäutiger Bevölkerung.

Neue Technologien wie autonome Waffensysteme werden die geschlechtsspezifischen und rassistischen Auswirkungen von Waffen und Krieg weiter verstärken. Auch künstliche Intelligenz und Algorithmen diskriminieren People of Color, Frauen, Trans-Menschen und andere. Für feministische Aktivistinnen ist ein Verständnis der geschlechtsspezifischen und rassistischen Auswirkungen des Waffeneinsatzes auch entscheidend, um die Menschen im Konfliktfall angemessen zu versorgen und zu unterstützen. Viele warnen jedoch auch vor einer Fokussierung allein auf die Frage, wer welchen Schaden erleidet. Denn dadurch könnten Frauen oder LGBTQ+-Personen in eine Opferrolle gedrängt werden, und die Einbeziehung marginalisierter Gruppen in die Politikgestaltung könnte sich auf rein symbolische Gesten beschränken. Dies zeigt sich unter anderem bei den Bemühungen um mehr Diversität in der Abrüstungspolitik, die sich weitgehend damit zufrieden geben, mehr Frauen in Delegationen oder Gremien zu bringen.

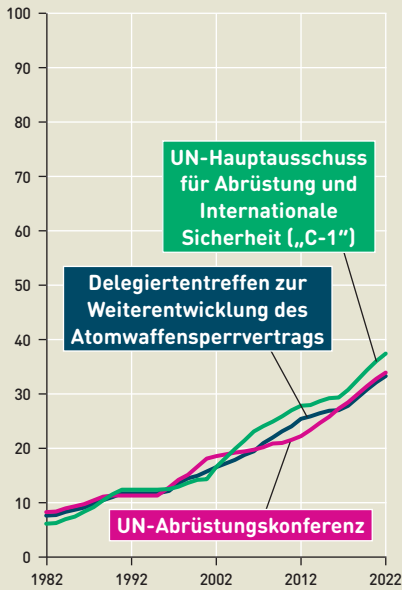
Die meisten Diskurse und Maßnahmen bei diesem Thema basieren bislang auf einem binären Begriff von Geschlecht. Sie ignorieren damit die Überschneidungen von Identitäten und Unterdrückung, die zur Marginalisierung



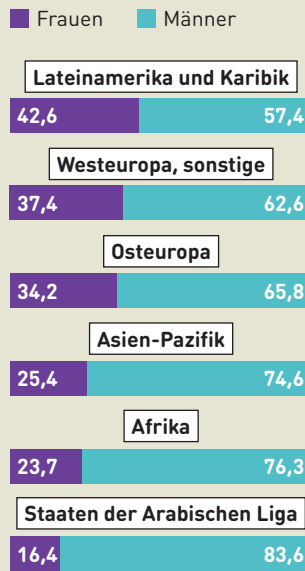
Geflüchtete Frauen haben oftmals nicht nur sich und die Kinder, sondern auch Ehemänner und weitere Angehörige zu versorgen – irgendwie

MÄNGEL AUF DEN ERSTEN BLICK

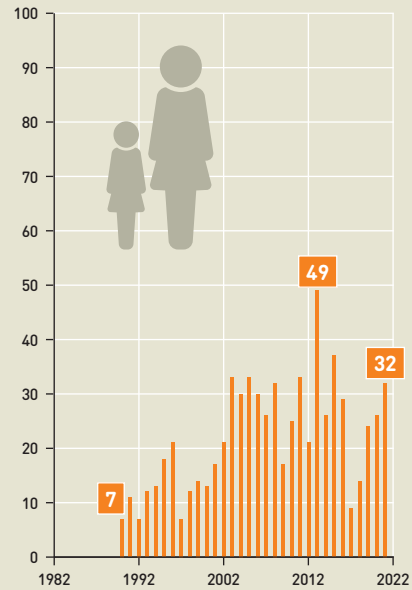
Frauen in Abrüstungsverhandlungen, Prozent



Frauen in Delegationen für Abrüstungsverhandlungen, nach Regionen, Prozent



Friedensverträge mit Bestimmungen zu Frauen, Mädchen und Geschlecht, Prozent



und zum Ausschluss bestimmter Menschen führen. Die Anzahl der Frauen in der Abrüstungspolitik zu erhöhen ist wichtig, reicht jedoch nicht aus, um Geschlechternormen infrage zu stellen oder die Perspektiven auf Waffen und Militarismus zu diversifizieren. Bei echter Diversität geht es nicht nur darum, die Sitzungssäle mit bestimmten Menschen zu füllen, sondern auch darum, Raum für nicht-hegemoniale Ideen und Perspektiven zu schaffen, um konkrete Veränderungen in Politik und Praxis zu bewirken.

Was als vernünftig und seriös gilt – diese Normen werden durch den Mangel an Diversität noch verstärkt. Menschen mit feministischen, queeren und anderen Perspektiven außerhalb des Mainstreams können dazu beitragen, Ideen infrage zu stellen, die als unveränderliche Wahrheiten behandelt werden. Sie können zudem alternative Vorstellungen von militärischer Stärke und Sicherheit formulieren. Nicht zuletzt dank der Arbeit feministischer Abrüstungsaktivistinnen wurden Strategien in der Abrüstungsdiplomatie sichtbar – wie etwa der stete Einsatz stereotyper Argumente, die dazu führen, dass Militarismus weiter gefördert und damit aufrechterhalten wird.

Feministinnen haben sich in vorderster Linie für das Verbot von Landminen, Streumunition und Atomwaffen eingesetzt. Sie stehen auf gegen den Waffenhandel und die Militärausgaben und plädieren für eine geschlechtsspezifische Versorgung der durch Waffen und Krieg

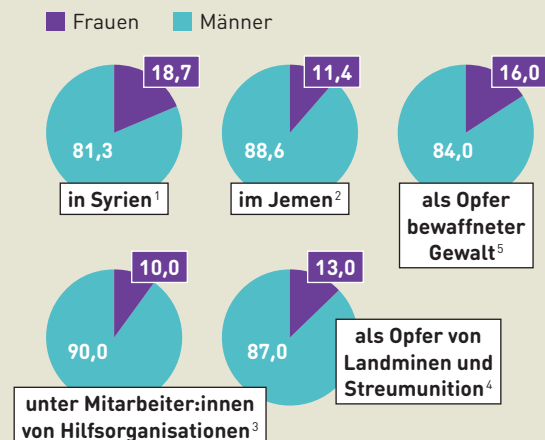
Erst seit etwa 2010 nennen Berichte zunehmend, wie viele Frauen unter den Opfern von Explosivwaffen waren. Ihr Anteil liegt häufig bei rund 10 bis 20 Prozent

Wo Abrüstung und internationale Sicherheit gesteuert, verhandelt und vereinbart werden, sind Frauen deutlich unterrepräsentiert

Geschädigten. Feministinnen, die sich für Abrüstung engagieren, stellen damit auch die patriarchalischen Machtssysteme, die den Militarismus aufrechterhalten, grundsätzlich infrage und setzen sich für Investitionen in soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ein. —

DER TOD DER UNBETEILIGTEN

Zivile Opfer des Einsatzes von Explosivwaffen nach Geschlecht, verschiedene Datensätze, in Prozent



¹ Syrian Violations Documentation Center, ² Yemen Data Project, ³ Aid Worker Security Database, ⁴ Landmine and Cluster Munition Monitor, ⁵ Action on Armed Violence

LANDREFORM NICHT IN SICHT

Die Welt schaute auf Kolumbien, als Staat und Guerilla 2016 Frieden schlossen. Die Demilitarisierung kam voran, doch der Staat liefert nicht. Vor allem die Landreform stockt. Und es wird weiter gemordet.

Vertreter der kolumbianischen Regierung und der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC-EP) unterzeichneten 2016 in Kubas Hauptstadt Havanna ein Abkommen, um den bewaffneten Konflikt in Kolumbien zu beenden und einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Dies war der Beginn eines der ehrgeizigsten Projekte zur Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung, Friedenssicherung und Versöhnung der jüngeren Zeit. Im Rahmen des Abkommens wurden 7.000 FARC-Kämpfer:innen demobilisiert. Sie übergaben ihre Waffen und Munition an die UN-Kontrollmission in Kolumbien, die sie funktionsunfähig machte. Ein Teil wurde eingeschmolzen, um drei Denkmäler für den Frieden zu schaffen: in Kolumbien selbst, am Verhandlungsort Havanna und in New York, dem Sitz der UN, die dafür verantwortlich ist, dass das Abkommen auch umgesetzt und evaluiert wird.

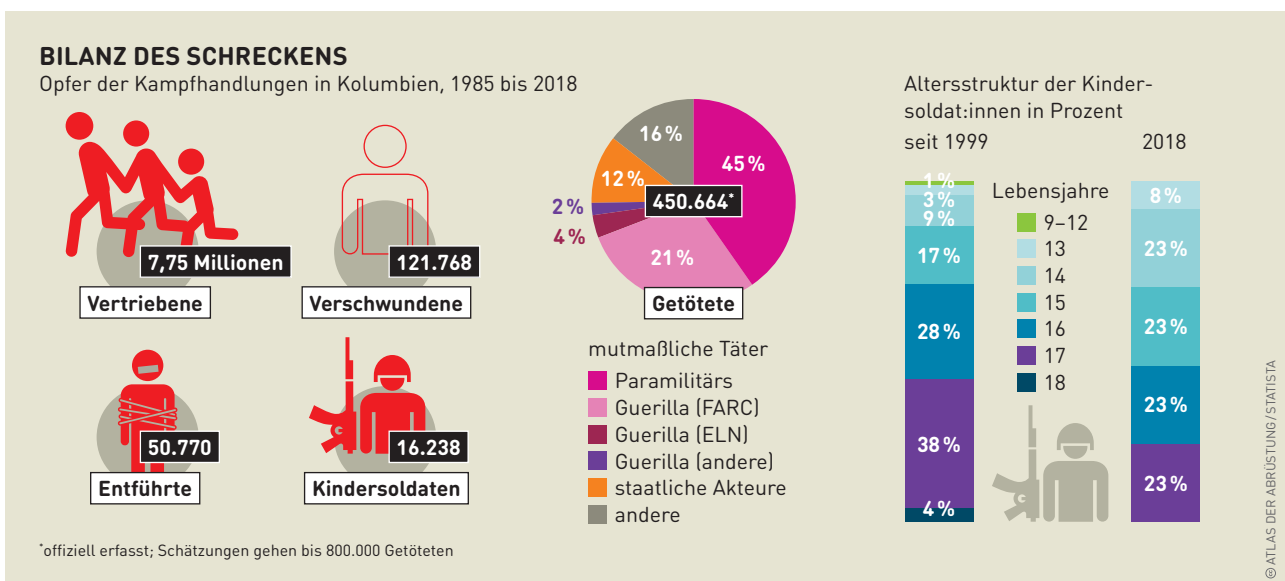
Der Friedensvertrag beendete nach gut einem halben Jahrhundert einen der längsten bewaffneten Konflikte der Welt. Die Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC hatten am 4. September 2012 unter der Schirmherrschaft von Kuba und Norwegen begonnen. Das Abkommen beinhaltet mehrere Punkte: Neben dem Waffenstillstand sollen ehemalige Kämpfer:innen

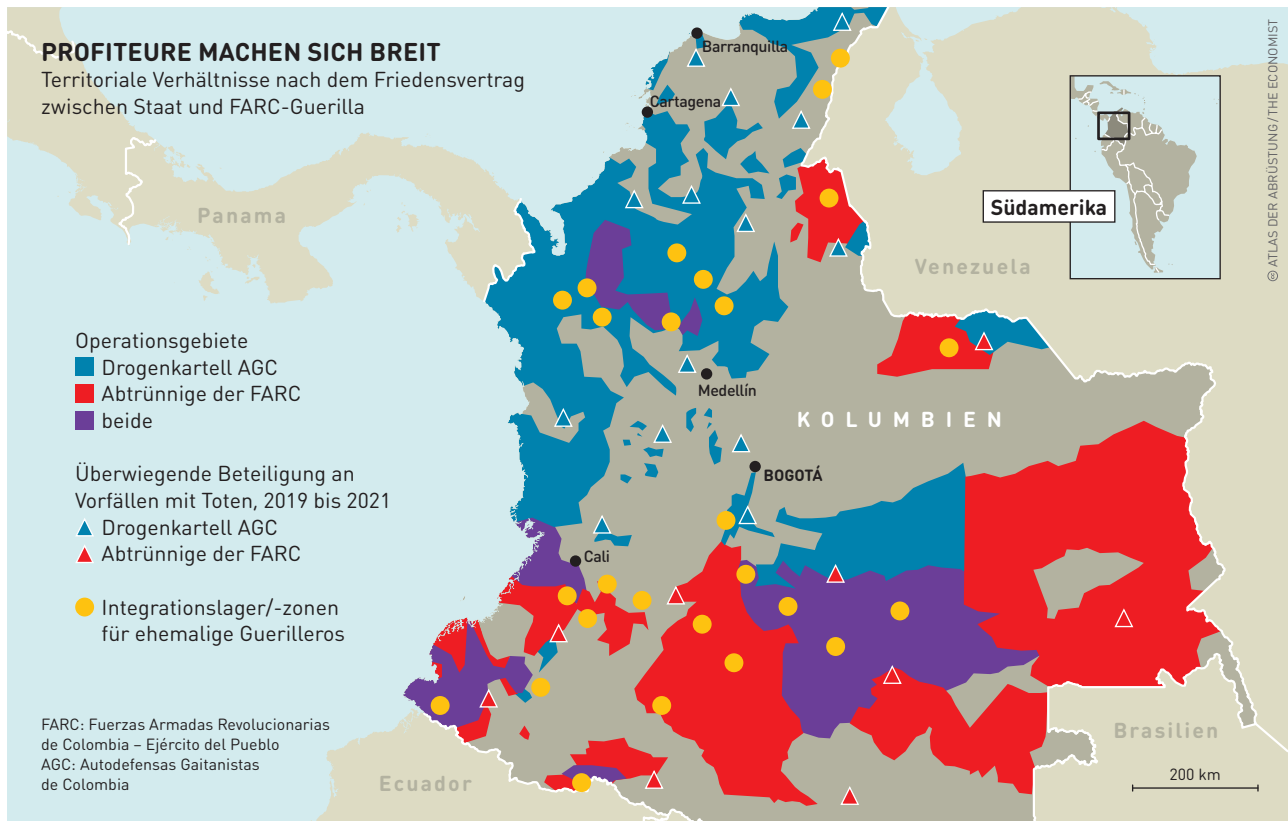
entwaffnet, wiedereingegliedert und in den vom Konflikt betroffenen Regionen – ebenso wie die Bevölkerung – politisch beteiligt werden. Eine Wahrheitskommission und eine Sondergerichtsbarkeit für den Frieden sind einzurichten und Opfer sind umfassend zu entschädigen. Mechanismen zur Annahme des Abkommens sowie Verfahren zu seiner Überwachung und Kontrolle sollen Frieden und Versöhnung sichern und eine Rückkehr zur Gewalt verhindern.

In dem „Endgültigen Abkommen zur Beendigung des Konflikts“ sind auch tiefgreifende Reformen des wirtschaftlichen und politischen Systems des Landes vorgesehen, um die strukturellen Ursachen des Konflikts zu beseitigen. Dabei geht es vor allem um die starken sozialen Ungleichheiten, die Konzentration des Landbesitzes und den elitären Charakter des kolumbianischen demokratischen Systems. Nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet war, schufen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und internationale Organisationen Mechanismen, um die Fortschritte bei seiner Umsetzung zu überwachen. Zudem erarbeiteten sie Empfehlungen für die kolumbianische Regierung, wie sie die sich aus dem Vertrag ergebenden Ziele erfüllen und den Verpflichtungen nachkommen kann.

Eines der Ziele ist, historisch marginalisierte Regionen und soziale Gruppen politisch zu integrieren. De-

Rund zehn Millionen Kolumbianer:innen waren Opfer der Kämpfe zwischen Guerilleros, Paramilitärs und Staat. Und die Kindersoldat:innen wurden immer jünger





mokratische Räume und Mechanismen zur Teilhabe sollen helfen, die politische Ausgrenzung und die daraus resultierende Gewaltanwendung zu überwinden. Doch allen Fortschritten zum Trotz sind Morde an Sozial- und Menschenrechtsaktivist:innen nach wie vor an der Tagesordnung. Seit Unterzeichnung des Vertrages wurden nach UN-Angaben 342 ehemalige Kämpfer:innen getötet und allein 2023 sind Morde an 188 Aktivist:innen und 44 Unterzeichner:innen des Friedensvertrags dokumentiert. Diese Verstöße stellen eine große Herausforderung für die Regierung dar. Denn die mangelnde Gewährleistung von Sicherheit und Integration ehemaliger Kämpfer:innen haben frühere Friedensbemühungen allzu oft scheitern lassen.

Das Abkommen sah zudem vor, 23 „ländliche Übergangszonen für die Normalisierung“ und acht Lager für ehemalige FARC-Kämpfer:innen einzurichten, die dort ihre Waffen abgaben. 2017 wurden aus den Übergangszonen „territoriale Ausbildungs- und Wiedereingliederungszentren“ unter Verwaltung der Agentur für Wiedereingliederung und Normalisierung. Sie sollten den ehemaligen Kämpfer:innen den Weg zurück in das zivile Leben erleichtern.

Das Arsenal an Gewehren, Maschinengewehren, Granatwerfern, Handgranaten, Flugabwehrraketen und Sprengstoff wurde der UN-Mission übergeben. Dies geschah in drei Etappen: Die Guerilla lieferte 120 Tage nach Unterzeichnung des „Endgültigen Abkommens“ 30 Prozent des Bestands ab, 30 Tage später weitere 30 Prozent und die letzten 40 Prozent nach noch einmal 30 Tagen,

Vielerorts füllen ein Drogenkartell und Abtrünnige der Guerilla das Machtvakuum, das die Demobilisierung der FARC hinterlassen hat

also insgesamt 180 Tage nach Abschluss des Friedensvertrags. Nach einer genauen Bestandsaufnahme wurden die Waffen abtransportiert, um daraus die drei Denkmäler zu schaffen. Die FARC verpflichtete sich außerdem, den UN auch noch die Standorte von mehr als 900 Waffen-, Munitions- und Sprengstofflagern zu nennen, damit sie geborgen und zerstört werden können.

Ein wesentlicher Punkt des Abkommens ist die Entschädigung der Opfer. Dazu gehören auch die Sondergerichte für den Frieden, die Gesetze über die Anerkennung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, Landrückgaben und Wiedergutmachung. Dies soll garantieren, dass die Kampfhandlungen nicht wieder aufgenommen werden. Die Umsetzung des Abkommens in den bald acht Jahren seit seiner Unterzeichnung zeigt, dass sein rechtlicher Rahmen tragfähig und der Staat in der Lage ist, den Vereinbarungen gemäße Institutionen zu schaffen.

Nach wie vor jedoch stellt die Einhaltung grundlegender Aspekte des Friedensvertrags eine große Herausforderung dar. Dazu gehören die demokratische Öffnung des Landes, Garantien für die politische Teilhabe ehemaliger Kämpfer:innen, sozialer Bewegungen und Menschenrechtsaktivist:innen sowie eine Landreform. Da die extrem ungleiche Landverteilung eine der Hauptursachen für den Beginn und für die lange Dauer des bewaffneten Konfliktes war, ist die Landreform von besonderer Bedeutung. —

UNFAIRE LÖSUNGEN

Nach der militärischen Niederlage der islamistischen Boko Haram steht die Versöhnung in der Kritik: Die Täter würden besser behandelt als ihre zivilen Opfer.

Die islamistische Rebellen­gruppe Boko Haram verkündete 2009 ihr Ziel, in den Bundesstaaten Adamawa, Borno und Yobe im Nordosten Nigerias eine Provinz des Islamischen Staates zu bilden. Zahlreiche Selbstmordattentate wurden verübt, Hunderte von Schulmädchen gekidnappt, Bürger:innen gegen Lösegeld entführt und Lehrer:innen ermordet. Angesichts dieser und weiterer Guerillaaktionen rief die nigerianische Regierung 2013 den Ausnahmezustand aus und entsandte Polizei und Militär in die betroffene Region.

Der Konflikt breitete sich bald auch in Nachbarländer wie Tschad, Kamerun und Niger aus. Besonders die Region um den Tschadsee wurde durch die Aktivitäten von Boko Haram destabilisiert. Mehr als vier Millionen Menschen flohen oder wurden vertrieben. Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Bildung und Gesundheitsversorgung gestaltete sich immer schwieriger.

Ab 2016 spaltete sich Boko Haram in mehrere Fraktionen auf, darunter die politisch gefestigte und militärisch starke „Islamischer Staat der Westafrikanischen Provinz“ (ISWAP). In dieser Situation legte die nigerianische Regie-

rung ein Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung auf, um einen nachhaltigen Frieden im Nordosten Nigerias zu schaffen. Es zielte zunächst darauf ab, die Zahl der Kämpfer und deren Waffenarsenale zu verringern. Militärisch geschwächt konnten die Aufständischen tatsächlich immer weniger Gebiete unter ihrer Kontrolle halten, Waffenlieferanten und Bombenbauer wurden ausgeschaltet oder verhaftet. Die – auch staatlicherseits brutalen – militärischen Einsätze haben einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Aufstandes geleistet.

Nicht unterschätzt werden sollte jedoch ein weiterer wichtiger Akteur, nämlich die Zivilbevölkerung im Nordosten des Landes. Viele Bewohner:innen der vom Konflikt betroffenen Regionen leben in Lagern für Binnenvertriebene. Manche der Jüngeren haben sich zu einer zivilen Einsatzgruppe (Civilian Joint Task Force, CJTF) zusammengeschlossen. Zudem bemühen sich regionale und internationale Akteure wie die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen und die Nachbarstaaten darum, die Krise mit diplomatischen Mitteln, humanitärer Hilfe und sicherheitspolitischen Maßnahmen zu bewältigen.

Im Rahmen des Programms der nigerianischen Regierung wurden Boko-Haram-Kämpfer, die sich ergeben hatten, ins Lager für Deradikalisierung, Rehabilitation und Reintegration (DRR) im Bundesstaat Gombe geschickt. Dieses war ein wichtiges Element der Operation „Sicherer Korridor“, um die Kampfkraft der Terrorgruppe zu schwächen. Im Rahmen dieses 2016 ins Leben gerufenen Programms sollten reuige Terroristen ein sechsmonatiges physisches, psychologisches und Rehabilitationsprogramm durchlaufen, um sie auf die Wiedereingliederung in ihre Gemeinden vorzubereiten. Die Männer erhielten eine Schul- und Berufsausbildung, hinzu kamen psychologische Unterstützung, Sporttherapie und psychosoziale Rehabilitation. Fast 2.200 Ex-Terroristen haben das DRR-Programm abgeschlossen, fast 160.000 Kämpfer und ihre Familien befinden sich noch in Rehabilitationslagern. Während die Opfer der Gewalttaten keine Entschädigung von der Regierung erhalten haben, konnten einige der ehemaligen Terroristen ein eigenes Geschäft eröffnen und erhielten dafür Zuschüsse.

Ergänzt wurde dies durch ein Programm unter der Bezeichnung „Sulhu“ – das Wort in der Sprache des Hausa-Volkes für Versöhnung. Das nigerianische Militär und

Finanztransfers gelingen über Firmenkonten, von denen über Geldautomaten regionaler Banken auch in kleinen Orten die benötigten Beträge abgehoben werden

VERZWEIGTE GESCHÄFTE FÜR DEN TERROR

Finanzierung und Herkunft der Waffen von Boko Haram

Finanzen

- um 2002 angeblich 3 Millionen Dollar Erstfinanzierung von Osama Bin Laden für Gruppierungen in Nigeria
- Spenden religiöser Sympathisanten im Inland
- Spenden aus dem Ausland („Hilfsorganisationen“)
- „Steuer“-Einnahmen in besetzten Gebieten
- Abgaben auf den Fischhandel am Tschadsee
- Betteln durch Kinder, Kranke und Alte
- Erpressung Wohlhabender durch Drohungen
- Lösegeld bei Entführungen
- Schutzgeld gegen Repressionen
- Überfälle auf Banken und Läden
- Waffenhandel mit Nachbarländern
- internationaler Drogenschmuggel über Nigeria
- grenzüberschreitende Geldwäsche
- ähnliche Aktivitäten in Kamerun



Waffen

- aus dem transnationalen Waffenhandel
- aus dem regionalen Waffenhandel
- von regulären Kräften erbeutet
- von regulären Kräften gekauft
- von regulären Kräften gespendet

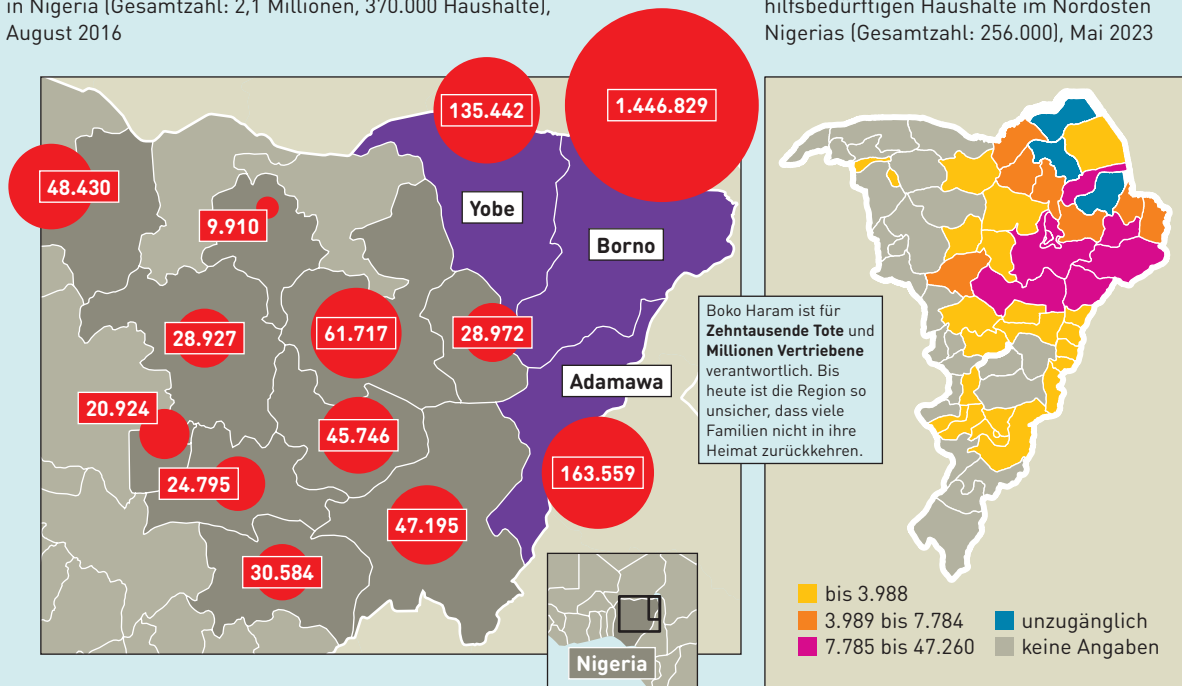


© ATLAS DER ABRÜSTUNG / I.S.E. / FATF

LEBEN IN LAGERN

Von Boko Haram vertriebene Personen, nach Bundesstaaten in Nigeria (Gesamtzahl: 2,1 Millionen, 370.000 Haushalte), August 2016

Zahl der noch immer vertriebenen und hilfsbedürftigen Haushalte im Nordosten Nigerias (Gesamtzahl: 256.000), Mai 2023



der Inlandsgeheimdienst verlegten ehemalige Boko-Haram-Befehlshaber, die das Programm in Gombe durchlaufen hatten, an Orte, wo niemand sie kannte, um sie dort in Unternehmen zu integrieren. An Sulhu wurde jedoch Kritik laut, weil dadurch Terroristen in Vertriebenenlagern neue Mitglieder rekrutieren könnten. Der Gouverneur des Bundesstaates Borno, Babagana Zulum, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Lager keine wirtschaftliche und soziale Entwicklung zuließen und sich in Slums verwandelten, in denen Prostitution, Drogenmissbrauch und Gewalt weit verbreitet seien. Die Schließung der großen Lager hat Berichten zufolge zur Umsiedlung von rund 200.000 Menschen in ländliche Gemeinden geführt.

Das Wiedereingliederungsprogramm wurde ebenfalls kritisiert, weil es sich um die Täter kümmerte, während die Terroropfer das Nachsehen hatten. Infolgedessen fühlen sich ehemalige Boko-Haram-Mitglieder nicht sicher, wenn sie nach der Rehabilitierung in ihre Heimatorte zurückkehren. Sie ziehen es vor, in der Anonymität von Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno, zu bleiben. Manche gehen auch wieder in den Busch und schließen sich Terrorgruppen an, die wieder aktiver geworden sind.

Auch wenn das Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm in Nigeria durchaus vernünftig konzipiert war, konnte es seine Aufgabe nicht

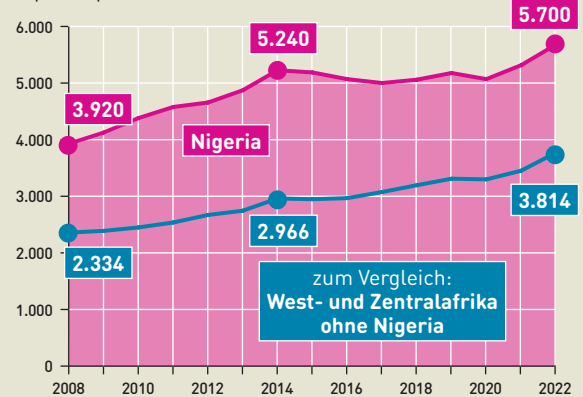
Der Ölpreisverfall trieb die größte Volkswirtschaft Afrikas in eine Rezession. Jetzt wächst Nigerias Wirtschaft um rund 3 Prozent im Jahr, die Bevölkerung jedoch um 2,4 Prozent

Nach der Zerschlagung der Boko-Haram-Führung sind die Überfälle, Morde und Entführungen dezentral geworden. Einige Gebiete sind für Hilfe unzugänglich

erfüllen. Schuld waren Probleme bei der Umsetzung, der Transparenz, der Einbeziehung der Zivilgesellschaft, bei den Kriterien für die Aufnahme von Kämpfern ins Programm; auch der Wunsch nach Vergeltung wurde nicht berücksichtigt. Nötig wäre daher ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz. Insbesondere muss die Frage der Gerechtigkeit für die Opfer des Boko-Haram-Terrorismus gelöst werden, um Gerechtigkeit und Fairness für alle zu erreichen. —

DIE KRISE DES LETZTEN JAHRZEHNTS

Inländische Wirtschaftsleistung Nigerias pro Kopf nach Kaufkraft, in US-Dollar



POSITIVER FRIEDEN

Gewaltvolle Konflikte haben auch indirekte und strukturelle Ursachen, zum Beispiel Armut, Hunger, politische Diskriminierung oder soziale Ungleichheit. Der Begriff „positiver Frieden“, vom norwegischen Friedensforscher Johan Galtung entwickelt, zielt darauf ab, auch diese Aspekte der Gewalt präventiv und nachhaltig zu beseitigen.

Wenn Sicherheit zunehmend als militärische Sicherheit neu definiert wird und militärische Konfrontation und Krieg wieder als Mittel der Konfliktlösung gelten, mag es idealistisch, ja naiv klingen, von „positivem Frieden“ zu sprechen. Doch die bisherigen Bemühungen um eine Lösung der vielfältigen sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Probleme der Gegenwart sind wenig erfolgreich. Deshalb ist es notwendig, friedenspolitische Ansätze wie die von Johan Galtung neu zu überdenken und weiterzuentwickeln. Nach Ansicht des norwegischen Mathematikers und Mitbegründers der Friedens- und Konfliktforschung erfordert die Bewältigung von Krisen wie der heutigen die Fähigkeit, Konflikten mit Empathie, Gewaltlosigkeit und Kreativität beziehungsweise unkonventionellem Denken zu begegnen. Denn Gewalt entsteht oft aus der falschen Art des Umgangs mit Konflikten.

Ausgangspunkt von Galtungs Überlegungen war der Begriff des „positiven Friedens“. Er unterscheidet „negativen Frieden“ als die Abwesenheit physischer Gewalt und „positiven Frieden“ als gerechten und in jeder Hinsicht

wünschenswerten Zustand. Während „negativer Frieden“ einem Zustand des „Nicht-Krieges“ entspricht, wird „positiver Frieden“ als dynamischer Prozess verstanden, der gerechtere sozioökonomische und politische Verhältnisse schafft, die Beziehungen zwischen den Akteuren neu gestaltet und damit Gewaltausbrüchen zuvorkommt.

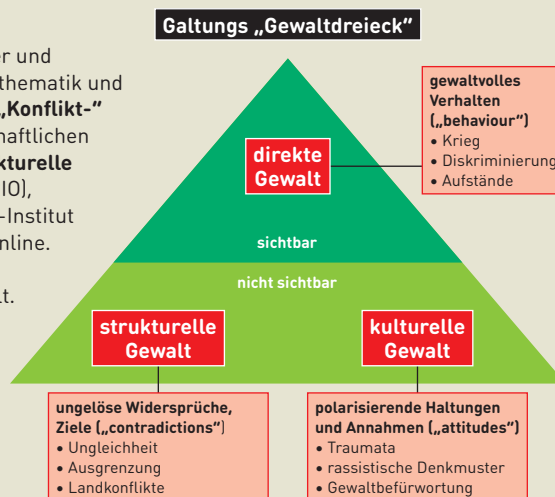
Diese Unterscheidung weitet den Gewaltbegriff auf alle negativen Folgen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen aus. Galtung hat mit systemischen Faktoren gearbeitet und seiner Definition des Gewaltbegriffs die Diskrepanz zwischen dem Gegebenen und dem Möglichen zugrunde gelegt. Nach seiner Definition ist „strukturelle Gewalt“ in das politische System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen. Dementsprechend ist sie unabhängig vom Handeln der sozialen Akteure. Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus und Sexismus, ungleiche Bildungsbedingungen, ökologische Zerstörung, enormer Reichtum und bittere Armut sind für Galtung Beispiele „struktureller Gewalt“, sofern diese Ungleichheiten oder Defizite auch vermeidbar sind oder beseitigt werden können.

Er hat die verschiedenen Komponenten und Ebenen eines Konflikts im sogenannten „ABC-Konflikt-dreieck“ visualisiert. Danach sind Konflikte zusammengesetzt aus den Komponenten Einstellungen (attitudes), Verhalten (behaviour) und Widerspruch (contradiction). Die Wurzel

Friedens- und Konfliktforschung jenseits von Militär- und Geopolitik gibt es erst seit den 1950er-Jahren – dank John Galtung

LEBEN UND WERK EINES FRIEDENSFORSCHERS

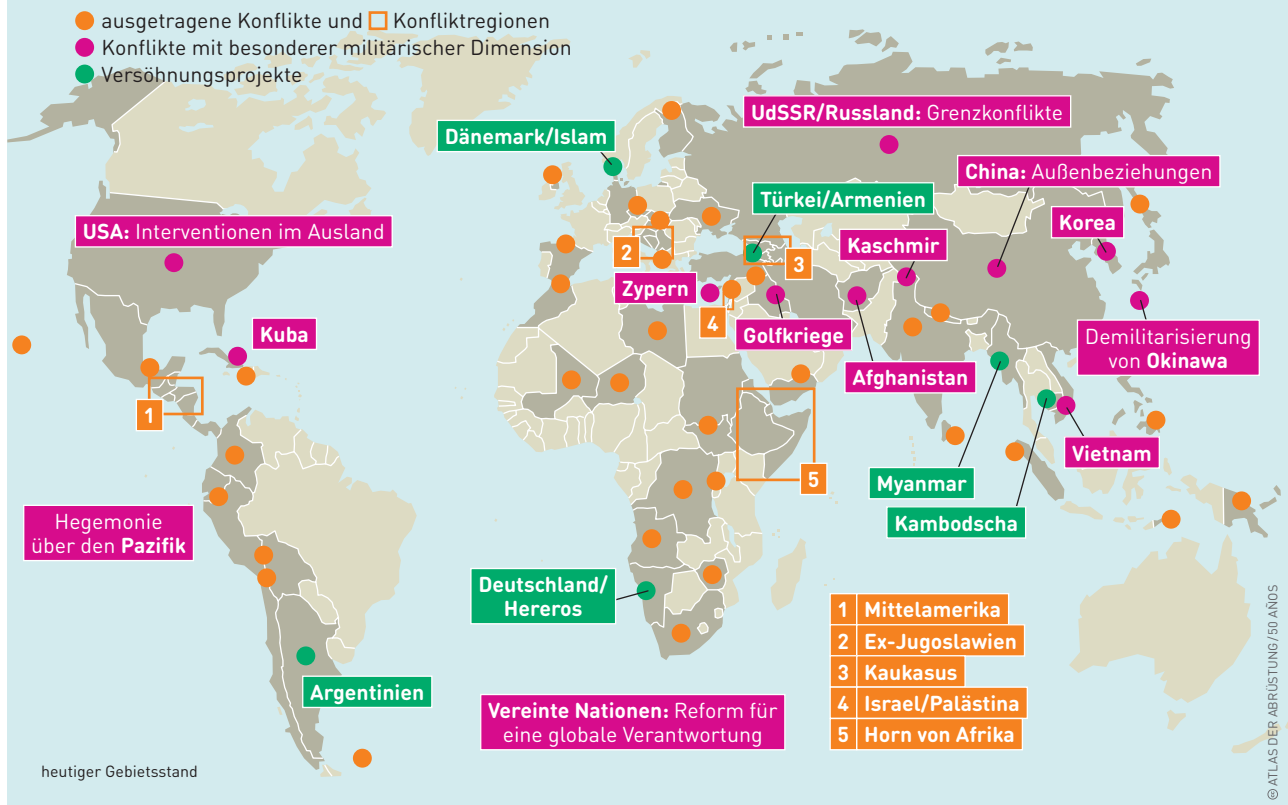
Der Norweger **Johan Galtung** (1930–2024) gilt als Gründungsvater und Vordenker der **Friedens- und Konfliktforschung**. Er studierte Mathematik und Soziologie. Galtungs neu entwickelte Konflikttheorie mit seinem „**Konflikt-ABC**“ oder „**Gewaltdreieck**“ berücksichtigt Faktoren auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Galtung prägte auch die Begriffe „**kulturelle**“ und „**strukturelle Gewalt**“. 1959 gründete er das Peace Research Institute Oslo (PRIO), 1992 die Transcend Peace University (TPU) und 2011 das Galtung-Institut für Friedenstheorie und -praxis (GI); TPU und GI arbeiten heute online. Galtung hat rund 160 Bücher und 1.700 wissenschaftliche Artikel veröffentlicht und in einer großen Anzahl von Konflikten vermittelt. 1987 erhielt er den als „**Alternativen Nobelpreis**“ bekannten Right Livelihood Award. Galtung ist ein scharfer Kritiker der **US-Politik** und der **UN-Strukturen**. 2012 führten Äußerungen u. a. über den angeblichen Einfluß von Juden in Medien und an Universitäten zum Vorwurf, **antisemitisch** zu argumentieren. Galtung hielt dies für verleumderisch und erinnerte an seine Forschungen über Vorurteile, Rassismus und Antisemitismus.



© ATLAS DER ABRÜSTUNG / SERVICESTELLE FRIEDENSEMBILDUNG

50 JAHRE FRIEDENSBEMÜHUNGEN

Galtung Mediationen, Beratungen und Workshops in nationalen und internationalen Konflikten, 1958 bis 2008, Auswahl



des Konflikts ist der Widerspruch zwischen unvereinbaren Zielen. Das ABC-Konfliktdreieck kann verwendet werden, um tief verwurzelte Einstellungen, Verhaltensweisen und Widersprüche zu identifizieren. Diese kontrollieren oder beeinflussen die Oberfläche: das, was Menschen als ihre Gedanken oder Gefühle äußern, ihr beobachtbares Verhalten und ihre verschiedenen Ziele. „Tief“ bedeutet hier das Unbewusste, das unter der Oberfläche verborgen ist. Galtung spricht daher von Tiefenkultur.

Für den Frieden zu arbeiten heißt laut Galtung, gegen Gewalt zu arbeiten – durch die Analyse ihrer Formen und Ursachen, durch Prognose als Grundlage von Prävention und schließlich durch präventives und kuratives Handeln. Konflikte haben für ihn dabei Lebenszyklen, sie durchlaufen Phasen, in denen jeweils interveniert werden kann. Phase I ist für ihn – vor dem Ausbruch gewalttätiger Handlungen – die Phase der Konflikttransformation und der Friedenskonsolidierung (peacebuilding). Phase II ist während gewalttätiger Handlungen die Phase, in der friedenserhaltende Maßnahmen (peacekeeping) und die Schaffung von Friedenszonen beginnen. Phase III beginnt nach Beendigung der Gewalt und ist der Abschnitt, in der Versöhnung und Wiederaufbau der Infrastruktur und der Gesellschaften einsetzen.

Nach Galtung ist eine gründliche Diagnose und damit eine Visualisierung aller Konfliktkomponenten entscheidend für die Transformation von Konflikten. Nur dann ist

Unmöglich, eine Erfolgsbilanz für Friedensbemühungen aufzustellen. Sie sind nicht nachhaltig, wenn die Konfliktsachen bleiben

es möglich, eine von allen Konfliktparteien gemeinsam verfolgte Therapie zu definieren und zu bestimmen, wie eine mögliche Transformation des oder der bestehenden Konflikte erreicht werden kann. Im Rahmen seines umfassenden Konzepts der Konflikt-, Krisen- und Friedensforschung hat Galtung eine spezielle Vorgehensweise bei der Konflikttransformation entwickelt, die sogenannte „Transcend-Methode“.

Deren wichtigstes Element ist der Dialog zwischen den Konfliktparteien. Auf der Grundlage eines Kommunikationsprozesses können der ursprüngliche Konflikt oder die ursprünglichen Konflikte dann im Idealfall in gemeinsam tragfähige, zukunftsorientierte Lösungen umgewandelt werden, sofern die Konfliktparteien dazu tatsächlich bereit sind. Eine „transzendente“ Konfliktlösung, die über die Existenz der eigentlichen Konfliktkomponenten hinausgeht, ermöglicht eine transformierte „Darüber-hinaus-Haltung“, in der die Konfliktparteien ein „transzendentes“ zukünftiges Miteinander schaffen. Genau dies scheint angesichts der derzeitigen Probleme dringend erforderlich. Die Tatsache, dass sich Konfliktparteien dem verweigern, ist eine Bestätigung, nicht eine Widerlegung dieser Notwendigkeit. —

GEDULDIGES WERKEN

Friedensvereinbarungen, die auf Vermittlung beruhen, werden oftmals unspektakulär vor- und nachbereitet. Je stärker daran Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt sind, umso geringer ist die Gefahr, dass Nachfolgekriege und -kriege ausbrechen.

Zivile Konfliktbearbeitung ist ein Sammelbegriff, der vielerlei Ansätze und Methoden umfasst. Grundsätzlich geht es darum, Konflikte ohne Gewaltanwendung zu bewältigen. Als legitim erachtete Interessen der Konfliktparteien sollen dabei berücksichtigt werden, um zu einer nachhaltigen, friedlichen und gerechten Koexistenz zu führen. Zivile Konfliktbearbeitung kann dabei auch als eine kostengünstige Alternative zu Rüstung und Militäreinsatz betrachtet werden, eine, die auch Schäden minimiert. Wird ein Konflikt mit Waffengewalt beendet, bricht er in aller Regel später wieder aus, oft unter weit destruktiveren Vorzeichen. Dazu kommen die negativen Folgen von Kriegen und militärischen Interventionen, die mit massiven Menschenrechtsverletzungen einhergehen.

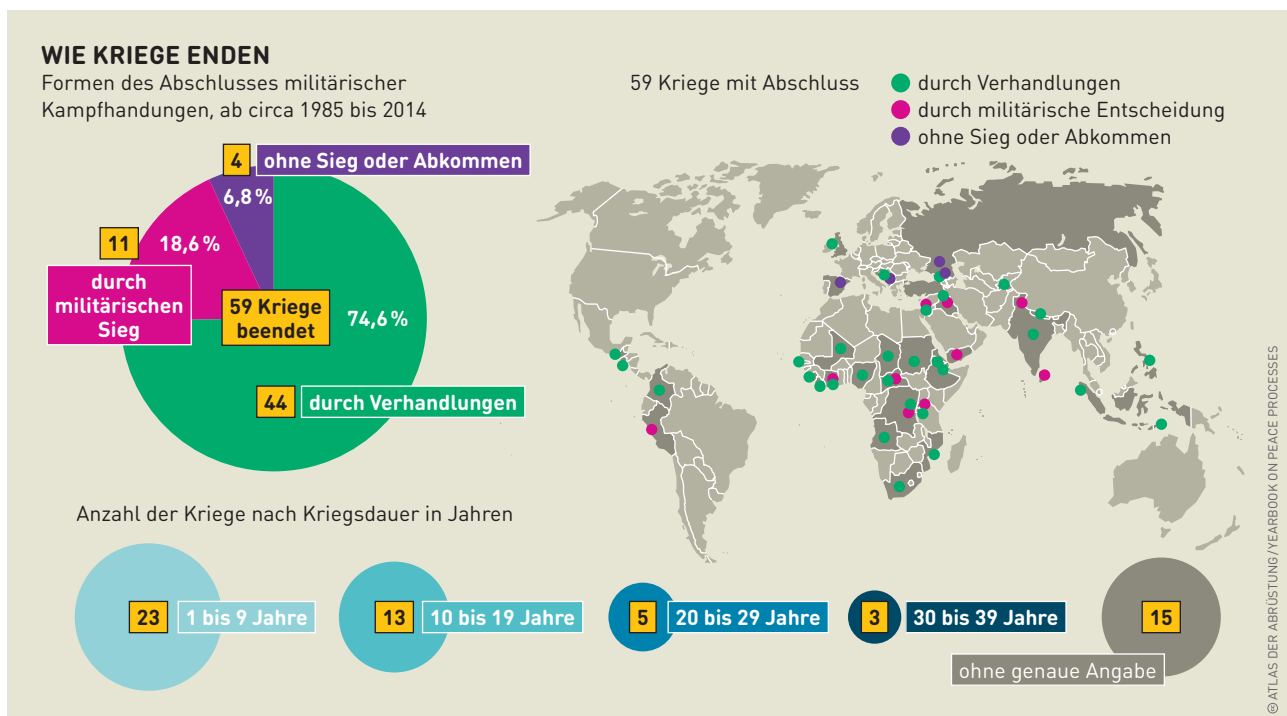
Die zivile Konfliktbearbeitung ist in zwei Bereichen angesiedelt: Einerseits stellt sie eine Forderung an die Staatenwelt und die Praxis von Politiker:innen dar. Andererseits ist sie ein wachsendes Arbeitsfeld für die Zivil-

gesellschaft in fast allen Ländern der Welt. Dabei ist die beste Konfliktbearbeitung die Prävention von gewaltsamen Konflikten, das heißt der Versuch, Konflikte durch einen Dialog, durch Konfliktmediation oder Maßnahmen wie die Einführung von Minderheiten- oder Autonomie-rechten in eine konstruktive Richtung zu lenken.

Ein gelungenes Beispiel hierfür sind die Ålandinseln in der Ostsee. Historisch gesehen sind sie ein Teil Finnlands, werden aber von einer schwedischsprachigen Bevölkerung bewohnt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sie auch von Schweden beansprucht. Der Völkerbund löste 1920 den Konflikt, indem die Inseln demilitarisiert wurden und die Bewohner:innen weitgehende Autonomie erhielten. Regelungen zur Autonomie haben auch zur Befriedung vieler anderer Konflikte beigetragen. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die bis zur Jahrtausendwende zu Abrüstung und Entspannung beitrug, ist ein anderes Beispiel für gelungene Präventionsarbeit auf internationaler Ebene.

Die Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung spielten auch bei Abrüstungsinitiativen eine Rolle, die Nichtregierungsorganisationen angestoßen haben. Zu nennen ist

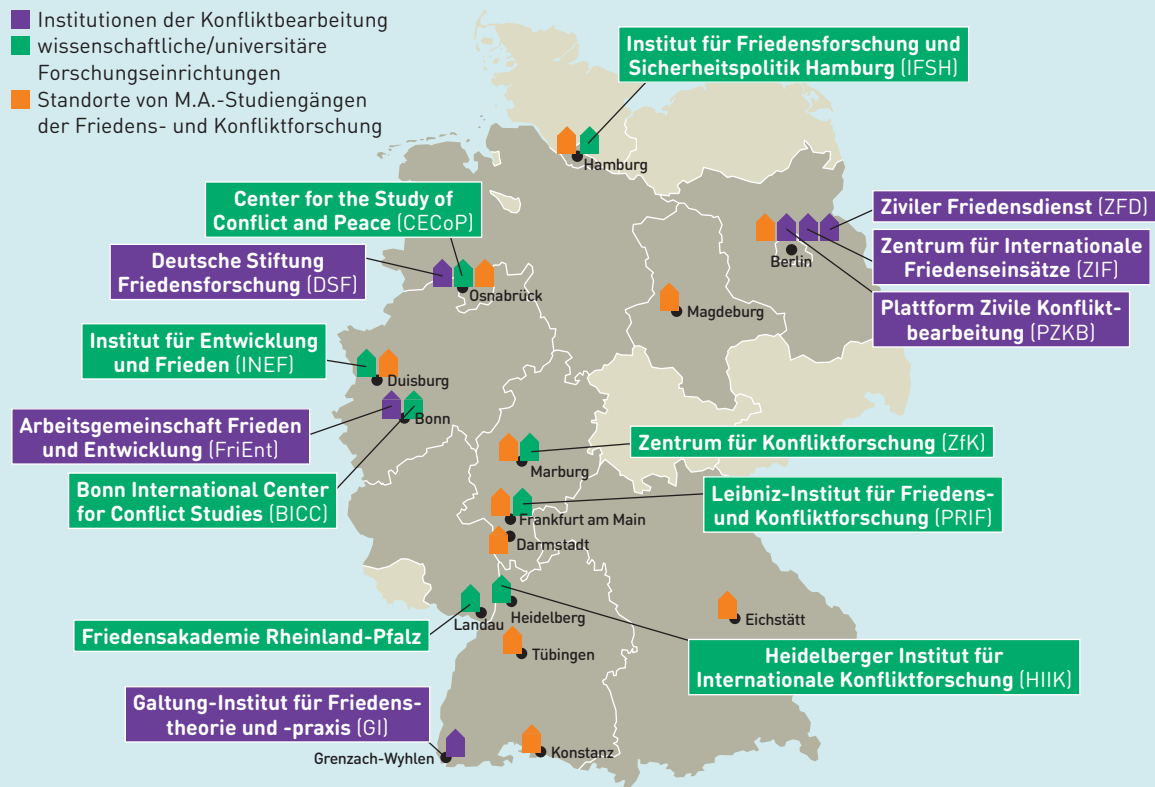
Rund 20 Prozent der untersuchten Kriege endeten mit einem militärischen Sieg, etwa drei Viertel mit einem Friedensabkommen



INSTITUTIONEN DER KONFLIKTBEARBEITUNG UND -FORSCHUNG IN DEUTSCHLAND

Dachverbände und Zusammenschlüsse, wissenschaftliche Einrichtungen und Studiengänge, Auswahl

- Institutionen der Konfliktbearbeitung
- wissenschaftliche/universitäre Forschungseinrichtungen
- Standorte von M.A.-Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung



© ATLAS DER ABRÜSTUNG/AFK, WIKIPEDIA

hier das Verbot von Landminen (ab 1999) oder das von Streubomben (ab 2010). Doch auch wenn ein Konflikt eskaliert, gibt es Instrumente, ihn gewaltlos zu bearbeiten. Zum einen muss dafür eine Übereinkunft zwischen den bewaffneten Akteuren erreicht werden – die Friedensschaffung. Die meisten Kriege enden durch Verhandlungen. Oft sind internationale Vermittler:innen beteiligt, die die Konfliktparteien zusammenbringen und Vorschläge für Einigungen machen. Auch Schiedsgerichte wie der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag sind ein Instrument, das bei Konflikten zwischen Staaten zum Einsatz kommt.

Die meisten Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung finden sich aber nicht im Feld der Friedensschaffung, sondern dort, wo es darum geht, die Ursachen wie die Folgen des gewaltsamen Konfliktes zu bearbeiten – das „Peacebuilding“, manchmal als „Friedenskonsolidierung“ ins Deutsche übersetzt. Dazu gehören Abrüstungs- und Rüstungskontrollaktivitäten aller Art, Demobilisierung und Reintegration von Kombattant:innen sowie die Aufarbeitung des geschehenen Unrechts und Versöhnungsarbeit. Hinzu kommen der Aufbau oder die Wiederherstellung eines funktionierenden Staates mit Justiz und Exekutivorganen, eines Bildungssystems und unabhängiger Medien. Eine wichtige Rolle spielen auch Traumaheilung und Sozialarbeit mit dem Ziel, ethnische

Zivile Konfliktbearbeitung wird von Nichtregierungsorganisationen betrieben und koordiniert. Viele gemeinsame Einrichtungen sitzen in Berlin und Bonn

oder religiöse Trennungslinien zu überwinden, und manches mehr.

Ein weiteres Feld der zivilen Konfliktbearbeitung ist die Aufgabe, Gewalt einzudämmen oder zu verhindern und Sicherheit wiederherzustellen (Peacekeeping, deutsch: Friedenssicherung). Dabei ist das zivile Peacekeeping eine Praxis, die Nichtregierungsorganisationen in aller Welt anwenden. Unbewaffnete Zivilist:innen vor Ort begleiten Bedrohte, vermitteln dort zwischen bewaffneten Akteur:innen, oder regen einen Dialog und den Aufbau lokaler Frühwarnsysteme an. Solche Konzepte fanden auch Eingang in die deutsche Politik: Neue Instrumente und Institutionen wie der Zivile Friedensdienst (seit 1996), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF, seit 2000), die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt, seit 2001) und das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF, seit 2002) gehören dazu. Insbesondere seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 hat das Interesse der Politik an ihnen allerdings stark abgenommen. Das ist umso bedauerlicher, als Prävention und zivile Mittel durchweg wesentlich menschenfreundlicher und kostengünstiger sind als Aufrüstung und Militäreinsätze. —

STÖRENFRIEDE

Die vielleicht erfolgreichste Abrüstungsorganisation Europas kommt aus der Schweiz. Die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ schafft es seit über vierzig Jahren friedenspolitische Debatten zu lancieren.

Am Ende ging die Abstimmung deutlich verloren. Am 26. November 1989 sagten 64,4 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten „Nein“ zu einer Volksinitiative, welche die Armee abschaffen wollte. Die Revolution, welche die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ (GSoA) an der Urne herbeiführen wollte, blieb zwar aus. Dennoch führte das Abstimmungsresultat zu grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen bezüglich der Rolle der Schweizer Armee.

Zunächst einmal war die Tatsache, dass sich über ein Drittel der Abstimmenden, mehr als eine Million Menschen, für die GSoA-Initiative aussprachen, ein Schock für den rechtskonservativen Machtblock. Der Bundesrat, die Landesregierung der Schweiz, hatte im Vorfeld verlauten lassen, die Schweiz habe keine Armee, sie sei eine Armee. Das Ergebnis vom November, dem ein außergewöhnlich emotional geführter Abstimmungskampf vorausgegangen war, zeigte deutlich auf, dass insbesondere junge Menschen die Armee nicht mehr als sinngebendes Leitbild verstanden, sondern eher als notwendiges Übel.

Und sie leitete eine ganze Reihe von Reformen ein. Schon im Folgejahr setzte die Politik die Friedensförderung als neue Armeeaufgabe fest und stellte zunehmend inländische Assistenzdienste bei Katastrophenfällen in den Vordergrund. Auch die Personalstärke ging sehr

rasch stark zurück: Gab es 1990 noch 810.000 Armeeangehörige, waren es 1995 nur noch 426.000. Heute liegt die Anzahl bei 150.000. Zwischen 1968 und 1996 sind in der Schweiz etwa 12.000 junge Männer wegen Militärdienstverweigerung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Diese Repression nahm nach 1989 spürbar ab, und seit 1996 besteht endlich die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten. Schließlich ist eine Offizierslaufbahn schon lange keine Bedingung mehr für eine berufliche Karriere, wie das vor 1989 noch häufig der Fall war.

Die Abschaffungsinitiative der GSoA hat die Schweiz durchaus geprägt. Für die Schweizer Sicherheitspolitik und die Verfasstheit der Armee war allerdings der Zerfall der Sowjetunion das weitaus einschneidendere Ereignis. Dazu gehören auch die damit einhergehenden grundsätzlichen Veränderungen der militärischen und geostrategischen Rahmenbedingungen in Europa.

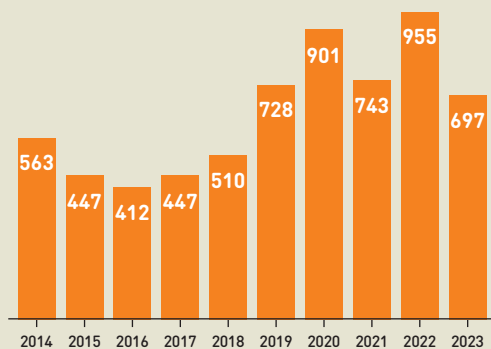
Was die basisdemokratisch organisierte und spendenfinanzierte GSoA auszeichnet, ist ihre Beständigkeit. Die Mitgliederzahl liegt seit Jahren stabil bei etwa 20.000. In den über vier Jahrzehnten ihres Bestehens hat die GSoA sieben Volksinitiativen (eigene Vorstöße, dafür sind 100.000 gesammelte Unterschriften von Bürger:innen nötig) und zwei Referenden (über Gesetze, 50.000 Unterschriften) zur Abstimmung gebracht.

Diese beiden direktdemokratischen Instrumente – eine Schweizer Besonderheit – nutzt die armeekritische

Der Rüstungsexport der Schweiz schwankt abhängig von Einzelaufträgen und entsprechenden Genehmigungen stark. Rund 85 Prozent gehen in Nato-Länder

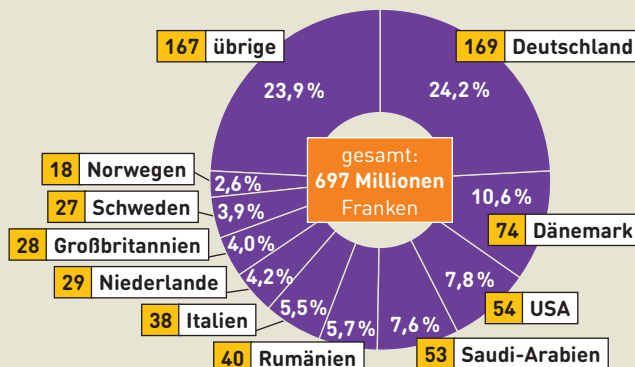
EIN NEUTRALES LAND LIEFERT IN DIE WELT

Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz, in Millionen Schweizer Franken*



*Ein Schweizer Franken entspricht 1,04 Euro. (Stand: 15. März 2024)

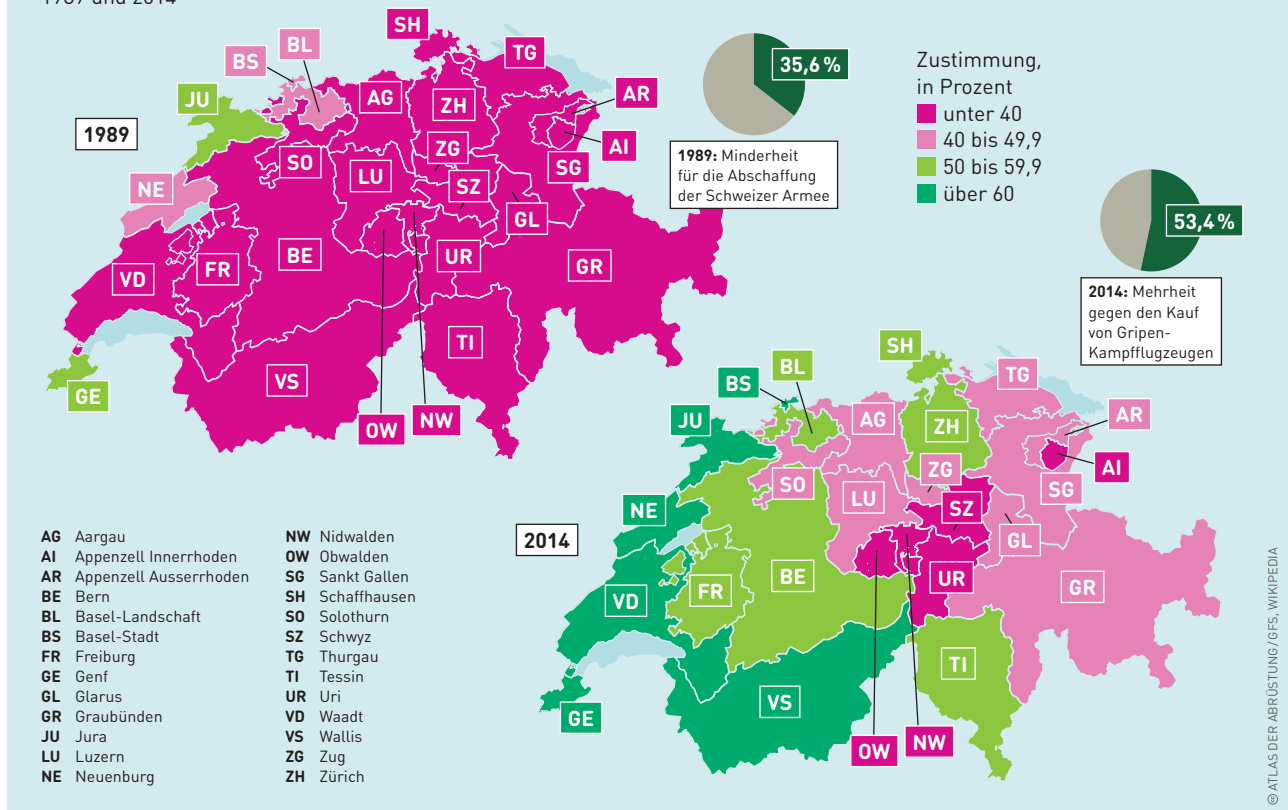
Exporte von Kriegsmaterial nach Käuferländern, 2023, in Millionen Schweizer Franken* und Prozent



© ATLAS DER ABRÜSTUNG / SECO

ERST EIN DRITTEL, DANN DIE MEHRHEIT

Ergebnisse der beiden für die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ (GSoA) wichtigsten Volksabstimmungen nach Kantonen, 1989 und 2014



Gruppe sehr strategisch. Unterschriftensammlungen und Abstimmungskämpfe mobilisieren und sorgen für mediale Aufmerksamkeit sowie politische Debatten. Dabei arbeitet die GSoA nicht nur auf ihr originäres Ziel hin, die Abschaffung der Armee, sondern versucht auch abrüstungspolitische Anliegen durchzusetzen. Sie zielt auf eine schärfere Kontrolle von Waffenexporten oder gar ihren gänzlichen Stopp. Staatlichen Kapitalanlegern soll verboten werden, ihre Gelder in Waffenkonzerne zu investieren. 1993 scheiterte noch eine Initiative zur Beschaffung von 34 US-Kampfflugzeugen des Typs F/A-18, aber sensationell erfolgreich war 2014 das Referendum gegen den Kauf von 22 neuen „Gripen“-Kampffjets aus Schweden. 2023 beschloss die GSoA-Vollversammlung eine Initiative zu lancieren, die die Schweiz verpflichten soll, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) zu unterschreiben.

Mit den beiden etablierten armeekritischen Parteien, den Sozialdemokrat:innen und den Grünen, besteht eine seit Langem bewährte punktuell enge Zusammenarbeit. Nicht selten ist das GSoA-Engagement gar der Anfang einer politischen Karriere. Die zwei bekanntesten Beispiele sind Jo Lang (Grüne) und Andreas Gross (Sozialdemokratische Partei), die Anfang der Achtzigerjahre in der GSoA aktiv waren und später zu prägenden Figuren der nationalen Schweizer Politik aufstiegen.

Allerdings bestehen auch Herausforderungen. Ende der Neunzigerjahre spaltete der Nato-Einsatz im Kosovo

Antimilitaristische Initiativen treffen in französischsprachigen Kantonen auf Zustimmung – ganz anders als in der traditionellen Innerschweiz

die GSoA. Eine damals lancierte zweite Armeeabschaffungsiniziativa, die 2001 nur 22 Prozent Ja-Stimmen erreichte, empfanden viele als starsinnig. Auch die aktuelle Situation, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, ist nicht leicht. Eine militärische Unterstützung der Ukraine durch die Schweiz lehnt die GSoA bisher ab, kritisiert aber die Rolle der Schweiz als Finanzplatz und Rohstoffdrehscheibe, die Russland finanziellen Profit ermögliche, der in die Kriegswirtschaft abfließe.

Einen Beitritt zur Nato lehnt die Linke ab, allen voran die GSoA, aber auch die Grünen; die Sozialdemokrat:innen sind da weniger kategorisch. Die wähler:innenstärkste Partei, die rechtsnationale Schweizerische Volkspartei (SVP) behauptet gar, die Schweiz könne und solle sich autark verteidigen. Es gibt also in der Politik keine Mehrheit für eine Mitgliedschaft. Auch in der Bevölkerung, zeigen Umfragen, wäre sie unbeliebt. Die Neutralität hat in der Schweiz eine lange Tradition und wird allseits geschätzt; ein Nato-Beitritt wäre ein Bruch damit. Aber eine Annäherung findet trotzdem statt. Exemplarisch dafür steht der Kauf von 36 Kampffjets F-35 für über sechs Milliarden Schweizer Franken. Sie wurden auch beschafft, weil ihre Systeme zu denen der Nato passen. —

LÄSTIGES BÜNDNIS, LÄSTIGE VERPFLICHTUNGEN

US-Präsidentenskandidat Donald Trump stellt die Zukunft der Nato infrage. Das liegt nicht nur an den Finanzen, sondern auch am Willen, die USA aus internationalen Verträgen zu lösen. Ob Trump einen Austritt aus der Nato plant oder sie entwerten will, ist ungewiss.

Es geschah im Februar 2024: Donald Trump, ehemaliger Präsident der USA und aussichtsreicher Kandidat einer der beiden die US-Politik dominierenden Parteien, sagte auf einer Wahlkampfveranstaltung: „Ich würde unsere Nato-Verbündeten nicht schützen. Tatsächlich würde ich Russland ermutigen, zu tun, was immer sie wollen.“ Damit kündigte er öffentlich den Kernbestandteil des Nordatlantikvertrags auf, mit dem die Nato gegründet wurde. In dessen Artikel 5 heißt es: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffes jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechtes der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet [...]“.

Trump hatte die Nato bereits im Januar 2017, kurz vor Beginn seiner ersten Amtszeit, als „obsolet“ bezeichnet. Dass er aber so weit gehen würde, überraschte dann schon. Während seiner ersten Präsidentschaft von 2017 bis 2021 kündigte er einen Teilabzug von in Deutschland stationierten US-Soldat:innen an, der dann von seinem Nachfolger Joe Biden wieder aufgehoben wurde. Und auch das Ende des Nato-Einsatzes in Afghanistan wurde letztlich von Trumps Regierung mit den Taliban ausgehandelt, auch wenn der chaotische Abzug, den er dann kritisierte, erst während der Amtszeit Bidens stattfand. Trump hat sogar ernsthaft erwogen, mit den USA die Nato zu verlassen.

Als Reaktion darauf haben die Senatoren Tim Kaine, ein Demokrat aus Virginia, und Marco Rubio, ein Republikaner aus Florida, im Gesetz über den Verteidigungshaushalt eine Vorschrift untergebracht, nach der ein Präsident verpflichtet ist, die zuständigen Ausschüsse im Repräsentantenhaus und im Senat mindestens 180 Tage vor einer Entscheidung über

Aussetzung, Beendigung, Kündigung oder direkt einen Austritt aus der Nato zu informieren. Darüber hinaus würde ein Austritt ein Gesetz des Kongresses, also beider Kammern, oder die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Senator:innen erfordern. Aber wenn Trump erklärt, dass die USA Artikel 5 nicht mehr einhalten werden und er andere Länder sogar dazu ermutigt, Nato-Partner anzugreifen, dann braucht er die Nato auch nicht zu verlassen. Das Ergebnis wäre dasselbe.

Auf den ersten Blick scheint diese Ablehnung des transatlantischen Bündnisses nicht zu der Rolle der USA zu passen. Allerdings haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika erst in der letzten Phase ihrer fast 250-jährigen Geschichte als „Weltpolizist“ gesehen. Zunächst hatten sie mit sich selbst zu tun, und später fühlten sich ihre Bewohner:innen zwischen den beiden Ozeanen, Kanada und Mexiko vor äußeren Feinden recht sicher. Die Teilnahme an den Weltkriegen war umstritten und ein direkter Eintritt in den Zweiten ist letztlich nur durch den Angriff der kaiserlichen japanischen Marineluftwaffe auf die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor im Dezember 1941 zustande gekommen.

Doch damit hatte sich das Blatt zumindest für die nächsten acht Jahrzehnte gewendet. Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition rechtfertigten die USA ihre globalen militärischen Operationen und Bündnisse mit der Behauptung, sie wollten die internationale Ordnung schützen. Auch die 1949 gegründete Nato beruft sich in ihrem Vertrag auf die Charta der Vereinten Nationen und das darauf basierende Völkerrecht. Aber weder die USA noch die Nato haben sich daran gebunden gefühlt, wenn es ihren Interessen im Wege stand, wie der Luftkrieg der Nato in Jugoslawien 1999 und der Krieg der USA und Großbritanniens im Irak 2003 gezeigt haben.

Im Kalten Krieg gehörte die Nato dazu

Während des Kalten Kriegs zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten im Warschauer Vertrag und den USA und ihren Nato-Alliierten gab es in den USA kaum Diskussionen um die Nato-Mitgliedschaft des Landes. Sie war ein Tool im Werkzeugkasten der US-Außenpolitik. Die USA waren mit der Nato keineswegs aus karitativen Gründen in Europa aktiv. Von Anfang an ging es um ihre eigenen Interessen, die sich oft, aber nicht immer, mit denen ihrer europäischen Verbündeten deckten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation, also des Militärbündnisses der mit der Sowjetunion verbündeten Staaten, hätte sich die Gelegenheit geboten, eine neue Friedensordnung zu schaffen. Und mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die 1995 aus dem Helsinki-Prozess und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangen war, hätte es dafür sogar einen Rahmen gegeben, der auch die USA einbezogen hätte. Doch die Sieger des Ost-West-Konflikts, allen voran die USA, entschieden sich für einen anderen Weg. Die Nato blieb bestehen und – das ist ein Teil der Wahrheit – eine Reihe von Ländern aus dem ehemaligen sozialistischen Lager beantragten und erhielten die Mitgliedschaft. Es war die Zeit, in der der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ träumte, in der sich überall auf der Welt Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie durchsetzen würden.

Das führende Mitglied im Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, ein gewisser Joe Biden, ging 1998 sogar noch weiter und sagte: „This, in fact, is the beginning of another 50 years of peace“ – „Das ist wirklich der Beginn von weiteren 50 Jahren Frieden.“ Er war stolz darauf, dazu beigetragen zu haben, dass sowohl die Demokraten als auch die Republikaner der Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik in die Nato zugestimmt hatten. Aber es gab auch Widerspruch. „Wir haben keine Ahnung, worauf wir uns da einlassen“, sagte Bidens Parteifreund, der New Yorker Demokrat Daniel Patrick Moynihan, in derselben Debatte – und erntete wütenden Widerspruch. Bei jeder Erweiterungsrunde gab es seitens der Politik und der Öffentlichkeit auch Widerstand, aber er blieb meist leise und in der Minderheit. Erst als Präsident George W. Bush 2008 Georgien und die Ukraine in die Nato aufnehmen wollte, wurde der Widerstand in den USA lauter, und die europäischen Verbündeten sagten schließlich Nein.

Das Auftauchen der zwei Prozent

Der Streit darüber, wer in der Allianz wie viel Geld für das Militär ausgibt, ist schon seit Langem ein Thema in der Organisation. Es gibt zwar keine „Rechnungen“, die in Europa nicht bezahlt würden, wie Donald Trump immer wieder behauptet. Aber es gibt sehr wohl Absichtserklärungen. Seit der Gründung der Allianz haben die USA von allen Mitgliedern immer mit Abstand am meisten Geld für Raketen, Panzer und Munition ausgegeben. Im Jahr 2002, als die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei in Prag eingeladen wurden, der Nato beizutreten, wurden zum ersten Mal die berühmten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwähnt.

Dieser Richtwert wurde den künftigen Mitgliedern als Bedingung für die Höhe ihrer Verteidigungsausgaben vor-

gegeben. Für diejenigen, die bereits Mitglied der Nato waren, wurde der Wert zum ersten Mal als Ziel formuliert. Im Jahr 2014, nachdem Russland die Krim völkerrechtswidrig in sein Hoheitsgebiet eingegliedert hatte, beschloss die Regierung der Nato-Mitgliedstaaten in Wales, dass sie sich innerhalb von zehn Jahren auf das Ziel von zwei Prozent zubewegen wollten.

Im Deutschen Bundestag gab es sofort Kritik. Die Summe würde eine Verdoppelung der Militärausgaben bedeuten, und der Gesetzgeber für den Haushalt war immer noch das Parlament und nicht die Regierung. Auch der Maßstab des Bruttoinlandsprodukts wurde infrage gestellt. Schließlich könnten die zwei Prozent auch dadurch erreicht werden, dass eine Volkswirtschaft bei gleichbleibenden Militärausgaben in eine schwere Rezession abrutscht. Und schließlich würde diese technische Fokussierung auf eine Zahl die politische Frage ignorieren, wie viel Militär wofür tatsächlich gebraucht wird und ob mehr Militär wirklich mehr Sicherheit bringen würde.

Es geht nicht um Lastenteilung

Der Einmarsch Russlands in sein Nachbarland hat die Debatte verändert. Es wird nun davon ausgegangen, dass 19 Länder – darunter Deutschland – das vor zehn Jahren für 2024 vereinbarte Ziel erfüllen werden. Allerdings war die Kritik aus Washington seit Präsident Barack Obama immer irreführend. Er forderte, dass die Lasten gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilt werden sollten. Aber es gab in der US-Politik keinerlei ernsthafte Diskussion darüber, mithilfe einer solchen Umfinanzierung etwa die US-Militärausgaben zu senken und die Sozialausgaben zu erhöhen. Letztlich ging es nie um Lastenteilung, sondern immer um weitere Aufrüstung.

Auf der Seite der Demokratischen Partei wird die Nato als der entscheidende Pfeiler der transatlantischen Zusammenarbeit gesehen und daher verteidigt. Diskussionen über Alternativen dazu gibt es kaum. Die Republikaner haben sich indessen in einen Fanblock für Donald Trump verwandelt. Die Nato dient ihnen nur noch als Textbaustein in Wahlkampfreden. Sie wollen, dass ihr Land und sein mächtiges Militär machen können, was sie wollen – ohne von Verträgen und Vereinbarungen gebremst zu werden. Für sie bedeuten Bündnisse, dass die eigenen Ziele maßgeblich sind und alle anderen ihnen folgen. Donald Trump behauptet, dass er die USA aus Kriegen heraushalten will. Das ist tatsächlich eine populäre Position im Land. Allerdings lehnt er internationale Organisationen wie die UN und Verträge wie das Pariser Klimaabkommen weiterhin ab; beide sollen bekanntlich Kriege und Konflikte beenden oder sogar vermeiden helfen. Sollte Trump also wiedergewählt werden, wird das die Welt nicht friedlicher machen. Im Gegenteil. —

AUTOR:INNEN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im März 2024 geprüft. Der Atlas der Abrüstung ist im PDF-Format unter der Download-Adresse herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt ist. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10-11 ZUKUNFT: NEUE WERKZEUGE von Eva Wuchold

S. 10: Scientists for Global Responsibility, How big are global military carbon emissions? 8. Juli 2023, <https://bit.ly/3TkpybU>. – S. 11 o.: Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung, Kriegsgeschehen 2022, 5. Juni 2023, <https://bit.ly/3PpyxYi>. GRID Arendal, Soil degradation, <https://bit.ly/3vdNCoQ>. – S. 11 u.: Conflict and Environment Observatory, The military's contribution to climate change, 16. Juni 2021, <https://bit.ly/4ckYQs9>.

12-13 GEGENWART: DAS VERTRAUEN IST WEG

von Dietmar Bartz und Johanna Bussemer

S. 12: IMF Datamapper, GDP based on PPP, share of world, 2024, <https://bit.ly/43zooLq>. – S. 13: Wikipedia (de), Resolution ES-11/1 der UN-Generalversammlung, <https://bit.ly/48YyOlg>.

14-15 OSZE: BEREIT FÜR DEN FRIEDEN von Nadja Douglas

S. 15: Wikipedia (de), Rüstungskontrolle, <https://bit.ly/48Yzoas>.

16-17 CHINA: ALLE FÜHLEN SICH BEDROHT von Felix Lee

S. 16: Bonn International Center for Conflict Studies, Global Militarisation Index 2022, S. 22, <https://bit.ly/4ahPPya>. – S. 17 o.: Hanns Günther Hilpert et al., Vom Umgang mit Taiwan. SWP-Studie 2022/S 04, 6. April 2022, doi:10.18449/2022S04. Rune Welchert, Nicht nur Taiwan, stern.de, 4. August 2022, <https://bit.ly/3TiRzk5>. Wikipedia (de), Socotra-Fels, <https://bit.ly/3TjQ1X1>. Wikipedia (en), Sino-Indian Border Dispute, <https://bit.ly/43kfpAm>. Leonhard Landes, Chinas heimlicher Landraub, welt.de, 13. Dezember 2023, <https://bit.ly/4ae44nO>. n-tv.de, China fordert indischen Truppenabzug, 4. August 2017, <https://bit.ly/4clknRK>. – S. 17 u.: Sipri Milex Database, <https://bit.ly/43nIeMD>.

18-19 USA: DER PAZIFIK AMERIKAS von John Feffer

S. 18: Sipri Military Expenditure Database, <https://bit.ly/43nIeMD>. Sipri Milex overview, <https://bit.ly/3THkQ9D>. IISS, The Military Balance,

<https://bit.ly/3v9x7u4>. – S. 19: Hanns W. Maull et al., USA und China auf Kollisionskurs, SWP-Studie 2, März 2023, <https://bit.ly/3VmtefP>. PIRCA, Map of the U.S. Pacific Islands Region – Updated, 20. Juli 2017, <https://bit.ly/491rU54>. Centers for Disease Control and Prevention, US Territories and Freely Associated States, 21. April 2022, <https://bit.ly/3TFjrAb>. Wikipedia (en), Foreign relations of Taiwan, <https://bit.ly/4alogkV>.

20-21 EUROPÄISCHE UNION: EINSTIMMIGE ANTWORTEN von Roland Kulke

S. 20: Military Balance 123 (2023), 1, Active military personnel – top 10, <https://bit.ly/43otl7m>. – S. 21 o.: Wikipedia (en), List of military and civilian missions of the European Union, <https://bit.ly/3IGkuJX>. EU External Action, Missions and Operations, 23. Januar 2023, <https://bit.ly/3veTTR1>. – S. 21 u.: statista.de, Europa hat sechs Mal so viele Waffensysteme wie die USA, 20. Februar 2018, <https://bit.ly/3PrjSM9>.

22-23 TÜRKEI: MILITÄRISCHE MITTELMACHT von İsmet Akça

S. 22: Sipri Arms Industry Database, <https://bit.ly/3PrGQm9>. – S. 23: Sipri Milex Database, <https://bit.ly/3THkQ9D>. Sipri Arms Transfer Database, <https://bit.ly/48XQZxS>.

24-25 INDIEN: ALTE FREUNDE, NEUE FREUNDE von Uma Purushothaman

S. 24: Sipri Milex Database, <https://bit.ly/3THkQ9D>. Sipri Yearbook 2023, World nuclear forces, <https://bit.ly/4abzb41>. – S. 25: Wikimedia commons, Kashmir region 2004, <https://bit.ly/3IF2pfd>. Wikimedia commons, Kaschmir umstrittene Gebiete, <https://bit.ly/3PmcEJa>. Hans Spross. Regierung Modi verstärkt Zugriff auf Kaschmir, dw.com, 30. Oktober 2019, <https://bit.ly/3IExz6w>.

26-27 NAHER OSTEN: REGION DER NETZWERKE von Markus Bickel

S. 26: statista.com, Number of active military personnel in the Middle East and North Africa in 2022, by country, <https://bit.ly/3Vn5g48>. – S. 27: Sipri Milex Database, <https://bit.ly/3THkQ9D>.

28-29 RÜSTUNGSKONVERSION: EINE KURZE FRIEDENSDIVIDENDE von Markus Bayer

S. 28: Thomas Bläser, Liegenschaftsfreigaben der Bundeswehr zwischen 1990 und 2007. In: Christian Jacoby, Konversionsflächenmanagement [...], Schlussbericht Konzeptionsphase. Studien zur Raumplanung und Projektentwicklung, Heft 4/2008, S. 20, <https://bit.ly/4cmCRRY>. – S. 29 o.: Sipri Milex

Database, <https://bit.ly/3THkQ9D>. – S. 29 u.: Christian Jacoby, Erscheinungsformen von Konversion, S. 13, siehe S. 28.

30–31 WAFFENHANDEL: BOOM DANK KRIEG UND KRISEN von Ingar Solty

S. 30: Sipri, Trends in International Arms Transfers, 2023, <https://bit.ly/49TqL0r>. – S. 31: Sipri Arms Transfer Database, <https://bit.ly/48XQZxS>.

32–33 DROHNEN: LUFTWAFFE FÜR ALLE von Stephanie Verlaan

S. 32: [statista.com](https://bit.ly/4cnfUoH), Drones Worldwide 2024, <https://bit.ly/4cnfUoH>. – S. 33 o.: Katharina Buchholz, Where Combat Drones Are Operated, [statista.com](https://bit.ly/3VhpLza), 14. Juni 2023, <https://bit.ly/3VhpLza>. [dronewars.net](https://bit.ly/3vm4d9S), Who has Armed Drones? Februar 2024, <https://bit.ly/3vm4d9S>. – S. 33 u.: Eray Gorgulu, After Saudi drone deal, Turkey's defense industry eyes record export year, *AL-Monitor*, 12. August 2023, <https://bit.ly/43lgwjm>. [marketsandmarkets.com](https://bit.ly/3VlOPVR), Military Drone Market, Februar 2024, <https://bit.ly/3VlOPVR>.

34–35 PROLIFERATION: KLEIN, NICHT NIEDLICH von Edwin Lyman

S. 34: IAEA Incident and Trafficking Database, 2023 Factsheet, <https://bit.ly/3wY89yl>. – S. 35: Wikimedia commons, Nuclear power station, <https://bit.ly/48YHy12>. World Nuclear Association, Emerging Nuclear Energy Countries, Oktober 2023, <https://bit.ly/3IGFNLm>. Inccorrys, Small Modular Reactors, Annual Capacity Additions, 10. Mai 2023, <https://bit.ly/3wYPE6i>.

36–37 SÖLDNER: MILITÄR ZU VERMIETEN von Akram Kharief

S. 36: United Nations Treaty Collection, International Convention Against [...] Mercenaries, 1989, <https://bit.ly/4cv6yjQ>. S. 37: August Cole, Afghanistan Contractors Outnumber Troops, *Wall Street Journal*, 22. August 2009, <https://bit.ly/3vnY4Km>. Constellis, 24/7 Global Operations & Communication Center, <https://bit.ly/3IOXKaJ>. Wikipedia (en), Blackwater (company), <https://bit.ly/3Ts4do5>. CSIS, Spread of Russian PMC Activity since 2014, <https://bit.ly/3PuGToA>. Where & How Wagner Group Has Engaged in Africa (as of February 2023), <https://bit.ly/3TOyQ1p>. Razgruzka Vagnera 240, 19. Juli 2023, <https://bit.ly/3PAhUZP>. Kyiv Post, Wagner Reveals Massive Death Toll Figures for Mercenaries Fighting in Ukraine, 20. Juli 2023, <https://bit.ly/3TNRTZt>.

38–39 ÜBERBLICK: DESOLATE GLOBALE SICHERHEIT von Johanna Kleffmann

S. 39: Wikipedia (de), Rüstungskontrolle, <https://bit.ly/48Yzoa6>.

40–41 GESCHICHTE DER ABRÜSTUNG: WO FERTIGE VERTRÄGE LIEGEN von Andreas Zumach

S. 40: Wikipedia (en), Conference on Disarmament Membership, <https://bit.ly/4cjZ9U3>. – S. 41: Sipri, States invest in nuclear arsenals as geopolitical relations deteriorate, 12. Juni 2023, <https://bit.ly/3wQ6vOX>. Wikipedia (de), Atommacht, <https://bit.ly/3TEVfV7>.

42–43 LANDMINEN: DAS GROSSE VORBILD von Nicoletta Denticò

S. 42: Laura O'Callaghan, Syria records most 2021 landmine explosion casualties despite „considerable undercount“, *thenationalnews.com*, 17. November 2022, <https://bit.ly/4clrbPi>. International Campaign to Ban Landmines, Landmine Monitor 2023, <https://bit.ly/3wXVOdn>, S. 52, S. 58 f. – S. 43: Landmine & Cluster Munition Monitor, Interactive Maps, <https://bit.ly/3IHgYiv>.

44–45 ATOMWAFFEN: GEGEN DIE ARSENALE von Sebastian Niemetz

S. 44: Wikipedia (de), Atomwaffensperrvertrag, <https://bit.ly/3Voqr6o>. Wikipedia (de), Atomwaffenverbotsvertrag, <https://bit.ly/4971osU>. Wikimedia commons, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons members, <https://bit.ly/3Tmat9R>. – S. 45: Nils-Olov Bergkvist, Ragnhild Ferm, Nuclear ExDefense Research Establishment, Nuclear Explosions 1945–1998, S.9, <https://bit.ly/3PpzwaE>. Wikipedia (de), Nordkoreanisches Kernwaffenprogramm, <https://bit.ly/4ahMJuo>. Martin Armstrong, How U.S. and Russian Arsenals Have Evolved, [statista.com](https://bit.ly/3Tne4nX), 22. Februar 2023, <https://bit.ly/3Tne4nX>. *dw.com*, Nato begrüßt Annäherung bei New-Start-Vertrag, 21. Oktober 2020, <https://bit.ly/3TdzELC>.

46–47 EXPLOSIVWAFFEN: SCHUTZRECHT FÜR UNBETEILIGTE von Simon Bagshaw

S. 46/47: Action on Armed Violence, Explosive Violence Monitor 2022, <https://bit.ly/3Pp3prK>.

48–49 MUNITION: LEBENSLANGE KONTROLLE von Ivor Fung und Manuel Martínez Miralles

S. 48: UN, Open-ended working group to elaborate a [...] new global framework that will address existing gaps in through-life ammunition management, 16. Juni 2023, S. 9, <https://bit.ly/3TEe4kW>. UN, GA/12568, 4. Dezember 2023, <https://bit.ly/3TkyPAK>. – S. 49 o.: MMR, Ammunition Market – Global Industry Analysis and Forecast (2023–2029), <https://bit.ly/3IIoDKi>. *imarcgroup.com*, Top 14 Ammunition Manufacturers in the World, 2023, <https://bit.ly/49eJdA5>. – S. 49 u.: Grand View Research, Ammunition Market Size & Trends, 2023, <https://bit.ly/3TFDeQc>.

50–51 GENDER: IN DER FEMINISTISCHEN KRITIK von Ray Acheson

S. 50: UNHCR, Refugee Data Finder, <https://bit.ly/4acdHNo>. – S. 51 o.: PeaceRep, Gender perspectives in peace agreements: Time for a new approach? 21. Juli 2022, <https://bit.ly/3x1mzov>. UNIDIR Gender and Disarmament Hub, <https://bit.ly/49UHAs5>. UNIDIR, Factsheet: Gender and the Arms Trade Treaty, 23. August 2023, <https://bit.ly/3vhCmHX>. UNIDIR, Factsheet: Arab Women in International Security and Disarmament, 27. Oktober 2021, <https://bit.ly/3Vhv1Tq>. – S. 51 u.: AOA, Examining the gendered impacts of explosive weapons, 5. September 2019, <https://bit.ly/48XEWke>.

52–53 KOLUMBIEN: LANDREFORM NICHT IN SICHT von Esteban Gonzáles

S. 52: Anna Fleck, How Many Victims Has Colombia's Armed Conflict Claimed? [statista.com](https://www.statista.com), 12. Juli 2022, <https://bit.ly/4ak6Ec7>. – S. 53: Joseph S. Tulchin, Peace process under strain as Colombia gears up for election, [gisreportsonline.com](https://www.gisreportsonline.com), 15. März 2018, <https://bit.ly/3PrrNZT>. The Economist, Five years after Colombia's peace deal, militias continue to cause havoc, 27. November 2021, <https://bit.ly/43orG6T>.

54–55 NIGERIA: UNFAIRE LÖSUNGEN von Yusufu Zoaka

S. 54: Uche Igwe, We must understand terrorist financing to defeat Boko Haram and Nigeria's insurgents, LSE, 3. August 2021, <https://bit.ly/3vbYjIx>. FATF Report, Terrorist Financing in West Africa, Oktober 2013, <https://bit.ly/4abGN6B>. – S. 55 o.: OCHA reliefweb, Displacement Tracking Matrix, August 2016, <https://bit.ly/4cmoObI>. OCHA reliefweb, Nigeria:

IDPs NFI needs in Camps and Host Communities, Mai 2023, <https://bit.ly/4ag17FN>. – S. 55 u.: World Bank Database, <https://bit.ly/49XyOcS>.

56–57 JOHAN GALTUNG: POSITIVER FRIEDEN von Eva Wuchold

S. 56: Servicestelle Friedensbildung BW, Merkblatt, <https://bit.ly/3xoQtIC>. – S. 57: Johan Galtung, 50 Años, 100 perspectivas en paz y conflictos, Mexico 2009, <https://bit.ly/3IMGZg8>. Johan Galtung's Publications 1948–2016. <https://bit.ly/4aehQH6>.

58–59 ZIVILE KONFLIKTBEARBEITUNG: GEDULDIGES WERKEN

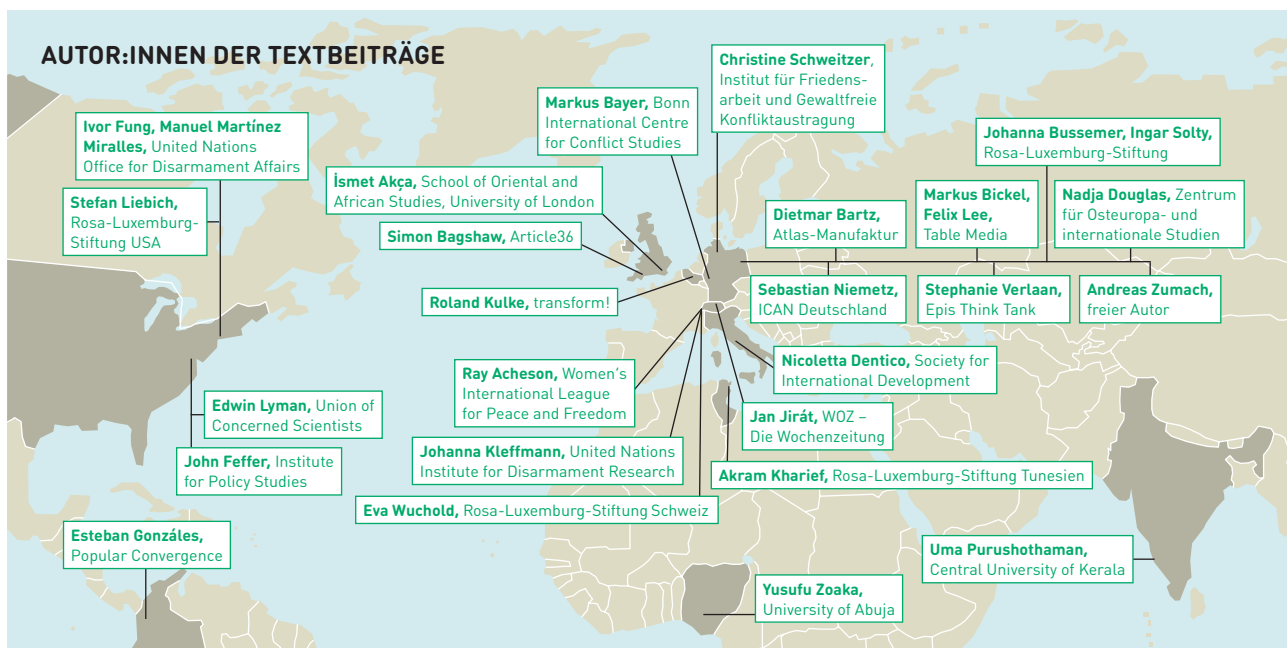
von Christine Schweitzer

S. 58: Vicenç Fisas, Yearbook on Peace Processes 2015, S. 19, <https://bit.ly/3vryXGx>. – S. 59: Wikipedia (de), Friedens- und Konfliktforschung, <https://bit.ly/3Pq5bsD>. AFK, Masterstudiengänge im Bereich Friedens- und Konfliktforschung, <https://bit.ly/3JoQFUN>.

60–61 SCHWEIZ: STÖRENFRIEDE von Jan Jirát

S. 60: SECO, Dossier: Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2023, 5. März 2024, <https://bit.ly/3Vhw5GU>. – S. 61: GfS, Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 26. November 1989, S. 5, <https://bit.ly/3IEtDCT>. Wikipedia (de), Eidgenössische Abstimmung über die Beschaffung des Gripens, <https://bit.ly/491Bx3I>.

62–63 DONALD TRUMP: LÄSTIGES BÜNDNIS, LÄSTIGE VERPFLICHTUNGEN von Stefan Liebich



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine weltweit aktive Institution der politischen Bildungsarbeit. Sie ist mit ihren bundesweiten, europäischen und internationalen Standorten einer der größten linken Bildungsträger weltweit. Neben der Friedens- und Sicherheitspolitik stehen Themen wie soziale Rechte, sozialökologische Transformation, der Kampf gegen Rechts und globale Solidarität auf ihrer Agenda. Seit 1990 wirkt die Stiftung im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg und vertritt dabei die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratischen Sozialismus, der konsequent international ausgerichtet ist. Die Stiftung sieht sich einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus.

Grundlegend für die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind eine materialistische Zeitdiagnose, die Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Krisen und Transformationen von Gesellschaften sowie die Suche nach Lösungswegen. Ob es um die globale Krise der Demokratie, den Klimawandel oder die Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Wirtschaft geht: Progressive Kräfte stehen vor der Herausforderung, auf diese Krisen aufmerksam zu machen und gleichzeitig Gegenstrategien zu entwickeln, die soziale und politische Menschenrechte durchsetzen, liberale Errungenschaften verteidigen und autoritären Methoden Einhalt gebieten. In diesem Sinne unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung

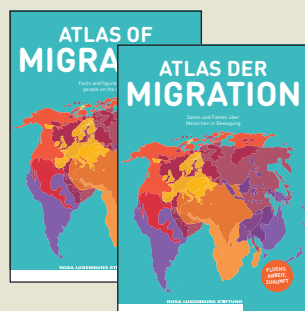
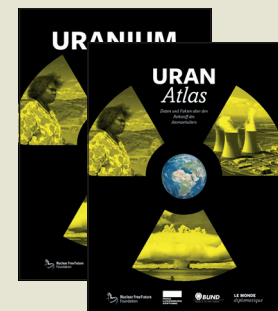
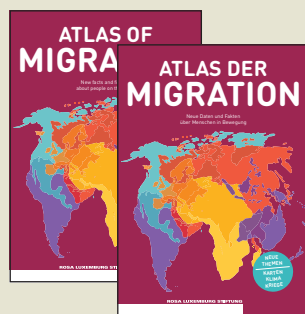
kollektive Prozesse, die sich für die emanzipatorische Aneignung universaler Menschenrechte einsetzen, sowie Kämpfe für die sozialen und politischen Rechte von Arbeiter:innen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten, Kleinbäuer:innen, Landlosen, indigenen Gruppen, Frauen, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Migrant:innen und anderen Gruppen, die in unterschiedlicher Form von Ausbeutung, Diskriminierung oder Rassismus betroffen sind.

Unser Zukunftsbild ist das einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder einzelnen Person ungeachtet von Geschlecht, Herkunft, Staatsangehörigkeit und Religion die Grundlage der freien Entwicklung aller ist. Zentrales Anliegen dabei ist die kritische Analyse von Herrschaftsverhältnissen sowie der Einsatz für einen sozialökologischen Umbau und die politische Partizipation aller Menschen. Als der Partei DIE LINKE nahestehende, aber unabhängige politische Stiftung unterstützen wir mit unserer Bildungsarbeit die Kämpfe von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Nichtregierungsorganisationen hierzulande und in vielen Regionen der Welt. Dabei lassen wir uns von der Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus leiten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

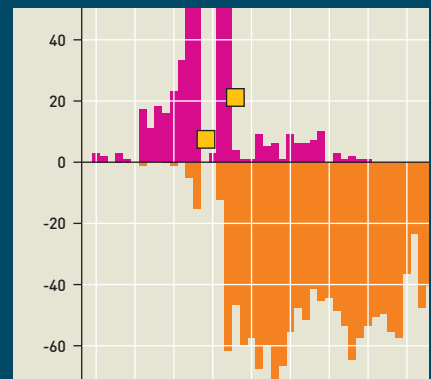
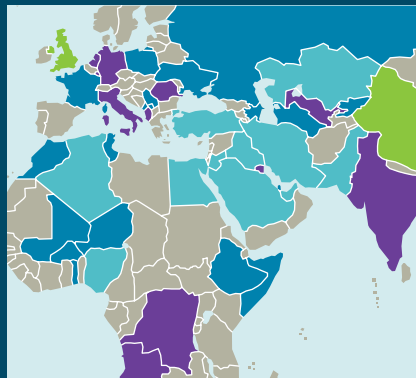
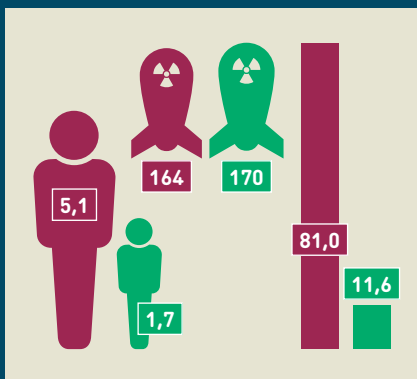
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
www.rosalux.de

BISHER ERSCHIENEN



www.rosalux.de/publikationen





Viele wichtige Abrüstungsverträge kamen zustande, als die Beziehungen zwischen den Staaten während des Kalten Krieges einen Tiefpunkt erreicht hatten.

aus: **DESOLATE GLOBALE SICHERHEIT**, Seite 38

Die Lehren aus der ersten Welle der Rüstungskonversion zeigen, dass solche Projekte auch finanziert werden müssen.

aus: **EINE KURZE FRIEDENSIVIDENDE**, Seite 28

Der Erfolg der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen bedeutete auch einen Durchbruch für zivilgesellschaftliches Handeln.

aus: **DAS GROSSE VORBILD**, Seite 42

Die Neutralität hat in der Schweiz eine lange Tradition und wird allseits geschätzt. Ein Nato-Beitritt wäre ein Bruch damit.

aus: **STÖRENFRIEDE**, Seite 60